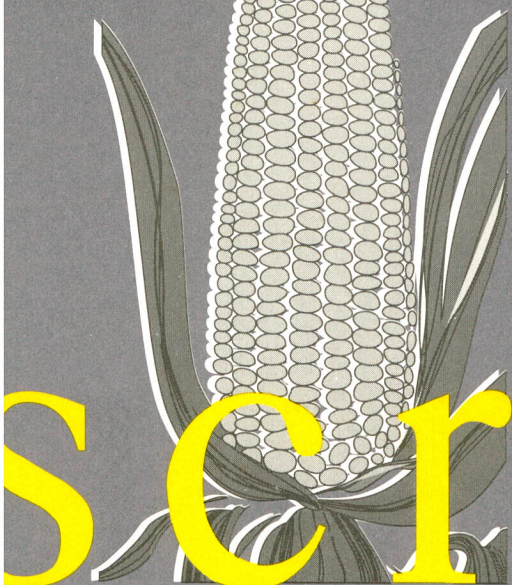


Land/Los



Script

12



Berichte und Gespräche
zur Landfrage
in Nicaragua
und Mittelamerika

Informationsbüro Nicaragua e.V. (Hrsg.)

LandLos

Berichte und Gespräche zur
Landfrage in Nicaragua und Mittelamerika

Edition Nahua • Nahua Script 12

Diese Broschüre wurde mit finanzieller Unterstützung

- des Ausschusses für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie
- der Carl Duisberg Gesellschaft durch Mittel der Staatskanzlei des Landes NRW hergestellt.

© 1995 Edition Nahua

April 1995

Originalausgabe

Alle Rechte vorbehalten

Herausgegeben vom

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Postfach 101320

42013 Wuppertal

Übersetzung/Redaktion: Klaus Heß, Thomas Weyland

Umschlagentwurf: Uwe Peter

Druck: Druckwelle/Wuppertal

ISBN 3-923329-50-4

Bitte fordern Sie unsere Materialliste an:

Informationsbüro Nicaragua/Edition Nahua

Postfach 101320

42013 Wuppertal

Inhalt

LANDLOS - am Ende der Reformen?! 5	Klaus Heß
Einleitung	Thomas Weyland
Befreiungsbewegung entlassen	
Sandinismus zu Füßen	
Neoliberalismus im Nacken 13	Thomas Weyland
Zur ökonomisch-sozialen Situation in Nicaragua	
Von garobos und Honigsammlern 17	Klaus Heß
Organisierungsprozesse in Nicaragua	
Mehr als Land - und doch Land zuerst 22	
Gespräch mit Vertretern von den <i>fincas en conflicto</i>	
Kooperativ (gegen die)	
mit den eigenen Widersprüchen 36	Otmar Meyer
Sandinistische Agrarpolitik u. Kooperativenbewegung	
Ökonomie als Emanzipation	
- Emanzipation als Ökonomie 42	
Interview mit dem Landfrauenkomitee	
"Area de Propietarios Transformados"	
- La transición difícil 55	Otmar Meyer
Der ArbeiterInneneigentumssektor	
Neuland 62	
Gespräch mit der <i>junta directiva</i> der "Villa 15 de Julio"	
Glossar 72	
Abkürzungen/nicht übersetzte Begriffe für den Nicaragua-Teil	
Nach 30 Jahren Agrarreform... 74	Gerrit Höllmann
Landfrage und Landbewegungen in Honduras	
Frieden und doch kein Ende des Krieges 87	Martin Wolpold
Landfrage und Landbewegungen in El Salvador	
...40 Jahre ohne Landreform 99	Guatemala Gruppe HH
Landfrage und Landbewegungen in Guatemala	
Den Weg ins Freie finden 114	Ulla Peters
Landfrage und Subsistenzperspektive	
Krise des Entwicklungsdenkens	
und Solidaritätsbewegung 125	Armin Stickler
Zur Notwendigkeit eines anderen Politikverständnisses	
Zu den AutorInnen 141	
Komitee-Adressen 142	
Materialien 143	

LandLos

- am Ende der Reformen?!

Los: *Geschick, Schicksal*

- 1) *Mittel der Schicksalsbefragung besonders beim Opfer*
- 2) *Anteilschein der Lotterie*
- 3) *Warenposten, der besonders auf Auktionen oder Ausschreibungen als Ganzes zum Verkauf gestellt wird.*
(dtv Brockhaus Lexikon, Wiesbaden, 1982)

los: 1) *nicht haben, ungebunden*
2) *jetzt gehts los*

Mit diesem Script möchten wir anhand von Berichten, Gesprächen und Aufsätzen einen Bogen schlagen zwischen der Landfrage in Nicaragua und Mittelamerika einerseits und einer zukünftigen solidarischen Perspektive unsererseits. Wir möchten Fragen aufwerfen hinsichtlich des Zusammenhangs einer Produktionsweise und der politisch-sozialen Organisation der vom Neoliberalismus Betroffenen. Schließlich müssen *wir* uns fragen, ob nicht neue Gedanken zur Frage von Entwicklung andere Formen der Solidarität nach sich ziehen müssen.

In der Nummer 10 der Nahua-Scripte vom September 1990 schrieben wir ins Editorial: "Um in dieser Situation aus der bloßen Krisendiagnostik heraus- und in einen von uns gestalteten Umbruch hinein zu kommen, müssen wir als radikale Linke untereinander und mit den revolutionären Kräften in der '3. Welt' lernen, uns erneut und besser aufeinander zu beziehen." Jenseits dieser Verbalradikalität haben wir als Informationsbüro Nicaragua in den letzten fünf Jahren versucht, den Gehalt dieser Aussage ernst zu

nehmen und unsere politischen Herangehensweisen und die damit verbundenen Projektionen auf Entwicklungen, Bewegungen und Menschen Nicaraguas kritisch zu hinterfragen. Dennoch: nur langsam können wir uns von bestimmten Bildern und Vorstellungen hinsichtlich einer politischen, sozialen oder ökonomischen Organisation trennen. Die sozialistische Vorstellung, daß Organisation immer einen Kern besitzen muß, daß Organisation ein Zentrum benötigt, welches für einen größeren historischen oder geographischen Raum Veränderung zusammenfaßt, koordiniert und homogenisiert, bedarf mindestens einer kritischen Überprüfung.

Die von uns immer wieder formulierte Kritik an den FSLN-Strukturen und -Politiken ist insofern Ausdruck dieser Entwicklung. Eine Stärkung der Massenorganisationen, die sich sandinistisch definierten, schien uns der richtige Ausweg, mit den Volksbewegungen und damit mit den (konkreten) Menschen solidarisch sein zu können. Weg von einer Wahlpartei, die soziale wie politische Auseinandersetzungen glättet und verhindert, die als Regierungspartei Strukturanpassungsprogramme durchsetzen muß, deren Führungsmitglieder darauf achten, daß sie bei der piñata nicht zu kurz kommen. Daraus resultierte (logisch?) die Unterstützung des ArbeiterInneneneigentumssektors (APT), der von den sandinistischen Gewerkschaften im Rahmen der von der Chamorro-Regierung forcierten (Re)Privatisierung der staatlichen Betriebe priorisiert wurde. Wir dachten, daß mit dem APT ein Modell diskutiert und geschaffen wäre, das den vielen abhängig Beschäftigten eine soziale und ökonomische Garantie des Überlebens geben könne, weil klar war, daß die neoliberal bestimmte Öffnung der Märkte Nicaraguas wie überall in Lateinamerika den Menschen die Lebensgrundlage, die sie sich im Sandinismus aufgebaut hatten, entziehen würde. Eine Stärkung der Reste der in den 80er Jahren durchgeführten Agrarreform schien uns sinnvoll. Wir hofften, daß die LandarbeiterInnen-gewerkschaft ATC in einer Art Entwicklungsmodell dafür Sorge tragen würde, daß eine ökonomisch-soziale und geographische Integration und Umverteilung in ihren Sektoren erfolgt.

Daraus entstand die ursprüngliche Idee für dieses Script: eine Aufsatzsammlung zur Landfrage in Mittelamerika mit dem Ziel, selbstverwaltete Betriebe und Strukturen in ihrer Bedeutung für eine ökonomisch-soziale Entwicklung und einen daraus mögli-

cherweise entstehenden "alternativen ökonomischen Block" zu stützen.

Jedoch: erneut hatten uns unsere Projektionen den Blick etwas getrübt hinsichtlich der Art und Weise der Realisierung dieses Modells. Vertikal und hierarchisch organisierte Gewerkschaften haben ein Modell geschaffen, das die FunktionärInnen sozial bevorteilt, einem Teil der ArbeiterInnen im APT zwar ein knappes Auskommen beschert, aber sowohl Frauen nach wie vor benachteiligt, wie auch die Kämpfe von ArbeiterInnen und Landlosen außerhalb des APTs vernachlässigt. Die vertikale Organisation von Entscheidungen verhindert die Aufnahme von Erfahrungen aus der Lebens- und Arbeitswelt der konkret Betroffenen. Entscheidungen von oben nach unten befördern die Homogenisierungen und nicht die Differenzierungen, die wichtig sind, will man die verschiedenen Bedingungen und Lebens- und Arbeitsweisen nicht nur der ländlichen Bevölkerung verstehen und ihr ein (Über)Leben aus sich heraus ermöglichen.

Allerdings soll hier nicht behauptet werden, daß "Organisation" so beliebig wäre, als ob man einfach entscheiden könnte, ob ein Prinzip der Zentralisierung oder der Dezentralisierung verfolgt würde. Vielmehr - und das soll eine der Kernaussagen dieser Broschüre sein - gehen wir davon aus, daß nicht zuletzt die ökonomischen Entscheidungen, sprich die Ausrichtung der nicaraguanischen Wirtschaft auf den Export und die damit verbundene Einbindung in den Welt- und Schuldenmarkt, die Form der Organisation bedingen. Die Festlegung des "alternativen ökonomischen Blocks" auf Exportökonomie legt nahe, die Entscheidungsgewalt über das wie und wo und wieviel des Produzierens zu zentralisieren. Eine unmittelbare Entscheidungsgewalt der in dieser Ökonomie Arbeitenden würde dann eine Verwertungsblockade bedeuten. Das wird ein Großgrundbesitzer nicht anders sehen als der Funktionär der ATC, lediglich die ideologische Begründung wird eine andere sein. Tatsache ist in beiden Fällen, daß die LandarbeiterInnen zumeist nur dadurch überleben können, daß sie neben ihrer Arbeit "für den Betrieb" auf einem Stück Land Produkte für den eigenen Verbrauch anbauen und ernten. Damit kommen wir zu einer weiteren zentralen Annahme: wenn es so ist, daß das Einkommen als LandarbeiterIn nicht das Überleben sichern kann, weil einerseits der Großgrundbesitzer einen großen Teil des durch diese

Arbeit geschaffenen Mehrwerts abschöpft und wir andererseits in der Ersten Welt auf unser Privileg einen niedrigen Preis für die Waren der "3. Welt" zu bezahlen, nicht verzichten wollen, dann macht es auch keinen Sinn die Form dieser Arbeit zu organisieren, nicht im APT oder nicht anderswo.

Nachdenkenswert scheint uns die Umkehrung der Rangfolge von Export- und Grundnahrungsmittelanbau zu sein. Unter der Voraussetzung, daß der Anbau von Exportprodukten kein Auskommen ermöglicht sowie ökologische Ressourcen und eine Organisation "benötigt", die die unmittelbare Verfügungsgewalt über das Gut nicht den ProduzentInnen überläßt, der Grundnahrungsmittelanbau aber mit seiner Selbstversorgungsabsicht das Umgekehrte bedeutet, dann müßte eigentlich daraus folgen, die Exportproduktion zu minimieren und sie lediglich zu organisieren, wenn die erfolgte Selbstversorgung das zuläßt oder unbedingt notwendig macht.

Die momentane historische Situation für diese Umkehrung scheint günstig zu sein. Zu beobachten ist eine Erosion des nationalstaatlichen Rahmens - nicht nur in Nicaragua. So bietet die Ideologie des freien Spiels der freien Marktkräfte und die weltumspannende Durchsetzung im Neoliberalismus trotz der Verarmung und Verelendung gleichzeitig Chancen für die unmittelbaren ProduzentInnen, sich der Exportorientierung und der mit ihr verbundenen national-staatlichen wie auch privatwirtschaftlichen Organisation zu entledigen. In Nicaragua ist die Situation insofern günstig, als der Sandinismus u.a. als ein menschliches Bewußtsein zu begreifen ist, welches in der Vergangenheit gesehen hat, daß Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Selbstorganisation existieren.

Was fehlt, ist Land!

Die Eigentumsfrage ist nach wie vor virulent. Selbst wenn die Volkssektoren Mittelamerikas in den letzten Jahrzehnten einige Erfolge im Rahmen der - entweder als Aufstandsbekämpfungsmaßnahme oder als Kollektivierungsinstrument - durchgeführten Agrarreformen verzeichnen konnten, so sind die Besitzverhältnisse zum jetzigen Zeitpunkt der wesentliche Hinderungsgrund für zufriedenstellende soziale Verhältnisse für den größten Teil der Bevölkerung.

Nicht genug. Befinden sich Eigentumstitel in den Händen von Bauern oder Landarbeitern, so sind es zumeist die Männer, die diese Titel besitzen. Frauen, obwohl in der Regel die eigentlichen Bewirtschafterinnen und Produzentinnen, fehlt damit das Verfügungsrecht über das von ihnen bearbeitete Land und die von ihnen produzierten Güter.

Das Ergebnis ist, daß auf beiden Ebenen in zunehmendem Maße Landkämpfe stattfinden, zumal in El Salvador und Nicaragua viele Demilitarisierte als Land- und Erwerbslose darauf drängen, mit Landbesitz eine Lebensgrundlage zu bekommen. Die Landkämpfe haben allerdings insofern eine andere Qualität als diejenigen, die zu den verschiedenen Agrarreformen geführt haben, weil in den Volksektoren das Maß an Konsens über eine gesellschaftlich zu organisierende Produktion und Verteilung von Gütern abgenommen hat. Die Landkämpfe, die heute stattfinden, beziehen sich auf den unmittelbaren Landbesitz und das Produzieren von Überlebensgütern für den Eigenkonsum oder den regional bestimmten Verbrauch.

Darüber wird der Stellenwert einer bäuerlichen Produktionsweise deutlich, der während der sandinistischen Regierungszeit in der Tendenz vernachlässigt wurde. Die Art der Kollektivierungen widersprach oft nicht nur dem bäuerlichen Bewußtsein, sondern auch der Selbstorganisationskompetenz der BäuerInnen. Nicht zuletzt wurden der bäuerlichen Produktionsweise als ökologische mit ihren traditionellen und ressourcenschonenden Anbaumethoden kaum Bedeutung geschenkt.

Was hat das mit uns zu tun? Wir wollen hier nicht einer neuen Entwicklungstheorie das Wort reden, wiewohl hier ein weiteres Mal festgestellt werden muß, daß die Idee einer nachholenden Entwicklung auf den Müllhaufen der Geschichte gehört. Somit können wir heute einige von uns mit materieller und politischer Solidarität versehene Projekte in Nicaragua und anderswo nur noch kritisch betrachten, sofern sie überhaupt noch existieren und nicht Teil des Müllhaufens sind. Die in diesem Script angesprochene Subsistenzperspektive bzw. Politisierung der Subsistenz könnte u.E. die Chance bieten, den Blick zu öffnen, für Widerstände, für das Leben in und von Widersprüchen, Formen der Organisierung zu hinterfragen, wenn sie mit dem was erreicht werden soll, nicht übereinstimmen. Eine solidarische Perspektive könnte dann im

Austausch über diese Widersprüche liegen und würde "die Anderen" nicht mehr als Teil unserer Projektionen und Objektivierungen sondern als Subjekte begreifen.

Zum Aufbau des Scripts

Diese Broschüre versucht über Berichte und Gespräche einen Einblick in die Situation Mittelamerikas hinsichtlich der Landbesitzfrage und der damit verbundenen Frage der politischen und sozialen Organisierung zu geben.

Im Falle von El Salvador, Guatemala und Honduras handelt es sich um Berichte, die sowohl die Entwicklung wie auch den gegenwärtigen Stand der Auseinandersetzungen um ländliches Eigentum beschreiben. Neben der Einordnung in die jeweilige sozio-ökonomische Situation geben diese Berichte aktuell wie historisch einen Überblick über die Rolle und Bedeutung der Landbewegungen in den Kämpfen um das Land.

Allen Ländern ist gemeinsam, daß Aktionen für und Forderungen nach Land immer mit äußerster Repression begegnet wurde. In El Salvador und Guatemala ist dies lange durch den offenen Krieg gegen die Befreiungsbewegungen verdeckt worden. Trotz der in El Salvador und Honduras zu unterschiedlichen Zeitpunkten und Bedingungen durchgeführten Agrarreformen, die sicherlich dem starken Druck auf das Land durch den steigenden Grad der Organisierung der ländlichen Bevölkerung entsprachen, hat der Charakter der Reformen als Aufstandsbekämpfungsmaßnahme dazu geführt, daß die Probleme auf dem Land nicht gelöst, die Besitzverhältnisse nicht wirklich verändert wurden. Im Gegensatz dazu steht Guatemala, wo Militärs und Bourgeoisie eine Landreform immer zu verhindern wußten und jedem aufkommenden Konflikt mit äußerster Repression begegnet sind.

Unterschiedlich ist ebenfalls die ländliche Organisierung. Waren in El Salvador die Landbewegungen lange Zeit die soziale Basis für die von der FMLN geführte Revolution, so zeigt sich nach dem Abschluß des Friedensvertrages, daß sich die Interessen der jeweiligen Organisation sehr stark differenzieren, die FMLN in ihrem eigenen Ausdifferenzierungsprozeß nicht mehr in der Lage ist, große Teile der ländlichen Bevölkerung zu vertreten; hier gibt es Ähnlichkeiten mit der Situation in Nicaragua.

Vor allem in Guatemala, aber auch in Ansätzen in Honduras, fällt auf, daß eine ethnisch bezogene Organisierung existiert, die neben den ökonomischen Bedürfnissen eine soziale und kulturelle Dimension beinhaltet, die - so die Guatemala-Gruppe Hamburg - den "Respekt vor der Natur und das harmonische Zusammenleben der Menschen mit der Natur in ihren Gemeinschaften" miteinbezieht. Auch in den Forderungen der EZLN in Chiapas/Mexico ist diese Aussage enthalten und läßt vermuten, daß Landbesitz für Indigenas vor dem Hintergrund ihrer Kulturgeschichte ein ganzheitlich angelegtes - ökologisches - Verhältnis zur Nutzung ihres Grund und Bodens bedeutet.

In Nicaragua stellt sich die Situation insofern anders, als elf Jahre sandinistische Regierungszeit einen Organisations- und Bewußtseinsgrad in der ländlichen Bevölkerung wie auch in den Besitzverhältnissen hinterlassen haben, die den Zugriff von Staat, Agrarbourgeoisie und Entwicklungsagenturen zumindest blockieren. Die in den 80er Jahren durchgeführte Agrarreform hatte dennoch Defizite, die v.a. an der Situation der Kooperativen deutlich wird. Als spätes Ergebnis der Agrarreform können auch die arbeiterInneneigenen Betriebe (APT) angesehen werden. Der Versuch der LandarbeiterInnengewerkschaft ATC, einen "alternativen ökonomischen Block" durch ein Entwicklungs- und Organisationsmodell zu konstituieren, das sich nicht von den wesentlichen Vorgaben des Sandinismus der 80er Jahre trennt, löst zunehmend Widerstand aus. Verschiedene Initiativen befinden sich im offenen oder latenten Widerspruch zur Politik der ATC als sandinistischer Gewerkschaft.

Der offenste Konflikt besteht mit den *fincas en conflicto*, die im Rahmen der Privatisierung durch den APT nicht berücksichtigt wurden und sich dazu entschlossen haben, ohne die ATC für eigenes Land zu kämpfen. Da sie mit ihren Forderungen nach Land durchaus erfolgreich sind und zudem ein Organisationsmodell praktizieren, das die Interessen und Entscheidungen der Einzelnen berücksichtigt, entsteht faktisch eine Alternative, die den APT nicht nur politisch in Frage stellt.

Die Region um Chinandega ist durch den Niedergang des Banananbaus und der Baumwolle heute zur ökonomisch-sozialen und ökologischen Wüste geworden. Obwohl dort die hohe Arbeitslosigkeit eigentlich ein besonderes gewerkschaftliches Enga-

gement erforderlich machen würde, überzeugen eher die Gruppen, die in Abgrenzung zur ATC um Land kämpfen bzw. es bearbeiten.

Das Gespräch mit Olga Maria Espinoza und Marina Cristina Rodriguez vom Landfrauenkomitee in León macht deutlich, daß eine Subsistenzökonomie zusammen mit der Politisierung der Landfrauen einhergehen muß. Ihr feministisches Projekt will den Frauenkollektiven durch eine materielle und politische Unterstützung Autonomie verschaffen. Interessant ist der Unterschied zum Projekt "Villa 15 de Julio", wo sich ca. 100 *socios/as* eine demokratische Entscheidungsstruktur gegeben haben und sich u.a. mittels eines Rotationsfonds eine längerfristige ökonomische Perspektive aufbauen wollen.

Deutlich wird an diesen Texten, daß die Menschen in Mittelamerika und wahrscheinlich auch anderswo Formen der politisch und sozialen Organisation (wieder)finden müssen, die ihrer Art und Weise des Wirtschaftens, des Produzierens entspricht. Die von Ulla Peters eingeforderte Subsistenzperspektive will in diesem Sinne "kein Programm formulieren", ermöglicht aber einen Perspektivenwechsel, "eine Politik von unten", in der "die SubsistenzproduzentenInnen sich daran orientieren, das 'System in sich selbst' und dessen institutionelle weltgesellschaftliche Formen zugleich zu hinterfragen und dagegen zu arbeiten".

Das von Armin Stickler konstatierte Scheitern des Modells einer nachholenden Entwicklung muß u.E. die Absage an zentralisierte, vertikalistischen Strukturen bedeuten. Dies geht ebenfalls an unsere Adresse. Unseren "Konzepten bisheriger Entwicklungspolitik waren und sind bestimmte (patriarchale) Machbarkeits-, Steuerbarkeits- und Planbarkeitsannahmen eigen, die zudem arrogant gegenüber dem unmittelbaren 'materiellen Leben' sind. Diese Annahmen legen ihrerseits gewisse Vorstellungen von Umsetzbarkeit und damit ein spezifisches Politik- und Organisationsmodell nahe." Folgerichtig scheint uns zu sein, unsere bisherige Projektpolitik in Frage zu stellen, unsere Annahmen ständig zu überprüfen und nicht zu meinen, daß mit der Bewußtwerdung der Projektionen diese schon abgeschafft sind. Ein neuer Begriff von Solidarität ist gefragt: er braucht unsere Phantasie und Respekt im Umgang mit konkreten Menschen.

Befreiungsbewegung entlassen Sandinismus zu Füßen Neoliberalismus im Nacken

Nicaraguas ökonomisch-soziale Situation hat sich in den letzten fünf Jahren von grundauf geändert. Sie ist bestimmt von IWF-Anpassungsmaßnahmen, der Privatisierung staatlicher Sektoren, einer Staatsverschuldung von ca. 11 Mrd. US-Dollar, einer stabilen Währung, der kompletten Öffnung des Marktes für ausländische Waren, der Zerstörung einheimischer industrieller und handwerklicher Produktion, dementsprechend einer Arbeitslosigkeit von 60 bis 80%, dem Abbau sozialer Maßnahmen, einer restriktiven Kreditvergabe an KleinbäuerInnen und Kooperativen.

An vielen Hauswänden lesen wir heute in Nicaragua "ESAF = hambre" oder "Muerte al ESAF". ESAF ist das Strukturanpassungsprogramm des IWF, das der nicaraguanischen Regierung die ökonomischen und sozialen Vorgaben macht, um trotz der Staatsverschuldung von fast 11 Mrd. US-Dollar international kreditwürdig zu sein oder besser noch, auch dieses Land dem Neo-Liberalismus gefügig zu machen. Insofern unterscheidet sich das, was in Nicaragua durchgeführt wird, nicht von dem, was in den vergangenen Jahrzehnten in den meisten lateinamerikanischen Ländern mit unterschiedlichem "Erfolg" angewandt wurde. Lediglich ein Unterschied ergibt sich aus der Tatsache, daß mit dem Sandinismus von

1979 an ein relativ hoher Grad sozialer wie politischer Organisation und Bewußtsein in der Bevölkerung vorhanden war und nach wie vor ist. Dementsprechend sind die Forderungen der Anpassungsprogramme nach ökonomischen Veränderungen auch immer mit politischen Forderungen verbunden gewesen, die, implizit die gewachsenen Strukturen des Sandinismus anerkennend, auf eine Schwächung und Beseitigung desselben zielten. Die Forderung nach (Re)Privatisierung war demnach immer verbunden mit einer "Säuberung" staatlicher Institutionen von sandinistischem Personal, allen voran bei Militär und Polizei. Aber auch im Gesundheits- und Erziehungswesen sind Tausende in den letzten fünf Jahren entlassen worden. Mit dem Ergebnis, daß einerseits Gesundheit zum Privileg geworden ist, die Rate von Analphabetismus mittlerweile wieder bei 40% liegt und andererseits die staatlichen Angestellten weitestgehend auf der Straße stehen und versuchen müssen sich, wie viele andere, im informellen Sektor - Handel oder Dienstleistungen - zu behaupten.

Entgegen der behaupteten Intention der Anpassungsmaßnahmen nimmt die Außenverschuldung nicht etwa ab, sondern steigt stetig an, was auch nicht anders vorstellbar ist, wenn jährlich ein Außenhandelsdefizit von jährlich 400 bis 600 Mio. US-Dollar durch Importüberschüsse zu verzeichnen ist. Zwar hat sich der Kaffeepreis auf dem Weltmarkt momentan stabilisiert und entlastet die Devisensituation Nicaraguas ein wenig, dem steht aber ein rapider Bedeutungsverlust anderer Produkte entgegen, wie Bananen oder Baumwolle. Letztere ist vollkommen in der Versenkung verschwunden. Beide Produkte sind mittlerweile von der Viehzucht in der Exporthierarchie verdrängt worden. Diese beansprucht den zweiten Platz und sorgt mit ihrem äußerst hohen Flächenbedarf für weiteren ökologischen Raubbau.

Dem Beispiel der anderen mittelamerikanischen Länder folgend subventioniert die nicaraguanische Regierung die sogenannten Maquiladoras, also Halbfertigungsbetriebe internationaler Konzerne, die darauf abzielen mit möglichst niedrigen Investitionen und möglichst hoher und billiger Ausbeutung von Arbeitskraft ein Höchstmaß an Profit zu erzielen. Die gängige Praxis dabei ist, den Konzernen nicht nur Grund und Boden, sondern auch das Maschinenkapital zur Verfügung zu stellen. Steuerfreiheit und das gewerkschaftliche Organisationsverbot werden noch draufgelegt.

Gewerkschaftliche Organisation und politisches Bewußtsein verhindern im Moment noch die Privatisierung des staatlichen Post- und Fernmeldewesens TELCOR und der staatlichen Energieversorgung INE. Der Rückzug der "Versorgungsinstitution" Staat auch aus diesen Bereichen trifft auf heftige Gegenwehr, da auch hier große Entlassungswellen befürchtet werden müssen, wenn wie bei der TELCOR eventuell ein asiatischer Konzern für weniger als 15 Mio. US-Dollar Schuldenabbau den Zuschlag bekommen sollte.

Besonders drastisch stellt sich die Situation für die kleineren und mittleren Gewerbebetriebe dar. In ihrer Produktion auf den nationalen Markt angewiesen sehen sie sich einer übermächtigen Konkurrenz aus den USA und den asiatischen Billiglohnländern gegenüber. Die nationale Produktion kommt so fast vollkommen zum Erliegen. Auf lange Sicht werden hier produktive Ressourcen zerstört. Das bedeutet zudem, daß im Land selbst, anders als in den 80iger Jahren alles zu kaufen ist. Die Regale der Supermärkte sind voll, aber nur 20 bis 30% der NicaraguanerInnen können an diesem relativen Wohlstand teilhaben.

Regierung und das mittlerweile privatisierte Bankenwesen gehen äußerst zurückhaltend oder restriktiv mit Kleinkrediten für Kooperativen und KleinbäuerInnen um. Wenn sie überhaupt gegeben werden, sind 25% Zinsen zu zahlen und die Kredite werden unmittelbar nach Auszahlung dollarisiert, d.h., daß ihre Rückzahlung in der stabileren Leitwährung erfolgen muß. Fällt der Wert des Cordoba gegenüber dem Dollar muß bei der Rückzahlung praktisch noch mehr bezahlt werden. So reduziert sich der Erlös so mancher Ernte auf ein Minimum.

Viele KleinbäuerInnen und Kooperativen haben allerdings noch nicht einmal Eigentumstitel auf ihren Grund und Boden. Als Folge der nach 1990 eingesetzten (Re)Privatisierung ist viel Land "im Konflikt". Trotz des starken Drucks von demilitarisierten Recontras, Recompas, Militärs, LandarbeiterInnen und Arbeitslosen ist die Regierung nur in Einzelverhandlungen bereit, diesen Forderungen nach Land stattzugeben. Für den nötigen Gegendruck sorgt u.a. die Agrarbourgeoisie mit politischem Rückenwind aus den USA.

Einem Vorschlag, der sogar aus der Weltbank kommt, mag in Nicaragua auch niemand so richtig folgen: Ausgehend von der Berechnung, daß die Legalisierung allen Bodens in Nicaragua Jahrzehnte benötigen würde und Unsummen verschlingen würde, wird

ein Moratorium vorgeschlagen, daß die Legalisierung aller Böden zugunsten derjenigen vorsieht, die diesen zu einem bestimmten Stichtag bearbeiten. Dieser Vorschlag beinhaltet zumindest die Möglichkeit - nicht die Wahrscheinlichkeit - der Herausnahme des konfliktiven Moments und dadurch ein ökonomisches und soziales Überleben der nicaraguanischen Bevölkerung. Allerdings erfordert das gleichzeitig die Schließung der nicaraguanischen Märkte für das neo-liberale Warenangebot des Weltmarktes. Dies würde vielleicht ein solidarisches Wirtschaften verschiedenster ProduzentInnen-gruppen miteinander ermöglichen. Warum soll nicht eine Nähkooperative in Managua - im Austausch für Lebensmittel einer Koope-rative in der Region VI - Kleidung herstellen?

Von *garobos* und Honigsammlern

Auf dem Bergrücken des San Cristobal treffen wir Wanderer drei Tagelöhner. Ehe wir sie sehen können, kündigen sie sich bereits durch das Krachen ihrer Macheten im Baumholz an und weiter oben am Vulkan ist ihr Weg durch das Schwelen mehrerer Feuer zu erkennen. Wie sie erzählen sind sie auf Honigsuche. Anschließend können wir sie auch bei ihrer Arbeit beobachten: um die Bienenester zu finden oder freizulegen, entfernen sie dichtes Dickicht, zerlegen Bäume oder zünden sie an. Zwischendurch machen sie auch mit der Schleuder Jagd auf Vögel oder auf andere Tiere. Sie müssen wohl genau wie wir schon seit vier Uhr morgens auf den Beinen sein, der Tagesmarsch auf den Vulkan war beschwerlich. Beim gemeinsamen Rückweg am Nachmittag ins Dorf sehen wir ihre geringe Tagesausbeute: 200g Honig und einen gefangenen *garobo*.

Viele Gedanken kamen uns, über Ökonomie des Mangels, über Ökologie der Zerstörung. Wenn ihnen "jemand" - so fragten wir uns - den Gegenwert des Honigs gäbe und sie dafür bitten würde, statt jeden Tag fünf Urwaldriesen anzuzünden nur ebenso viele Bäume anzupflanzen und zu schützen, wie bald wäre der Abholzungstrend umgekehrt, sie hätten zu essen, ihre Arbeit wäre sogar leichter und auf den kargen ehemaligen Baumwollfeldern würde neues Leben entstehen.

Auf diesen "Jemand" zu warten, wäre so unnütz wie falsch. Die Frage, die sich für die Menschen in Nicaragua stellt, ist die nach der Organisierung ihrer Ökonomie. Dabei muß das Dreieck Ökonomie - Ökologie - Organisation in seinen Wechselbeziehungen untereinander ausbalanciert sein. Unter Entwicklung wäre dann eine Selbstorganisation zu verstehen, die die ökonomische Versorgung unter dem Prinzip einer nachhaltigen Ökologie sicherstellt. In

den 80er Jahren hatte der sandinistische Staat die Versorgungsfunktion übernommen. Er hatte Nahrungsmittel subventioniert, den BäuerInnen Produktionskredite gestundet, LandarbeiterInnen auf Staatsfarmen eine gesicherte Anstellung gegeben und ein System von Sozialleistungen aufgebaut. So wichtig die ökonomische Versorgung auch war (für die ArbeiterInnen und BäuerInnen immerhin die beste seit denkbaren Zeiten), so stark war sie doch einer paternalistischen Organisierung verhaftet, in der der Staat als "Papa" am besten wußte, was und wie zu produzieren war und wie es verteilt wurde. Auf dieses staatliche Verteilungsmodell waren auch alle Organisationsansätze ausgerichtet:

- o eine Gewerkschaft, die bei staatlich festgesetzten Löhnen im wesentlichen für die Produktivität zu sorgen hat.
- o eine Frauenorganisation, die durch die Versorgung der Mütter und Frauen der Kriegsversehrten für Akzeptanz bei den Verteilungsaufgaben zu sorgen hat,
- o eine Stadtteilbewegung, die komplementär zum Staat kommunale Dienstleistungen wie die Verteilung der subventionierten oder rationierten Produkte übernimmt.

Die Organisationen waren zentralistisch geführt und arbeiteten als "Transmissionsriemen" der Partei; ihre FührerInnen ordneten sich im Konfliktfall den Parteiinteressen unter. Die Partei selbst war immer weniger ein Organ der spezifischen Interessen der unteren sozialen Klassen, sondern Instrument zu ihrer Einbindung in den gewünschten nationalen Konsens.

Nach dem gleichen Schema war auch die Landwirtschaftsproduktion organisiert: Gemäß einem Entwicklungs- und Organisationsmodell, das die jungen Guerrilleros/as und späteren MinisterInnen bei ihrem Studium in Ost- und Westeuropa übernommen hatten, kamen zuallererst die hochtechnisierten Staatsbetriebe, dann folgten die Agrarkooperativen (erst unter Druck einer Massenbewegung und mit der Vorstellung, daß diese möglicherweise eine Übergangsform darstellen könnten) und erst ab 1985 die Förderung von individuellen Klein- und MittelbäuerInnen. Die Landverteilung vor, während und am Ende der sandinistischen Regierungsphase zeigt die folgende Tabelle.

Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche

	<u>1978</u>	<u>1984</u>	<u>1989</u>
GroßgrundbesitzerInnen	36%	13%	6%
MittelbäuerInnen	46%	43%	*
KleinbäuerInnen	18%	25%	*
Kooperativen	0%	0%	24%
Staat (APP)	0%	19%	13%

* Private Klein- und MittelbäuerInnen zusammen 57%

Die Emanzipation erfolgte im wesentlichen durch die ökonomische Alimentation "von außen", während die Menschen selbst sich nur langsam aus ihrer jahrhundertealten Objektrolle, dem System von Lethargie und organisierter Verantwortungslosigkeit lösten. So wie früher der *patron* im Plantagenbetrieb anordnete, was und wann anzubauen ist, so war es dann der Direktor im Staatsbetrieb APP, der *responsable* (Verantwortliche) in einer Kooperative oder allgemein der paternalistische Staat. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die Position des Kritikers ist hier nicht die des Besserwissers von außen. Es ist die Position desjenigen, der sich mit diesen Politikkonzepten nicht nur identifiziert sondern sie selbst aktiv transportiert hatte (in Managua und Wuppertal) und nur aus der Vogelschau des Nachhinein und Miteinander zu diesen (selbst)kritischen Überlegungen kommt. Außerdem war der Sandinismus immer beides: nicht nur der Versorgungsstaat und die VordenkerInnenpartei, sondern auch die von der breiten Aufbruchstimmung getragene lebendige Bewegung, verschoben haben sich nur die Gewichte. Mit der Krise des Versorgungsstaates ist auch das Organisationsmodell in die Krise gekommen. Die Menschen beginnen, sich von der traditionellen Haltung der Unterwürfigkeit und Passivität zu befreien. Dieser Prozeß wurde - Ironie des Schicksals - gerade durch die Wahlniederlage der SandinistInnen noch gefördert, da keine Interessen-Stellvertretungsapparate mehr zur Verfügung stehen. In diesem Moment des ökonomischen *roll back* können sich die Menschen auf dem Land nur ihr eigenes ökonomisches Projekt schaffen, auf eigene Initiative, als selbstverantwortliche Subjekte. Ermöglicht wird ihnen dies wiederum durch ihre Organisationserfahrungen aus den 80ern. Sie kennen ihre

Rechte, sie haben die Veränderbarkeit von Machtstrukturen wahrgenommen und gesehen, daß ihre Interessen wichtig genommen werden. Die Balance zwischen Organisation und Ökonomie, zwischen Form und Inhalt wird neu hergestellt. Jetzt geht es um ganz unmittelbare Dinge des (Über)lebens: statt Anstellung der Kampf ums Land, statt Lohnarbeit die Subsistenz, statt Exportproduktion im Rahmen eines staatlichen Entwicklungsmodells die eigene Selbstversorgung, statt Ausbeutung des Landes eine nachhaltige langfristige Entwicklung, die ökonomische, soziale und ökologische Potentiale gleichermaßen berücksichtigt.

Die Beispiele in den folgenden Texten zeugen von der Suche nach Antworten auf die Frage der Bienenhonigsuchenden nach einer Organisierung, die zugleich ökonomisches und ökologisches Überleben sichert. Diese neuen Formen von (Selbst-)Organisation sind viel unmittelbarer an den Interessen der Basis. Gleichzeitig lösen sich die alten Großorganisationen (wie ATC und FSLN) auf. In der Übergangsphase der ersten Hälfte der 90er Jahre stellten sie noch im Rahmen der Kräftekonstellation der Doppelherrschaft einen "irgendwie" verketteten Machtblock (mit Positionen in Heer, Polizei, Parlament, Institutionen, Gewerkschaften) dar, der durch Einzelpersonen bzw. den Parteiapparat zusammengehalten wurde, sich aber nicht mehr auf ein gemeinsames, von der Basis getragenes politisch-ökonomisches Konzept berufen konnte. Gestützt auf diesen Machtblock hat die ATC in einer zentralistischen Verhandlungsstrategie ihr APT-Projekt durchgesetzt: Bei der Privatisierung des staatlichen Landwirtschaftssektors soll ein entscheidender Anteil (ca.25-30%) in ArbeiterInnenhand übergehen und in Form von konzernartigen Aktiengesellschaften geführt werden. Tatsächlich zeigt sich jedoch, daß der aus dem Staatssandinismus stammende Machtblock in einzelne Personen(-gruppen) zerfällt. Diese bereichern sich (teils in rhetorischem Bezug auf die "gemeinsame Sache") und besetzen Machtpositionen, sie sind GeschäftsführerInnen, GesellschafterInnen oder MehrheitsaktionärInnen im APT. Klar, daß für die LandarbeiterInnen kein Platz mehr in ihrer ehemaligen Gewerkschaft bleibt, wenn ihre FührerInnen die ökonomischen Entscheidungspositionen besetzen. Von der Auseinandersetzung in und mit bzw. gegen die ATC sind alle neuentstandenen Organisationsansätze, die in diesem Script zu Worte kommen, geprägt, da die handelnden Personen alle eigene Erfahrungen aus dieser

Schule mitbringen und aus einer praktischen Kritik daraus handeln. Auch die Zukunft des APT hängt nicht am guten Willen der "transformierten Eigentümer" (in der Ironie der Kritiker heißt der APT: Area de propietarios transformados), sondern an der Entschlossenheit der LandarbeiterInnen, ihn zu ihrer eigenen Sache zu machen.

Mehr als Land - und doch Land zuerst

Fincas en conflicto

Ein Gespräch von TeilnehmerInnen einer Besuchsreise nach Nicaragua im Dezember 1994 mit Vertretern von besetzten Betrieben in der Region Matagalpa. Dies waren Arnoldo Vargas, Koordinator der Kommission von sechs besetzten Betrieben, zugleich Präsident der Kooperativen Creciento Rosales; Fabian Mendoza, Präsident der Kooperativen Roberto Senteno mit Sitz auf Montpellier; Sergio Guido, Präsident der Kooperativen Camillo Ortega auf Santa María de Ostuma; Elias Sanchez, Präsident der Kooperativen Fermin Valonsuela auf La Rosa bei San Ramon und Carlos Laszo, technischer Berater der Kommission. TeilnehmerInnen der Besuchsreise waren Silke Helfrich, Klaus Heß, Ulla Peters, Andreas Pyka, Sigrid Stagl und Thomas Weyland; die Übersetzung machte Otmar Meyer.

Warum habt ihr eure Betriebe besetzt?

Arnoldo: Die *fincas en conflicto* gingen von dem aus, was unter dem sandinistischen Staat der APP war. Mit der Privatisierung wurden alle Staatsbetriebe in vier Teile aufgeteilt: ein Teil wurde den entwaffneten Ex-Contra-Angehörigen, ein Teil den entwaffneten Soldaten und ein Teil der ATC übereignet, der vierte Teil wurde den alten Besitzern der Bourgeoisie zurückgegeben. Diese Privatisierung wurde zwischen der Regierung und der FSLN und hier im konkreten Fall unserer Organisation, der ATC, verhandelt. Es waren Verhandlungen der Führungskader, ohne Einbeziehung der Mitglieder und der Menschen, die von diesem Land leben.

Allein in der Region Matagalpa sind bei der geplanten Privatisierung 25 Betriebe in Konflikt getreten. In den vier Jahren von 1990 bis Ende 1994 haben wir auf diesen 25 Betrieben den Kampf darum geführt, daß diese nicht an ihre ehemaligen Besitzer zurückgegeben werden. In dieser Zeit wurden wir besonders von der

Regierung, vom Militär und von den ehemaligen Besitzern angegriffen. Schließlich wurden wir auch von unserer Organisation, der ATC, im Stich gelassen, weil sie mit der Regierung Abkommen unterschrieben hatte, die die Rückgabe der Betriebe an die alten Besitzer regelte und ihnen im Gegenzug andere Betriebe aus dem APP übertrug. In diesen vier Jahren erlebten wir einen großen physischen, moralischen und ökonomischen Verschleiß. Von den 25 Betrieben sind nur noch 15 besetzt, 10 Betriebe wurden inzwischen an die alten Besitzer zurückgegeben. Mit solidarischer Hilfe aus Europa konnten wir schließlich überleben. Auf Initiative von drei Kollektiven wurde die Regierung ab Ende 1993 mit Hilfe politischer Aktionen auf dem Land und in der Stadt in einen Verhandlungsprozeß gezwungen. Die drei Kooperativen waren Santa María de Ostuma, Santa Joséfina und La Rosa. Mit politischen Aktionen auf dem Land und in der Stadt meine ich die völlige Wiederinbesitznahme von Ländereien, die nach militärischen Besetzungen entweder ganz oder teilweise an die alten Besitzer zurückgegeben worden waren, die Vertreibung dieser alten Besitzer, die Besetzung von Kirchen, politischen Organisationen und staatlichen Einrichtungen (z.B. das Agrarreforminstitut). 125 Leute von uns wurden bei diesen Aktionen gefangengenommen. Ende 1993 konnten wir selbst den Prozeß der Verhandlung mit der Regierung beginnen, der zu dem Ergebnis führte, daß die zwei Kooperativen in Santa Joséfina und Santa María de Ostuma legalisiert wurden und Ersatzland zugewiesen bekamen und die Kooperativen in Pancasán auf ihrem eigenen Land legalisiert wurden. Obwohl wir auf diese Art und Weise eine Vorreiterrolle in den revolutionären Kämpfen hatten, hat uns die FSLN zu keinem Zeitpunkt in diesem Kampf auf departamentaler Ebene unterstützt oder unsere Aktionen gutgeheißen, obwohl wir doch alle SandinistInnen sind. Wir wurden in dieser Situation sogar stark kritisiert. Auch die ATC hat uns als Mitglieder keine Unterstützung geleistet.

Wieviele Personen leben z.Zt. auf den 15 besetzten Betrieben?

Arnoldo: Auf diesen Betrieben leben 5-6.000 Menschen.

Du sagst, daß ihr von der FSLN und der ATC keine Unterstützung bekommen habt. In unseren Gesprächen mit ATC und APT-Betrieben haben wir immer gehört, wie wichtig die Fortsetzung der Kämpfe um besetzte Betriebe sei. Gibt es Beispiele für Solidaritätsaktionen von APT-Betrieben?

Arnoldo: Hier im Landkreis haben wir keine Solidarität gespürt. Als wir Anfang 1994 die Kathedrale in Matagalpa besetzten, kamen der Politsekretär der FSLN und der departamentale Koordinator der ATC zu uns und wollten uns ohne eine Verhandlungszusage der Regierung zum Verlassen der Kathedrale überreden.

Sergio: Hinter diesen konkreten Ereignissen stecken natürlich globale Einschätzungen; die *fincas en conflicto* waren nie eine Priorität für ATC und FSLN. Dafür gibt es zwei Motive, so fühlt sich die ATC einmal an das Abkommen mit der Regierung gebunden, das sie bezüglich der Privatisierung abgeschlossen hatte, auf der anderen Seite stellten wir 1990 mit unseren ökonomischen Ressourcen keine große Wirtschaftskraft, kein ökonomisches Potential dar. So hat unsere Gewerkschaftsorganisation dem APT die größte Priorität gegeben.

Nach welchen Kriterien hat die ATC ihre Prioritäten festgelegt?

Arnoldo: An erster Stelle sind sie von rein ökonomischen Interessen ausgegangen. Die Chamorro-Regierung hat 1990 eine Offensive begonnen, in der sie grundsätzlich alle Betriebe des Staatssektors APP den alten Besitzern zurückgeben wollte. Daraufhin sagte die ATC: "Ehe wir alles verlieren, wollen wir wenigstens einen kleinen Teil für uns." Wie schon gesagt, wurden die Verhandlungen ausschließlich auf der Ebene der höchsten Kader geführt. Es gab überhaupt kein Vertrauen in die Kampfkraft, die die organisierten LandarbeiterInnen im Laufe der 10 Jahre der Revolution gewonnen hatten. Die ATC setzte nicht auf die Stärke ihrer Mitgliederbasis in den ehemaligen Staatsbetrieben. So ließ sie sich auf die Alternativen ein, die die Regierung ihr anbot.

Gab es eine öffentliche Diskussion innerhalb der ATC über die Verhandlungsposition?

Arnoldo: Es gab Diskussionen innerhalb der nationalen Strukturen und dann hinunter auf die departamentale Ebene der ATC, aber mit der Basis, mit den Betroffenen, wurde nichts diskutiert.

Seid ihr der Meinung, daß ein kompromißloses Vorgehen möglich war, oder bringt ihr einer kompromißbereiten Haltung teilweise Verständnis entgegen und kritisiert nur die Form, in der der Kompromiß gefunden und durchgesetzt wurde? Wieviel Macht hatte die Regierung, wieviel Macht hatte die ATC, um ihre Positionen durchzusetzen?

Arnoldo: Wir haben einen Faktor noch nicht erwähnt. Seit wir 1990 die Wahlen verloren haben, sind alle politischen Führer auf fast allen Ebenen in ein politisches Delirium verfallen und haben das Vertrauen in die Kraft der Basis verloren. So hat die ATC nicht nur uns getäuscht, indem sie sagte, sie würde in unserem Interesse mit der Regierung verhandeln; sie hat auch die Regierung getäuscht, indem sie behauptete, die Rückgabe der Betriebe würde in Absprache mit uns als Gewerkschaftsmitglieder und ohne Widerstand oder größere Probleme erfolgen. Die ATC hatte komplett versagt, sie hatte keine Strategie und behauptete nachträglich, nachdem wir die *fincas* besetzt hatten, dies sei ihre Strategie der Nachbesserung gewesen. Aber wir haben sie gegen die Absicht der ATC besetzt, nicht weil es eine Strategie der ATC war. Viele dieser *fincas* waren in einem vollkommen desolaten und aufgegebenen Zustand, den wir erst in den folgenden Jahren reaktivieren konnten.

Was waren eure Forderungen damals?

Arnoldo: Zuallererst war dies die Beschäftigungsgarantie für die 46 ArbeiterInnen der *finca*. Dann ging es um die Anerkennung der Eigentumsrechte an den Wohnungen, in denen wir lebten, und schließlich die Flächen, die wir zur Eigenversorgung bebaut haben. Diesen Forderungen hatte Salvador Cuadra, der alte und neue Besitzer zuerst auch zugestimmt, um die *finca* übereignet zu bekommen, aber bereits drei Tage später begann er, die ersten Leute zu entlassen. Damit hatte er das Abkommen gebrochen und

uns gleichzeitig Argumente geliefert, die *fincas* wieder neu zu besetzen.

Habt ihr Unterstützung von ArbeiterInnen anderer Betriebe, von Kooperativen oder anderen gesellschaftlichen Sektoren erhalten?

Arnoldo: Die ATC hat drei Betreuungsbereiche: den Kooperationssektor, den Privatsektor und den APT. Im Zuge unserer Kämpfe um das Land hat die Regierung die verschiedenen Sektoren jeweils mit dem Hinweis auf die Begünstigung der anderen Sektoren gespalten. Als wir beispielsweise mit der Regierung über die *fincas en conflicto* verhandelten, sagte die Regierung uns, daß sie der ATC wer weiß wieviel Ländereien zusätzlich gegeben hätte, um unsere Bedürfnisse zu befriedigen. Wir sollten von der ATC fordern, daß wir dort unseren Platz erhalten. Dann hat die Regierung aber auch die Information den APT-ArbeiterInnen zukommen lassen. Die meisten dieser Betriebe haben sehr viel Leute, dort gibt es nicht viel zu verteilen. Bei den Leuten ist aber die Angst entstanden, daß wir uns jetzt Land vom APT nehmen würden, daraus entstand dann eine Zurückweisung.

Der Privatsektor ist von der ATC seit 1990 ziemlich vernachlässigt worden, von dort ist auch nichts zu erwarten. Ein anderer Sektor, der uns möglicherweise unterstützen könnte, weil er im Kampf ums Land eine ähnliche Rolle gespielt hatte, ist der Kooperationssektor, der in der UNAG organisiert ist. Seitdem die UNAG wirtschaftliche Stärke hat, hat sie sich von einer Organisation in ein Unternehmen verwandelt. Seitdem die *compañeros* der Kooperativen eigene Eigentumstitel erhalten haben, mischen sie sich nicht mehr in die Landkämpfe ein und wollen möglichst ohne Probleme mit der Regierung leben, da sie sich jetzt als Mitglieder eines legalen Sektors fühlen.

Gibt es noch eine Beziehung zu den Leuten aus den Betrieben, die mittlerweile zurückgegeben worden sind, die also euren Kampf zeitweise begleitet haben?

Fabian: Die Leute sind entlassen worden, sie mußten von den *fincas* runter und sind jetzt überallhin verstreut, es gibt keinen Kontakt mehr.

Wenn die ArbeiterInnen aus dem APT-Sektor jetzt wahrnehmen, daß ihr eure Probleme nicht auf Kosten des APT löst, ihr also keine Landforderungen an sie stellt oder eine Konkurrenz im Landkampf darstellt, sondern eure Probleme selbst löst, können sich darauf nicht neue - angstfreie - Beziehungen des gegenseitigen Vertrauens gründen?

Arnoldo: 1990 sind wir von einer Regierung, die uns freundschaftlich gesonnen war, an eine Regierung der Konfrontation geraten; die Führungskader im APT haben sich alle von Mitgliedern der ArbeiterInnenklasse und der Gewerkschaften zu Unternehmern gewandelt. Wir kommen aus einer Schule des Vertikalismus und noch nicht alle haben umgedacht. Im APT werden meist noch die Orientierungen von oben nach unten gegeben. Sie werden als die Wahrheit aufgefaßt. Ich war mit unserer Gruppe in Santa Joséfina umgeben von zwei APT-Betrieben, La Estrella und La Pintada. Wir konnten ganz konkrete Erfahrungen machen, weil wir öfters um irgendwelche Dinge gebeten haben. Die Leute dort konnten nie selbst entscheiden, sie mußten immer alles durch das Sieb der nächsthöheren Instanz entscheiden lassen. Und das hat eben nie funktioniert. Unmittelbare Beziehungen konnten nicht hergestellt werden.

Sergio: Die Menschen, die in den genannten Aktionen besonders aktiv waren, werden jetzt zunehmend isoliert. Einige von uns sind Mitglieder der departamentalen ATC-Versammlung, ich bin auch politischer FSLN-Sekretär für meine Zone, für die *finca* und ihre Umgebung. Seit diesen Ereignissen isoliert die Frente uns, obwohl ich gewählter Sekretär für diese Zone bin. Sie betrachten uns wie Abtrünnige, ich werde zu keinen Versammlungen mehr eingeladen, weil wir einfach nicht mehr dem zustimmen, was sie sagen. Ich hatte bereits einige Auseinandersetzungen mit dem politischen Sekretär auf Departamentsebene, als ich ihm sagte, daß ich nur meiner Basis und deren Interessen verantwortlich bin. Bei den Problemen handelt es sich allerdings nicht nur um Landkonflikte, dahinter steckt viel mehr an Neid und Machtpositionen, an In-Frage-Stellen von Führung. Uns geht es nicht darum, denen die Führung streitig zu machen, sondern unsere ökonomischen Probleme zu lösen, den Hunger zu bekämpfen und zu produzieren. Uns geht es um ein Überlebenskonzept, um eine Alternative, eben um die *fin-*

ca, auf der wir produzieren können, während die anderen mit dem APT schon ihr Konzept legalisiert haben und bereits investieren können.

Wie und mit welchem Ergebnis sind die drei *fincas* jetzt legalisiert worden?

Arnoldo: Die Tauschbesitzer müssen nicht gekauft werden, sie werden nach dem geltenden Agrarreformgesetz kostenlos übergeben. Hinzu kommt, daß die Solidaritätsbewegung in den 80er Jahren soziale Projekte in den beiden *fincas* finanzierte, die wir jetzt gegen einen Landtausch verlassen. Da wir diese Projekte nicht mitnehmen können, sondern sie dem neuen Besitzer überlassen, betrachten wir das als eine gewisse Bezahlung für das Land, das wir jetzt auf den beiden neuen *fincas* bekommen. Die Projekte, die wir hinterlassen, haben einen Wert von 400.000 Córdoba, und die *fincas*, die wir jetzt bekommen einen Wert von etwa 1 Mio. Córdoba.

Habt ihr den Eindruck, daß die ATC in den Verhandlungen unter Druck gesetzt worden ist, entweder den APT oder die *fincas en conflicto* hinzunehmen?

Arnoldo: Die Regierung übt einen doppelten Druck aus: Einmal möchte sie über die *fincas en conflicto* nicht mehr mit der Organisation ATC, sondern mit uns direkt verhandeln, denn sie sagt, die ATC hat uns schon einmal betrogen, darauf lassen wir uns kein zweites Mal darauf ein; auf der anderen Seite sagt sie, ehe diese Konflikte um das Eigentum nicht gelöst sind, wird die ATC auch nicht endgültig die APT-Betriebe bekommen. Natürlich ist die Position der Regierung, unmittelbar mit uns zu verhandeln, auch ein Versuch der Spaltung zwischen ATC und uns, ein Versuch der Atomisierung.

Die Regierung unterschätzt hier die Fähigkeiten der Bäuerinnen und Bauern, selbständig solche Verhandlungen zu führen. Unsere Verhandlungsfähigkeit war für die Regierung völlig unerwartet. Es ist uns gelungen, andere gesellschaftliche Sektoren als Garanten für den Verhandlungsprozeß einzubeziehen, wie z.B. die Menschenrechtskommission, den Bischof von Matagalpa, die Polizei und die Verifizierungskommission des Kardinals Obando y Bravo. Es ist also nicht mehr nur eine Verhandlung zwischen uns

und der Regierung, alle genannten Sektoren sind beteiligt. Im November 1994 wurde der Generalsekretär der ATC, Edgardo Garcia, zur Regierung gerufen, um die sofortige Rückgabe von drei *fincas* - Montpellier, Comáica und Tabrasle - einzuleiten. Diese *fincas* sind aber Teil eines Abkommens, das nach der Besetzung der Kathedrale zustande kam. Die Regierung hatte zugestanden, daß diese Konflikte über Verhandlungen gelöst werden. Von Rückgabe wurde nicht gesprochen. Diesen Rückschritt können wir nicht hinnehmen; wir fordern, daß das Verhandlungsergebnis von damals anerkannt wird und auf dieser Basis weiterverhandelt wird. Unter Lösung kann aus unserer Sicht alles verstanden werden, was nicht die unmittelbare und ersatzlose Rückgabe an die alten Besitzer darstellt. In einigen Betrieben sind wir mittlerweile mit unserer Hände Arbeit an gewisse Grenzen gestoßen, die wir nur über besseres Land, zusätzliche Investitionen oder eine Technifizierung überwinden können. Solange wir über keine Beratung oder technische Unterstützung verfügen, sind die Entwicklungsmöglichkeiten dieses Landes begrenzt. Seitens der Regierung existiert ein starker politischer Wille, das Land an den alten Besitzer zurückzugeben, denn es handelt sich um einen einflußreichen, politischen Kaziken. Bei der Suche nach Lösungen sind wir nicht unflexibel, wir sind durchaus bereit, auch auf anderes Land zu gehen, wenn uns dies angeboten wird, nur muß das Abkommen eingehalten werden, das uns auf jeden Fall eine soziale Lösung zusichert.

Damals ist eine Verhandlungskommission entstanden, in der Sergio und ich Mitglieder sind, und die auch von der ATC anerkannt worden ist. Aus der Macht, der Mißgunst oder der Konkurrenz heraus macht die ATC jetzt wieder Versuche, die *finsa*-Vertreter aus der Verhandlungskommission herauszudrängen.

Wie organisiert ihr euch auf den *fincas*? Und wie fällt ihr Entscheidungen innerhalb der einzelnen Kooperativen?

Arnoldo: Wir haben alle etwa das gleiche System der Arbeit. Wir sind als Kooperativen organisiert. Alle 14 Tage haben wir eine Kooperativen-Vollversammlung, in der wir über unsere Arbeit diskutieren, in der wir gemeinsam planen, die Arbeit organisieren, Entscheidungen mehrheitlich treffen. Wir haben uns 1991 als Kooperative organisiert und vom Standpunkt unserer technischen Entwicklung sind wir eine reine Subsistenz-Kooperative. Zu keinem

Moment haben wir starke Investitionen getätigt oder große Projekte durchgeführt.

Alle Organisationen, die uns bisher besucht haben und uns in irgendeiner Form helfen wollten, stießen auf die erschwerten Bedingungen, daß wir kein legalisiertes Landeigentum hatten und juristisch nicht anerkannt waren. So konnten wir keine größeren Projekte initiieren und waren auf Subsistenz-Wirtschaft und Parzellen für den Selbstkonsum beschränkt. Keine Kooperative hat das Landeigentum parzelliert, wobei es schon dahingehend Unterschiede gibt, daß in manchen Kooperativen ein Teil des Landes privat bearbeitet wird.

Elias: Auf unserer Kooperative La Rosa gibt es insofern einen Unterschied, daß wir bereits 1988 als Kooperative auf Staatsland begonnen haben, wobei der Landbesitz aber nie legalisiert worden ist. Wir bildeten eine sandinistische Agrarkooperative (CAS = Produktionskooperative). Wir hatten eine fünfköpfige *junta directiva* gebildet und führten 14tägig bis monatlich Vollversammlungen aller *socios/as* durch. In diesen ganzen Jahren haben wir nie - weder von ATC noch von UNAG - Unterstützung bekommen.

Bisher haben wir nur für den Eigenbedarf produziert, allerdings jetzt aus eigener Kraft 10 ha Kaffee gepflanzt, der gerade die erste Ernte bringt. Und dies ohne jegliche finanzielle Unterstützung.

Konntet ihr in all den Jahren des Krieges unter militärischer und Contra-Bedrohung fortgesetzt produzieren?

Elias: In unserem Fall war das nicht immer möglich, wir mußten die Produktion teilweise unterbrechen und außerhalb des Gebietes bleiben.

Fabian: Auch wir hatten Phasen, in denen wir nicht arbeiten und anbauen konnten, weil die Armee bei uns drin war und uns am Arbeiten hinderte; um eine Konfrontation mit Polizei und Armee zu verhindern, haben wir uns zurückgezogen und uns verstreut. Das bedeutete mehrere Monate Unterbrechung der Arbeiten.

Welche Beziehungen existieren zwischen den verschiedenen Gruppen untereinander, gibt es Austausch zwischen den verschiedenen Kooperativen, welche Perspektiven habt Ihr für die Zukunft?

Arnoldo: Wir werden in Zukunft solche Beziehungen brauchen, um gemeinsame Pläne zur ökonomischen Entwicklung durchzuführen.

In den letzten vier Jahren waren wir hauptsächlich damit beschäftigt, unser Land zu verteidigen, und unsere Beziehungen untereinander waren auf solche Fragen beschränkt. Gemeinsame ökonomische Aspekte hat es bisher nicht gegeben. Wir werden jetzt beginnen, gemeinsame ökonomische Entwicklungsperspektiven zu suchen.

Welche Bedeutung hat für euch das gemeinsame Produzieren? Nehmen wir einmal an, ihr würdet in Zukunft Ersatzland angeboten bekommen, wäre es für euch auch eine gangbare Option, unter Einzeleigentum zu produzieren oder hat die kollektive Arbeitsweise für euch einen unverzichtbaren Stellenwert?

Fabian: Wir sind bereit, einen Umzug zu akzeptieren unter der Bedingung, daß wir dort ähnliche Voraussetzungen vorfinden; wir sind hier eine Gruppe und wir akzeptieren nur, daß wir unter den gleichen Voraussetzungen, nämlich als Gemeinschaft arbeiten können; Einzelparzellen akzeptieren wir unter keinen Umständen.

Elias: Bei uns ist das Problem komplizierter, weil das Land, das zurückgegeben wurde, auf drei Kooperativen, mehrere Kollektive und viele Einzelparzellen aufgeteilt war. Wir wollen das Problem erst einmal im Block lösen und haben deshalb gesagt, das gesamte Land muß zusammenhängend legalisiert werden. Wir würden auch einen Umzug akzeptieren, wenn die Bedingungen ähnlich wären. Eine Parzellierung würden wir nicht akzeptieren, denn dies würde die Gruppe desorganisieren und alle Leute isolieren. Wenn wir von gemeinschaftlicher Organisation reden, ist dies nicht nach dem sozialistisch-sowjetischen Stil gemeint, es geht uns um die Verteidigung des gemeinsamen Eigentums.

Und was ist, wenn ihr es einmal legalisiert habt?

Arnoldo: Die Leute leben zusammen, haben ihr Haus und bebauen ihre eigene Parzelle. Wenn erst einmal der Landtitel verteidigt ist, werden die Leute beginnen, gemeinsam zu diskutieren, wie sie das Land bebauen werden, und wie sie die Kooperative aufbauen und organisieren. Das ist dann aber deren eigene Entscheidung. Es mag Kooperativen geben, die das für die Zukunft noch nicht entschieden haben, aber wir haben das für uns entschieden, weil wir genug Erfahrungen haben. Hier sind Demobilisierte von der Armee gewesen, die denken nicht so sehr daran, kollektiv zu leben, sie

wollten nur ein Stückchen Land haben und dies eine Zeit lang bearbeiten. Man hat gesehen, daß sie nicht sehr weit kamen, das Land ließ sich nicht über einen bestimmten Punkt hinaus entwickeln. Wir haben deshalb auch die Erfahrung, daß wir in der gemeinsamen Bearbeitung besser fahren, dies werden wir auch in Zukunft gemeinsam machen.

Elias: Es ist wichtig, festzuhalten, daß wir die Leute nicht isolieren oder ausschließen, die parzellieren wollen. Dies war einer unserer Fehler in der Revolution; diesen Fehler, der in den vertikalen Entscheidungsstrukturen begründet war, dürfen wir nicht wiederholen. Ein Teil unserer Kooperative ist in Parzellen abgeteilt, und zwar dort, wo die Grundnahrungsmittel angebaut werden. Zusätzlich haben wir den Leuten rund um ihre Häuser ein Stück Land gegeben, was für den Anbau genutzt werden kann. Der Kaffeeanbau ist gemeinsam. Wenn hier jeder auf seinem eigenen Stück Land individuell Kaffee anbauen würde, so ginge dies allein schon deshalb nicht, weil die Wasserversorgung sehr unterschiedlich ist, von daher geben schon die natürlichen Ressourcen vor, wie man sich organisiert.

Fabian: Auch hier gibt es Parzellen für den Grundnahrungsmittelanbau. Kaffee und Viehzucht lassen sich nur gemeinsam voranbringen, weil es nicht sinnvoll ist, wenn jedeR eine Kuh allein herumlaufen hat.

Arnoldo: Es ist wichtig wahrzunehmen, daß uns die revolutionäre Regierung ein Kooperativenmodell aufgedrückt hat. Dieses Kooperativenmodell der UNAG hat nicht funktioniert, in den letzten vier Jahren haben sich fast alle Kooperativen parzelliert. JedeR bearbeitet seine/ihre Parzelle selber, sei es für Kaffee, sei es für Nahrungsmittelproduktion. Wir beobachten dies mit Sorge, denn es behindert die Entwicklung der Kooperative und die Entwicklung der Ressourcen. Wir selbst versuchen, beiden Notwendigkeiten der BäuerInnen gerecht zu werden. Wir BäuerInnen denken sehr individualistisch, uns gefällt das individuelle, nicht das kollektive Eigentum. Das hat starken Einfluß auf die Entwicklung der BäuerInnen. Wir haben deshalb in unserer Kooperative einen Teil, den wir kollektiv bearbeiten, und einen Teil des Eigentums, den wir individuell bearbeiten.

Elias: Was würde passieren, wenn Arnoldos Kooperative beschließt sich aufzulösen? Ob er will oder nicht, er muß es akzeptieren,

wenn es die Vollversammlung der Kooperative beschließt. Ich glaube, einige der Kooperativen werden dies tun. Ich will es nicht hoffen, aber ich glaube es.

Carlos: Wir haben aus einer historischen Notwendigkeit heraus gehandelt: wir haben als Frente die somozistische Diktatur gestürzt, weil es gemacht werden mußte. Wir haben dann versucht, ein sozialistisches Modell aufzubauen; es wurde gesagt, es muß gemacht werden, und es wurde gemacht. Wir haben gesagt, jetzt werden Kooperativen geschaffen; es wurde gesagt, und wir haben es gemacht. Dann hieß es, Gewerkschaften aufmachen; es wurde gesagt, und wir haben es gemacht. Wir - Frente - haben es gemacht und die Leute haben uns vertraut. Die Auswirkungen davon spüren wir erst sehr viel später. Was wir gemacht haben, war nicht immer das, was am besten der Situation entsprach, aber die Leute haben uns vertraut und heute haben wir die Auswirkungen. 1980 hatte ich einmal 65 ha an eine Kooperative übergeben. Da waren zwei Brüder, die wollten das nicht kollektiv. Der Präsident sagte, das läuft nicht, dann macht ihr eben nicht mit, und dann ist der Präsident geköpft worden und es hat noch 24 Verletzte gegeben und nur weil die 4 ha individuelles Land haben wollten. Und heute? Heute ist die gesamte Fläche von 65 ha parzelliert, d.h. damals haben wir den Sozialismus gemacht, jetzt parzellieren wir den Sozialismus.

Arnoldo: Aufgrund des revolutionären Prozesses in Nicaragua sind bestimmte Dinge, wie z.B. die Kooperativen geschaffen worden, die zwar nicht unbedingt in adäquater Form durchgeführt wurden, aber schließlich die strukturellen Grundlagen dafür bieten, daß heute assoziierte Gemeinschaften weiter existieren und die organisatorischen Erfahrungen mitberücksichtigen können.

Könnt ihr euch vorstellen, daß eure Organisationsformen fortexistieren, auch nachdem die Legalisierung erfolgreich abgeschlossen wird, wenn es diesen Druck von außen nicht mehr gibt?

Carlos: Ich will jetzt nicht alleine von unseren Erfahrungen sprechen, sondern von denen, die ich mit Kooperativen im ganzen Land gemacht habe. Es ist richtig, daß die bäuerliche Bevölkerung sehr individualistisch denkt; gerade, was den familiären Bereich anbelangt - also mein Haus, meine Frau, aber auch, was so unmittelbar drumherum ist, das Schwein, das sind die allerwichtigsten Dinge. Aber das muß nicht im Widerspruch zu den anderen Dingen

stehen, wie z.B. zum Kaffee, zur Viehzucht, die man wirklich sinnvollerweise gemeinsam macht. Aus meiner Sicht gibt es keinen Widerspruch zwischen kollektiver Bearbeitung und individuellen Rechten. Die Leute suchen die Individualität, und wenn man das nicht respektiert, dann laufen sie alle wieder auseinander.

Sergio: In unserer Kooperative hatten wir eine Frau aus Carazo, die ist schon seit Jahren in unserer Kooperative, hat sich in den Auseinandersetzungen stark beteiligt. Jetzt wo das Eigentum anerkannt ist, will sie verkaufen und zurück zu ihrer Familie nach Carazo. Wenn wir dies zulassen würden, würden wir plötzlich jemanden in die Kooperative bekommen, den wir gar nicht kennen, zu einem Zeitpunkt, wo wir gerade erst anfangen. In der *junta directiva* haben wir nun beschlossen, daß wir eher die Frau für die ganzen Jahre ihrer Mitarbeit entschädigen; dafür gibt es gesetzliche Regelungen. Dann wird das Land nicht verkauft, sondern gehört weiterhin der Kooperative. Wir haben ihr 4.000 Córdoba gegeben.

Elías: Alles das passiert tagtäglich in unserem Land. Auch in unserer Kooperative gibt es Tendenzen zur Parzellierung. Wir als Kommission haben die Aufgabe, vorbeugende Maßnahmen zu überlegen, um das Land auch gemeinsam zu erhalten. Das müssen wir hier in der Kommission diskutieren. Ein wichtiger Punkt ist, daß wir auch bei unseren Kindern anfangen, daß sie lernen, das Land zu lieben. Um diese Tendenzen zu verhindern ist es wichtig, daß wir daran arbeiten, daß auch die Kinder ein Verhältnis zu diesem Land kriegen und es nicht verkaufen.

Carlos: Wenn ihr aus Deutschland nicht mehr mit einer Struktur wie der ATC arbeiten wollt, aber es Sektoren gibt, die vielleicht überhaupt gar keine Organisationsstrukturen haben, d.h. sich noch nicht einmal wie diese sechs *fincas* eine gemeinsame Kommission geschaffen haben, würdet ihr auch solchen Sektoren helfen, wenn sie die Hilfe dringend nötig haben. Welche Art von Struktur ist aus eurer Sicht als Mindestes notwendig, um Projekte durchzuführen?

Klaus: Die politische Entscheidung, die wir als Ergebnis einer langen Entwicklung getroffen haben, ist die, möglichst nah an den Konflikten und Auseinandersetzungen zu arbeiten, d.h. mit den Gruppen und Personen zusammenzuarbeiten, wo sich die Konflikte abspielen, und dabei möglichst ohne Apparate und Organisationen, die dazwischen stehen.

Das andere aber ist das Problem des Zugangs, daß wir nämlich Personen oder Leute kennenlernen, mit denen wir dann zusammenarbeiten. Auf der anderen Seite aber wissen wir, daß es Tausende von BäuerInnen und ArbeiterInnen gibt, die wir nicht kennen und die durchaus die gleichen Notwendigkeiten haben. Und das ist insofern auch eine Frage von Kapazität, da machen wir uns nichts vor und überschätzen uns nicht: wir sind natürlich beschränkt in unseren Möglichkeiten. Ein Zugang kann sich dann für uns so darstellen, daß sich besetzte Betriebe eine Minimalstruktur geben wie hier die Kommission, oder daß es regionale Programme gibt, wie wir sie in den letzten Wochen kennengelernt haben, wie *"campesino a campesino"* oder wie das *"movimiento de educacion obrero campesino"*, die zur Entwicklung der einzelnen Kooperativen beitragen. Durch die Unterstützung solcher Programme kann natürlich eine Entwicklung an ganz verschiedenen Stellen gleichzeitig ermöglicht werden. Sie sind also nicht nur Beispiele von Strukturen, sondern Beispiele für Bewegungen, die in irgendeiner Art und Weise zur Entwicklung beitragen.

Kooperativ ~~gegen die~~ mit den eigenen Widersprüchen

Sandinistische Agrarpolitik und Kooperativenbewegung

Mit dem Sandinismus der 80er Jahre hatten die Kooperativen in Nicaragua einen gewaltigen Aufschwung erfahren. Laut BäuerInnenverband UNAG gab es 1989 3.533 Agrarkooperativen mit 83.186 Mitgliedern im Land, davon 9.246 (11%) Frauen. Insgesamt lebten rund eine halbe Million Menschen auf den Agrarkooperativen in Nicaragua und dies bei einer Gesamtbevölkerung von 4 Mio. EinwohnerInnen. Ursprünglich waren die Kooperativen, die 1981 als Bewegung ihren unabhängigen Ausgangspunkt durch Landbesetzungen hatten, im sandinistischen Organisationsmodell, das auf die Entwicklung des Staatssektors und die traditionellen Eigentumsformen setzte, nicht vorgesehen. Das Kooperativenmodell, das der sandinistische Staat im Fortgang der 80er Jahre mitprägte, war mehr darauf gerichtet, soziale und politische Strukturen aufzubauen, als ökonomisch funktionierende Einheiten zu schaffen. Es war vor allem in den Kriegszonen eine Organisationsstruktur zur militärischen Verteidigung der Revolution. Gerade hier traten ökonomische Aspekte in den Hintergrund und wurden durch staatliche Subventionspolitik, zur Aufrechterhaltung des kollektiven Modells, ausgeglichen. Die Agrarreform, vor allem bis 1985, bevorzugte sehr stark kollektive Organisationsstrukturen bei der Landvergabe und respektierte nicht immer die Freiwilligkeit der Wahl der Organisationsform. Die armen BäuerInnen und Landlosen, die von der Landverteilung begünstigt wurden, paßten sich dem Modell an, zumal es in den Kriegszonen oft die einzige Form des Überlebens war, gerade für diejenigen, die nicht mit der Contra zusammenarbeiten

wollten. Das sandinistische Modell förderte eine verstärkte Integration dieser Sektoren in die Machtstrukturen durch mehr Spezialisierung und Mechanisierung und sie wurden mit Krediten und technischer Assistenz vom sandinistischen Staatsapparat ausgestattet.

Mit dem Regierungswechsel 1990 und der Hinwendung zum neoliberalen Wirtschaftsmodell haben die Kooperativen einen beachtlichen Einbruch erlitten. Dieser Einbruch hat verschiedene Ursachen, u.a. auch in strukturellen Schwächen und Widersprüchen, die mit dem Ende der sandinistischen Förderung offener zu Tage traten:

1. Die meisten Kooperativen haben eine **niedrige Produktivität**. Das Hauptaugenmerk wurde auf soziale Organisation und Verteidigung und nicht auf die Wirtschaftlichkeit gelegt. Die wenigsten Kooperativen haben eine funktionierende Buchführung, es fehlen Grundkenntnisse der Verwaltung, die vorher teilweise durch staatliche Strukturen kompensiert wurden.

2. Die staatliche technische Assistenz der 80er Jahre hatte durch Spezialisierung und Mechanisierung **technologische Abhängigkeiten** geschaffen. Die Formen der Vermittlung waren meist dirigistisch und wenig partizipativ. Mit dem Wegfall der technischen Assistenz nach 1990 entstand eine Leere und ökonomische Schwächung.

3. Die **Subventionen** fielen völlig weg und die **Kredite** insgesamt reduziert. In der Logik des neoliberalen Modells werden Kredite auf die mittleren und große PrivatproduzentInnen konzentriert und sind exportorientiert. Die wirtschaftlich-soziale Marginalisierung ist gekoppelt mit politischer Marginalisierung. Laut UNAG erhielten 1988 102.000 ProduzentInnen Kredit, 1991 noch 38.000 und 1994 gerade mal 20.000. Laut FENACCOOP erhielten die Kooperativen 1994 von den Banken weniger Kredit als von NGOs und EU-Projekten.

4. Die **Landtitel**, die von der sandinistischen Agrarreform vergeben wurden, werden angezweifelt, was Verunsicherung schafft. Von knapp 1 Mio. ha Land, das an Kooperativen vergeben wurde, haben 230.000 ha noch keinen legalen Titel, weil die sandinistische Regierung diese Ländereien zwar konfiszierte, aber die Besitztitel nicht juristisch änderte. Somit kann keine Regierung Titel ausstellen, wenn die ehemaligen BesitzerInnen nicht einverstanden sind. Diese Kooperativen sind am direktesten bedroht.

5. Mit dem Ende der sandinistischen Kooperativenförderung hat nach 1990 eine verstärkte **Parzellierung** begonnen, die häufig der erste Schritt zum Verkauf ist.

6. Die Koops sind nur ProduzentInnen von Rohstoffen, sie hatten bisher keine eigenen **Weiterverarbeitungs- und Kommerzialisierungsstrukturen**. Der sandinistische Staat hatte diese zentral zur Verfügung gestellt. Mit ihrem Wegfall sind die Kooperativen den neuen Zwischenhändlern und privaten Verarbeitern vollständig ausgeliefert.

7. Die Neuformierung wirtschaftlicher und politischer Gruppen nach 1990 hat auch vor dem BäuerInnenverband UNAG nicht haltgemacht. Die UNAG organisiert unter einem Dach kleine, mittlere, große BäuerInnen und die Kooperativen. Die **Klassengegensätze** zwischen den verschiedenen Sektoren kommen in dieser Konjunktur verstärkt zum Ausdruck. Die UNAG-Führung, in der Regel mittlere und große ProduzentInnen, hat sich zunehmend von den kleinen ProduzentInnen und den Kooperativen entfernt. Letztere haben sich 1990 im Rahmen der UNAG als eigenen Verband die FENACOOB geschaffen, die zwar noch sehr von der UNAG abhängig ist, aber sich um ein eigenes Profil bemüht.

Festzuhalten ist: die sandinistische Revolution hat einem Großteil der *campesinos/as* Land gegeben, zum ersten Mal in der Geschichte Organisationsstrukturen auf dem Land geschaffen und die gesellschaftliche Stellung der Landbevölkerung wieder aufgewertet. Allerdings haben die gebildeten Organisationsstrukturen mit ihren festgestellten Schwächen weder den bäuerlichen Lebens- und Arbeitsweisen entsprochen, noch das kapitalistische Wachstumsmodell grundlegend in Frage gestellt.

Neuansätze in der Kooperativenbewegung

Obwohl die Kooperativenbewegung viel an Boden verloren hat, konsolidiert sich heute ein kleinerer Teil auf einer neuen Grundlage. Laut FENACOOB gibt es (Stand: April 1994) noch 1.974 gemeldete Kooperativen, wovon 738 fest im Verband organisiert sind. Hinzu kommen einige Dutzend, die in rechten Verbänden organisiert sind und ca. 90, die sich im Umfeld der LandarbeiterInnengewerkschaft ATC befinden. Letztere sind in der Mehrzahl be-

setzte Betriebe oder Kooperativen von demobilisierten Militärs, also erst nach 1990 entstanden.

Die Kooperativen, die sich heute auf einer neuen Grundlage konsolidieren, suchen jetzt nach Alternativen, um die beschriebenen Begrenzungen tendenziell zu überwinden. Waren die einzelnen Kooperativen früher in wirtschaftliche und politische Strukturen eingebunden, die national bestimmt wurden (MIDINRA, ECODEPA, UNAG), ist die Tendenz heute, kleinere Strukturen zu bilden, in denen jede Kooperative direkten Einfluß ausüben kann. Diese Strukturen haben kein einheitliches Modell, sondern entwickeln sich je nach Situation auf departamentaler oder Gemeindeebene unterschiedlich. Oder sie entwickeln sich um ein gemeinsames Projekt in einem überschaubaren geographischen Raum. So haben sich z.B. im Süden 14 Biokaffee Kooperativen, mit dem Ziel selber zu verarbeiten und zu vermarkten, zu einem eigenen Verband zusammengeschlossen. Allen Modellen ist gemeinsam, daß die einzelnen Kooperativen ihre Autonomie bewahren und eine direkte Beteiligung an der Struktur zweiten Grades (Verbände von Kooperativen) haben. Damit sind die politischen Zwischenhändler abgeschafft bzw. unter direkter Kontrolle. Auf dieser Ebene werden meist Alternativen in der gemeinsamen Verarbeitung und Vermarktung der Produkte gesucht und somit die Grundlagen geschaffen, sich der ökonomischen Zwischenhändler zu entledigen.

Zudem werden Ausbildungsprogramme gefördert, die an die realen Bedürfnisse der Kooperativen angepaßt sind. Horizontale Methoden, wie z.B. das Programm *"De campesino a campesino"* (von Bauer zu Bauer), gewinnen an Boden. In der Regel brechen diese Strukturen zweiten Grades nicht mit dem nationalen Gremium UNAG, aber sie erreichen eine ökonomisch selbständigere Position und größere politische Kompetenz, die sie im Prozeß der Selbstorganisation entwickeln.

Der Wegfall der sandinistischen Förderung und der Wind des Neoliberalismus haben dem Produktions- und Technologiemaßstab der 80er Jahre den Boden entzogen. Verstärkter Maschineneinsatz und Agrochemie sind nicht mehr finanzierbar, stattdessen wird wie früher die Arbeitskraft der ganzen Familie genutzt.

Zunehmende Wasserknappheit, Bodenerosion und Klimaveränderungen haben die ökologischen Probleme in den letzten Jahren offensichtlicher werden lassen. In vielen Kooperativen wird

heute über mögliche Alternativen diskutiert und es gibt eine größere Offenheit für Technologiemodelle, die angepaßter sind an die Möglichkeiten und weniger Abhängigkeiten schaffen. In Nicaragua sind es die organisierten KleinbäuerInnen und die Kooperativen, die die meisten Erfahrungen gesammelt und umgesetzt haben hinsichtlich Technologien organischen Anbaus, der Diversifizierung beim Anbau von Nahrungsmitteln, etc..

Die Großproduktion der Agrarbourgeoisie hingegen zielt auf Kapitalakkumulation, was andere Formen des Produzierens, andere soziale Beziehungen (Patron-LohnempfängerIn) und ein anderes Verhältnis zur Natur voraussetzt. Damit kann dieser Sektor nicht Träger von sozialen und agroökologischen Veränderungen werden, ohne sich selbst aufzuheben.

Aber auch Koops können sich dahin entwickeln, wenn sie den kommunitären und solidarischen Ansatz vernachlässigen und der unternehmerische die Oberhand gewinnt. Regierungen und regierungsnahe NGOs arbeiten oft gezielt darauf hin, um aus den Kooperativen Befriedigungsmodelle zu machen, die sich nicht mehr als Teil einer BäuerInnenbewegung verstehen.

Noch nicht zufriedenstellend abgesichert ist die Beteiligung der Frauen in den Kooperativen. In der sandinistischen Agrarreform wurden die Eigentumstitel auf die Familienoberhäupter ausgestellt, womit in der Regel die Männer - sofern vorhanden - gemeint waren. Erst in den letzten Jahren haben Bäuerinnen begonnen, sich in der UNAG zu organisieren. Eine ihrer Hauptforderungen ist die Umschreibung der Eigentumstitel auf die Namen von Mann **und** Frau. Im letzten Jahr sind bereits Hunderte von Titeln nachträglich umgeschrieben worden. Außerdem haben die Bäuerinnen begonnen, eigene departamentale Kooperativen zweiten Grades, bestehend aus Frauen mit eigenen kleinen Parzellen und solchen, die in männerdominierten Kooperativen arbeiten, aufzubauen. Ziel ist, ein Kreditsystem und Vermarktungsstrukturen zu schaffen, die den Frauen ein unabhängiges Einkommen ermöglichen. In Matagalpa sind bereits 1.300 Frauen in dieser Kooperative organisiert.

Kollektiv und Individuell - die Differenzierung im Kooperativenmodell

Die sandinistische Agrarreform hatte nach einheitlichen Modellen für die Kooperativen gesucht. Solche Modelle drohen statisch zu werden und sich von den realen Erfordernissen zu entfernen. Kollektivierung wurde automatisch als besser angesehen (auch von uns, oder?). Mit dem Ende der sandinistischen Agrarpolitik und des Krieges kehrten viele *campesinos/as* zu ihren früheren Produktionsformen zurück, in denen die ganze Familie und nicht nur das Kooperativenmitglied integriert war. Bereits in den 80er Jahren hatte es diese Tendenz gegeben, die sich zumeist so ausdrückte, daß das Kooperativenmitglied im kollektiven Bereich arbeitete - meistens in der Exportproduktion. Gleichzeitig produzierte die ganze Familie für den Eigenkonsum in einem parzellierten Teil der Kooperative. Das entsprach ihrer früheren Lebensweise, die weniger in Marktstrukturen eingebunden war. Heute hat sich die Entwicklung dahingehend eingependelt, daß jede Kooperative selbst entscheidet, ob und wie weitgehend das Land kollektiv bearbeitet wird.

Es gibt Bereiche, in denen eine kollektive Produktion nicht viel erkennbaren Sinn macht. U.a. hängen diese Entscheidungen auch vom Stand der technischen Mittel ab. Ein respektvoller und dynamischer Umgang mit dieser Frage stärkt eher die gemeinschaftlichen Strukturen, als es sie schwächt. In dem Maße wie sich Notwendigkeiten ergeben, z.B. einen gemeinsamen Traktor zu haben, entstehen Organisations- und Lernprozesse und wächst gegenseitiges Vertrauen. Auf dieser Grundlage können dann weitere Dinge gemeinsam organisiert werden.¹

¹ vgl. die in diesem Script abgedruckten Gespräche mit VertreterInnen verschiedenster Kooperativansätze

Ökonomie als Emanzipation Emanzipation als Ökonomie

Ein Interview mit Olga Maria Espinoza und Marina Cristina Rodriguez (Mitglieder und Gründerinnen des Landfrauenkomitees)

Meine Name ist Marina Cristina Rodriguez, Mitglied des Landfrauenkomitees in Léon, Chinandega.

Mein Name ist Olga Maria Espinoza, mit Cristina zusammen habe ich dieses Komitee gegründet. Das Komitee der Landfrauen ist eine autonome Initiative, wir haben begonnen, uns zu einer alternativen Organisation zu entwickeln, da wir ja beide aus der revolutionären Erfahrung der ATC kommen. Ich war auch Mitbegründerin der ATC. Zu einem bestimmten Zeitpunkt haben uns die politischen Differenzen mit der ATC dazu gebracht, etwas Neues zu suchen, sowohl hinsichtlich der Form, als auch des Inhalts. Viele Dinge ändern sich nicht von heute auf morgen, und wir haben mit unserem Projekt erst begonnen.

Wie und wann ist das Komitee entstanden? Was waren die ersten organisatorischen Schritte?

Cristina: Wie Ihr wißt, sind die ersten Schritte immer die schwierigsten im Leben; wir mußten unseren Ausstieg aus der Organisationsarbeit der ATC erklären. Damit waren wir am Punkt Null, ohne Fahrzeug, ohne Versammlungsort für die Frauen. Wir haben unser Büro in der Privatwohnung von Olga Maria eingerichtet. Mein Auto, als Regionalsekretärin der ATC, haben sie mir abgenommen, aber da, wo ein Wille zur Arbeit ist, gibt es auch hilfreiche Hände: Wir haben erst einmal ein altes Auto geliehen bekommen. Wir hatten organisatorische Erfahrungen, wir wußten, wo die Frauen sind,

die Frauen kannten uns, so konnten wir uns sehr schnell treffen. Olga war ja bekannt, sie war vorher im nationalen Frauensekretariat der ATC, und ich war regionale Frauenverantwortliche der ATC für die Region II. Wir haben bei Null angefangen, ohne Infrastruktur, aber mit dem Herzen bereit.

Vor welchem Hintergrund definiert Ihr Eure Arbeit?

Cristina: Das Komitee ist entstanden aus den Problemen der Frauen, oder besser gesagt des gesamten ländlichen Sektors, der völlig unbetreut ist. Da die Frauen alle Verpflichtungen im Haushalt tragen und die Auswirkungen der neoliberalen Regierungspolitik auf ihrem Leib am stärksten spüren, haben wir unsere Arbeit auf die Frauen bezogen, um Alternativen des Überlebens zu schaffen. Zum Zweiten wollen wir den Frauen eine Ausbildung ermöglichen, denn das kulturelle Niveau auf dem Land ist sehr niedrig. Die Frauen sollen sich ihrer Rolle klarwerden können, sowohl als Frau, als auch als Subjekt in der Gesellschaft. Das sind die beiden Arbeitsschwerpunkte des Landfrauenkomitees. Die Bildungsarbeit muß mit der ökonomischen Arbeit einhergehen, damit die Frauen ihre Situation begreifen und sich schätzen lernen. Die Frauen sind doppelt marginalisiert, als Frauen und als Teil der Landbevölkerung. Sie fühlen sich als ein Etwas, das benutzt wird, wenn man sie braucht, wenn sie als Frauen dienen. Das wollen wir verändern. Auch im Haus wird die Frau marginalisiert, weil keiner sie als Frau wertschätzt. Aber die Veränderung geht nicht von heute auf morgen, hier spielt unsere Bildungsarbeit eine wichtige Rolle.

Im Bereich der Produktion haben wir Probleme: Die Landarbeiterin, oder auch ihr Mann, hat kein eigenes Land. Das Leben der Bauern und der Landarbeiter ist nicht identisch: Die Bauern haben ihre Kooperative, in der sie eigenes Land haben, auch wenn die Frauen dort kein Land haben. In den seltensten Fällen kann die Frau sagen, dies ist mein Land. Bei den Arbeitern ist es aber noch schlimmer, da haben weder Männer noch Frauen das Land, in der Krise sind sie ohne Land, aber auch ohne Arbeit. Und deshalb arbeiten wir gerade mit diesem Sektor der Landarbeiterinnen, die ohne Land *und* ohne Arbeit geblieben sind. Wenn wir ihnen helfen, das Land zu bebauen, muß dieses Land erst gepachtet oder von Männern und Familienangehörigen geliehen werden. Meist ist es sehr schlechtes Land, bei dem erst die Bodenqualität verbessert

werden muß. Deshalb ist die Bildungsarbeit, z.B. über organische Düngung oder Wiederaufforstung, wichtig, damit die Erde wieder an Kraft gewinnt. Wenn die Frauen aber auf Land arbeiten, das nicht ihr eigenes ist, kann morgen der Landbesitzer sein Land wieder zurückfordern, dann hat die Frau sein Land verbessert und ihm die Arbeit gemacht. Dies bremst das langfristige Interesse an der ökologischen Verbesserung, solange es nicht eigenes Land ist. Trotzdem ist die Bildungsarbeit auch wichtig, weil die Frauen zwar schon lange als Landarbeiterinnen gearbeitet, ihre Erfahrungen gemacht haben und auch bereit zur Arbeit sind, aber immer daran gewöhnt waren, Befehle zu empfangen. Jetzt müssen sie lernen, selbst Entscheidungen zu treffen, z.B. was sie anpflanzen wollen, wann sie anpflanzen müssen. Diese Ausbildung macht die Agronomin Gloria von unserem Komitee.

Wir haben 1994 nicht viel ernten können, das wißt ihr ja. Die Dürre war für die Frauen eine große Katastrophe. Die gesamte erste Ernte wurde vernichtet. Neben dem ökonomischen Schaden war es auch ein moralischer Rückschlag für die Frauen, denn sie fühlten sich sehr schlecht. Im zweiten Erntezyklus war es besser, der Mais und die Hirse sind ganz gut gekommen, auch Sesam ist einigermaßen gut gelaufen. Ein Kollektiv hatte einen großen Verlust, sie hatten Bohnen angebaut, die durch einen zu starken Regen verfaulten.

Nach welchen Kriterien habt Ihr die Frauen aufgesucht, und wann war das?

Cristina: 1992 haben wir das Komitee gegründet. Zu diesem Zeitpunkt war ich noch in der ATC-Baumwollföderation, Olga war schon nicht mehr in der ATC. Sie arbeitete im Reissektor in den Kommissionen. Damals arbeiteten wir noch mit dem Ziel, das Erscheinungsbild der ATC zu verbessern (als Gruppe der sog. Dissidenten; Anm.d.Übers.).

Olga: "Alternative" haben wir uns damals genannt (Lachen), wir wollten die Erneuerung der ATC. Die Entscheidung für die Region und für den Produktionszweig, in dem wir mit den Frauen arbeiten wollten, auch wenn es in anderen Regionen nicht besonders gut stand, war, daß diese Region die höchste Arbeitslosigkeit hat. Mit der Krise der Baumwolle wurde die überwältigende Mehrheit der Landbevölkerung, um nicht zu sagen alle, arbeitslos, und seit 1992 gibt es überhaupt keine Anstrengungen seitens der Regierung zu

einer Strategie, nicht einmal ein Ansatz, andere Produktionszweige zu entwickeln, um diesen Leuten Arbeit zu geben. Früher arbeiteten in der Baumwolle zur Erntezeit 20.000 Menschen, davon waren 45% Frauen. Dazu kommt unsere politische Entscheidung, die Frauen aufzusuchen, nachdem wir so viele Jahre in gemischten Organisationen gearbeitet hatten. Nach der Arbeit im ATC-Frauensekretariat haben wir uns jetzt für die ausschließliche Arbeit mit Frauen entschieden. Neben dem ökonomischen Kriterium gab es auch noch ein politisches: das Frauensekretariat der ATC hat seine Organisationsarbeit am wirkungsvollsten in der 2. und 6. Region entfaltet. Cristina und ich kommen aus der 2. Region. In der 6. Region sind wir Fremde, deshalb arbeiten wir hier. Wir haben in den Ortschaften begonnen, in denen die meisten Saisonarbeiterinnen leben und arbeiten. Wir arbeiten z.B. mit zehn Gruppen, die in fünf Ortschaften in der gesamten Umgebung von León und Chinandega weit verstreut sind. Hier ein gemeinsames Projekt zu entfalten, das soziale, ökonomische und politische Auswirkungen hat, ist sehr schwierig, wir werden diese Probleme lösen müssen.

Obwohl wir es nicht wollten, sind wir zu einer Parallelstruktur der ATC geworden, denn wir haben unsere Arbeit da entfaltet, wo die ATC historisch die größte Präsenz hatte, nämlich bei den Saisonarbeiterinnen, insbesondere in der Baumwolle. Mit der Vernachlässigung dieses Sektors durch die ATC haben wir uns zu einer Konkurrenzorganisation der ATC entwickelt, obwohl dies nicht unsere Absicht war.

Was wolltet ihr verändern?

Olga: Unser Ziel war von Anfang an, die Organisationsformen zu verändern und nach neuen Formen einer Beziehung zur Basis zu suchen. Ein neues Organisationsprojekt aufzubauen heißt vor allen Dingen, mit der politischen Kultur aufzuräumen, die wir aus der Vergangenheit geerbt haben. Denn diese Kultur hatte neben vielen guten Seiten auch eine Menge Veränderungswürdiges. Die zehn Gruppen, die wir jetzt organisieren, sind reine Frauengruppen und wir entwickeln ausschließlich kollektive Formen, z.B. in der Produktion. Auch das müssen wir diskutieren und überprüfen. Wir haben noch keinen Raum für den Erfahrungsaustausch, in dem die Frauen der verschiedenen Kollektive ihre Ansichten und Erfahrungen sozialisieren. Nur in den Bildungsprogrammen gibt es diesen

Austausch. 1995 wollen wir eine Einrichtung für den Austausch zwischen allen Kollektiven schaffen, wofür jedes Kollektiv zwei selbstgewählte Vertreterinnen entsendet. Diese Instanz soll auch die Teilhabe an den politischen Entscheidungen des Komitees ermöglichen. Außerdem wollen wir im neuen Jahr die Zusammensetzung des Komitees um einige Führerinnen der Kollektive erweitern.

Wie sieht das Verhältnis zwischen dem Landfrauenkomitee und Frauenkollektiven aus?

Olga: Dies ist eine sehr komplexe Angelegenheit, auch wenn wir demokratische Organisationsformen suchen, verwirklicht sich Demokratie oft nicht durch formal-demokratische Maßnahmen. Eine völlig geschlossene Organisation bietet jedoch noch weniger Möglichkeiten von Demokratie und Beteiligung. Unsere Idee ist, das Frauenkomitee, das z.Zt. nur drei Mitglieder zählt, um Frauen aus den Kollektiven zu erweitern. Sie sollen aber nicht von diesen gewählt, sondern von uns ausgesucht werden, im Hinblick auf ihre Entwicklung, ihre Reife und ihr Engagement. Wir haben in den zwei Jahren der Zusammenarbeit die Erfahrung machen können, daß es zwar nicht viele, aber doch eine gewisse Gruppe von Frauen gibt, die in der Erweiterung unseres Komitees mitarbeiten könnte.

Wie gestaltet sich die Beziehung zwischen dem dreiköpfigen Komitee und den verschiedenen Frauenkollektiven, welche Aufgabe soll die neue Organisation haben, die zwei Frauen aus jedem Kollektiv miteinbezieht?

Olga: Wir sind bisher ein Komitee von drei Frauen mit sehr begrenzten Beziehungsmöglichkeiten zu den Kollektiven, und da es große Entwicklungsprobleme in den Kollektiven gibt, müssen wir an einer Struktur arbeiten, die die Beziehungen zwischen dem Komitee und den Kollektiven auf breitere Füße stellt. Denn an der Entscheidungsfindung des Komitees sind nur wir drei Frauen beteiligt, die Basis ist außen vor. Dies kann nicht langfristig so bleiben; in der Instanz, in der die Kollektive einbezogen sind, soll künftig auch die allgemeine Politik des Komitees diskutiert werden, dort soll eine Beteiligung an der Entscheidungsfindung möglich sein. Trotzdem soll diese Instanz nicht alle Entscheidungen treffen. Das "Kernkomitee" soll weiterhin eine Art Exekutiv-, d.h. Ausführ-

rungskomitee mit einer darüber hinausgehenden Entscheidungskompetenz bleiben. Es gibt eben auch unterschiedliche Entwicklungen unter den Frauen, die wir berücksichtigen müssen. Dem müssen unsere Organisationsformen gerecht werden. 1995 wollen wir uns auch eine juristische Form geben, d.h. einen Verein gründen, in dem auch nicht alle Frauen mitmachen, sondern neben Frauen aus den Kollektiven auch andere Frauen, ja sogar Männer integriert sein können, die als integrale Personen bekannt sind und für eine überzeugende Ethik stehen. Diese Struktur ist letztlich auch der Entscheidungsträger für mögliche Konflikte und das höchste Entscheidungsgremium. Darunter kommt das Komitee als ausführendes Organ, dann diese kollektive Instanz, die neben der Beteiligung an Politik-Entscheidungen auch kontrollierende Aufgaben wahrnimmt. Die Kollektive wären auch in der oberen Instanz präsent, indem einige ihrer Führerinnen dort Mitglied wären, ebenso wie in der Instanz des Erfahrungsaustausches, in der auch über die Positionen des Komitees diskutiert wird. Diese Strukturen wollen wir 1995 schaffen. Das wird erst einmal ein Versuch sein, wir kennen noch keine Erfahrungen mit vergleichbaren Strukturen.

Welche Art von Ökonomie stellt ihr euch vor?

Olga: Nicht nur im organisatorischen, sondern auch im ökonomischen Sinne sind neue Anpassungen nötig. Bisher haben wir alle Unterstützungsbeiträge und -gelder an die Frauenkollektive verschenkt, um im laufenden Jahr produzieren zu können. Jetzt werden Produktionspläne für jedes Kollektiv vorbereitet, wir haben die notwendigen Gelder gemäß den Produktionsplänen der Kollektive aufgeteilt mit der Maßgabe, daß diese Gelder zwar geschenkt sind, aber so angelegt werden sollen, daß sie im folgenden Jahr mit ihren Erlösen die zukünftigen Produktionskosten decken und damit eine finanzielle Autonomie ermöglichen. Damit soll die Abhängigkeit verringert und paternalistische Verhaltensweisen aufgebrochen werden, die ein Relikt der Rückständigkeit auf dem Lande sind. Teil dieser Produktionspläne war auch die Nahrungsmittelselbstversorgung, ein anderer Teil der Produktion war für den Markt bestimmt, um ein Einkommen zu erzielen. Die Aussaaten waren traditionelle Anbauprodukte. In der ersten Ernte waren im wesentlichen Mais und Hirse als Selbstversorgungsprodukte vorgesehen sowie Reis und Yucca für den Weiterverkauf. Da das Wetter jedoch die Reis-

und Yucca-Ernte kaputt machte und damit die Erlöse ausblieben, versuchten die meisten Kollektive im zweiten Erntezyklus Sesam für den Markt anzubauen. Es wurden also alternative Produktionsformen und Produktionszweige in Richtung auf ein nachhaltiges Wirtschaften gesucht. Das große Wort "nachhaltig" heißt für uns zumindest für die Selbstverpflegung zu sorgen und einen Teil der materiellen Notwendigkeiten zu erfüllen. Dies gelingt nur teilweise, da wir als Frauenkomitee natürlich nicht alleine eine Entwicklungsstrategie aufbauen können, wo es sich um große strukturelle Probleme dieses Landes handelt. So haben wir kleine Versuche gestartet in Richtung alternative Produktion, wie z.B. der Bearbeitung des Bodens mit Gründüngung, mit organischen Düngemitteln. Wir konnten die Kollektive von der Brandrodung abhalten, Bodenerhaltungs- und Bodenverbesserungsmaßnahmen wurden durchgeführt, allerdings sind die meisten Versuche in der ersten Ernte fehlgeschlagen, da diese Ernte vertrocknete. In der zweiten Ernte gab es einige kleine Erfolge.

Eine Alternative in unserem Rahmen ist z.B. Gemüse, weil es weniger Land verbraucht und die Landkonzentration gerade wieder zunimmt. Mais und Bohnen sind nicht rentabel, weil sie größere Anbauflächen benötigen, und man mehr Agrochemie aufwenden muß. Gemüse ist hier eine Alternative, weil es nicht abhängig ist von den Regenfällen, und es durchaus einen Markt hierfür gibt. Eine andere Alternative sind Haustiere oder der Anbau von Cashewkernen.

Worin besteht der Unterschied zu den bisherigen Schenkungen?

Olga: Die Idee ist, das Geld nicht einfach so zu verschenken, aber auch nicht mit einem Rotationsfond zu arbeiten, wie er sonst üblich ist. Vielmehr sollen sich die Kollektive mit dem geschenkten Geld ihre eigene materielle Basis schaffen, um im nächsten Jahr eigenständig, ohne fremde Hilfe ihren eigenen Produktionsplan zu verfolgen, den wir dann nur noch organisatorisch, technisch oder durch Weiterbildungsmaßnahmen unterstützen.

Welche Kritik habt ihr an Rotationsfonds?

Olga: Wir haben keine allgemeine Kritik an Rotationsfonds, allerdings habe ich viele Gruppen beobachtet, die ein Jahr mit einem Rotationsfond arbeiten und anschließend das Geld nicht zurückzah-

len, oder die Gruppe mangels Erlösen auseinanderfällt. Unter den Bedingungen Nicaraguas läßt sich die Idee des Rotationsfonds nur umsetzen mit Gruppen, die ein Mindestmaß an organisatorischer und materieller Stabilität aufbringen. Eine Gruppe beispielsweise, die nicht über eigenes Land verfügt, sondern es pachten oder leihen muß, wird schwerlich solche Fonds zurückzahlen können und sich sehr schnell wieder auflösen. Hier sind kleinere Schritte angebracht.

Ich möchte den Gedanken von vorher noch zu Ende führen. Unsere Idee der Nachhaltigkeit beinhaltet nicht nur die materielle Basis für die folgenden Produktionszyklen, sondern auch die Verringerung von Agrochemie. Wir können das nicht von einem auf den anderen Tag abschaffen, aber über die Bildungsarbeit neue Methoden erlernen. Die Agronomen sagen ja, daß bei einer Umstellung in den ersten ein, zwei Jahren geringere Produktionsergebnisse auftreten. In der Schädlingsbekämpfung haben die Frauen schon einige beachtliche Resultate erzielt. Ein Beispiel für diese Erfolge ist der Mais. Insgesamt haben die zehn Kollektive 30 ha Mais angebaut. Während der Mais früher sechs Mal gespritzt worden ist, hat er diesmal überhaupt keine chemischen Schädlingsbekämpfungsmittel bekommen. Dies betrachten wir als kurzfristigen Erfolg unserer Arbeit, obwohl wir nicht sagen können, ob die Idee der Agrochemie bereits völlig aus den Köpfen verschwunden ist. Insgesamt wurde bei allen Aussaaten weniger Chemie als üblich eingesetzt, wobei wir nicht ganz sicher sind, ob die Frauen in unserer Abwesenheit nicht doch das eine oder andere anwenden.

In der Mehrzahl aller Kollektive konnte durch den Erlös der Ernte zusätzlich zur Selbstversorgung das Geld erwirtschaftet werden, was für die Produktionskosten der nächsten Aussaaten nötig sein wird. Wenn dieser Erfolg auch finanziell abgesichert ist, gibt es doch unter den Frauen eine große Unsicherheit, was jetzt mit diesen Erlösen passiert: ob das Geld bei der Bank angelegt wird, ob es dem Kollektiv gehört, ob es allen Kollektiven gemeinsam gehört. In dieser Unsicherheit über die persönlichen Zugriffsmöglichkeiten auf die Erlöse ist es auch schon passiert, daß Kollektivmitglieder den Sesam geklaut haben, daß der geerntete Sesam auf mehrere Häuser "zur Sicherheit" verteilt wurde, weil das Vertrauen fehlte. Obwohl es gute Ernteprognosen gab, kann es also noch zum Zeitpunkt des Verkaufs passieren, daß die gemeinsam verkaufte Menge geringer

ist. Wir haben kein Interesse, die Frauen ständig zu kontrollieren. Allerdings haben wir beschlossen, dort wo nachweislich die Frauen in der Lage waren, ihre Ernte zu produzieren, werden sie nächstes Jahr kein neues Geld mehr erhalten. Schließlich haben wir ja auch in dieser Zeit Bildungsarbeit gemacht, die nicht nur aus technischer, sondern auch aus ideologischer, feministischer Bildung bestand, und wenn die Frauen nach zwei Jahren nicht in der Lage sind, sich eine minimale Basis zu schaffen, müssen wir auch unsere eigene Arbeit überprüfen. Allerdings glauben wir, daß bis auf ein, zwei Kollektive die Auswertung positiv ausfallen wird, was die ökonomische, bildungsmäßige und ideologische Entwicklung angeht.

Wissen die Kollektive von dieser vorgesehenen Auswertung?

Olga: Ja, wir haben darüber gesprochen, als wir die Gelder für diesen Produktionszyklus ausgegeben haben. Wir haben gemeinsam besprochen, was sie aussäen wollen, welche finanziellen Mittel sie dafür benötigen, und was ihr voraussichtlicher Ertrag sein wird. Zum Jahreswechsel 94/95 haben wir in jedem Kollektiv eine Schätzung der Produktion vorgenommen und festgestellt, wo die Kollektive aufgrund dieser Produktion in der Lage waren, ihre Produktion für das nächste Jahr zu finanzieren. In diesen Fällen werden die Kollektive weiterhin technisch, organisatorisch und mit Ausbildungsprogrammen unterstützt, aber sie sind alleine und eigenverantwortlich in der Verwaltung ihrer finanziellen Mittel. Es sei denn, sie wollen die Produktionsflächen ausweiten und dann kann dies neu diskutiert werden. Unsere Entscheidung ist keine emotionale, die aus der Wut heraus geboren wäre oder aus dem Ärger oder der Enttäuschung. Der Hintergrund ist vielmehr, daß wir ein politisches Projekt sind, das zwar ökonomische Komponenten hat, aber kein ökonomisches Projekt ist. Das langfristige politische Ziel ist, daß die Frauen zu ihrer eigenen Selbständigkeit, zu ihrer eigenen Macht im politischen, ökonomischen und ideologischen Sinne kommen. Entweder gewinnen die Frauen an ökonomischer Macht, indem sie zur Nahrungsmittelversorgung beitragen, oder die geschlechtliche Arbeitsteilung im Haus verändert sich und damit die Ausbeutung in der Reproduktion. Irgendetwas müssen die Männer ja tun, entweder sie produzieren auch für die Selbstversorgung und tragen damit zu einem erhöhten Einkommen der Familie bei, oder sie übernehmen die Hausarbeiten. Wenn es so ist, daß sie weder produzieren,

weil die Frauen dies jetzt tun, noch, daß sie die Mißhandlungen beenden, noch, daß sie Lohnarbeit verrichten, weil es keine gibt, noch Aufgaben in der Hausarbeit übernehmen, dann müssen wir unsere Politik überprüfen. Wenn also Kollektive zwei Jahre arbeiten, sich organisieren und produzieren, wenn die Bedingungen hinreichend sind, um ihr Ernteziel zu erfüllen, und die Ernte trotzdem verschwindet, dann können wir aus politischen Gründen so nicht weitermachen, wenn wir gleichzeitig sehen, daß andere Gruppen ihre Ziele erreichen.

Wie bewertet ihr insgesamt den bisherigen Erfolg eurer Arbeit?

Olga: Nach den bisherigen Auswertungen ist für uns erwiesen, daß das Projekt technisch funktionieren kann; wir wissen aber noch nicht, ob das Ziel in allen Fällen erreicht wird. Was die alternativen Produktionsformen anbelangt, haben wir hier erst einige minimale Resultate erzielt, weil zum einen das Wetter nicht mitspielte, zum anderen auch die Mentalität und das Bewußtsein der Frauen ein großes Hindernis ist. Zum dritten gibt es immer noch eine große Unterordnung der Frauen unter die Männer. Obwohl die Männer nicht Mitglied in der Kooperative sind, haben sie doch einen großen Einfluß auf die Handlungen der Frauen.

Alternative Produkte waren im Grunde nur die Gemüsekulturen, aber die haben wir selbst im Komitee nicht richtig gefördert, wir hatten sie zwar in die Produktionspläne aufgenommen, aber sie nicht wirklich mit dem Herzen verinnerlicht. Die Bildungsarbeit dazu haben wir relativ schnell und oberflächlich durchgeführt, wir haben dann auch bei unseren Besuchen in den Kollektiven das Thema Gemüse völlig vergessen. Im neuen Jahr werden wir diese Frage viel systematischer vorantreiben, weil das Gemüse mittel- und langfristig eine wirkliche, nachhaltige Alternative sein kann.

Neben der Produktion haben wir die Arbeit gegen Frauenmißhandlungen auf dem Land begonnen. Wir haben Publikationen erstellt und Seminare durchgeführt. Wir werden diese Arbeit fortsetzen, weil es eine Problematik ist, die die Frauen weitreichend und tief trifft. Außerdem haben wir mit der Alphabetisierung von Frauenkollektiven begonnen und wollen dies ausdehnen auf alle Frauen in den Gemeinden, in denen sich die Kollektive befinden. Mehr als 50% der Frauen in den Kollektiven sind Analphabetinnen; mit einer so hohen Analphabetenrate ist ein Fortschritt, z.B. bei der

Verwaltung der eigenen Ressourcen, schwierig. Dies ist auch einer der Gründe, warum wir bisher die Ressourcen oft zentralisieren mußten, sie hätten sonst nicht verwaltet werden können. Wir haben in diesem Jahr dreimal Grundkurse veranstaltet: wie man ein Buch führt, um Einnahmen und Ausgaben festzuhalten und dies auf eine elementare, möglichst einfache Weise mit didaktischem, pädagogischem Anschauungsmaterial. Für die Alphabetisierung greifen wir auf die Hefte des Frauenkollektivs von Matagalpa zurück. Das ist eines der besten Curricula, das wir je kennengelernt haben in Nicaragua. Es setzt an den spezifischen Gewohnheiten der Frauen an, speziell auf dem Land Nicaraguas. Die Hefte sind feministisch orientiert: im gleichen Maße, wie die Frauen lesen lernen, entwickeln sie auch ihr Bewußtsein. Im neuen Jahr werden wir also die Kurse fortsetzen, sowohl die zur Alphabetisierung wie auch die zur technischen Ausbildung. Wir werden einige neue Hefte herausbringen, z.B. über Gemüse, über organischen Dünger und über Organisationsfragen: Durchführung von Versammlungen, Konfliktbewältigung, Aufstellung einer Tagesordnung. Wir werden aber auch Seminare mit ideologischen Fragen machen wie Sexualität, Familienplanung, Gesundheit, Schwangerschaft, Geburt und andere Themen im Zusammenhang mit der Identität von Frauen.

Wie definiert ihr euch als Landfrauenkomitee?

Olga: Wir wissen, daß wir als Landfrauenkomitee nicht die marxistische oder feministische Revolution machen werden. Wir werden aber einen Beitrag dazu leisten, daß Alternativen entstehen können. Die Parteien oder Organisationen, die bisher dafür standen, haben derart abgewirtschaftet, daß sie weder politische, noch ökonomische Alternativen bieten, noch viel weniger feministische. Darin liegt die Bedeutung solcher Initiativen wie unserer. Obwohl es heute einige Initiativen gibt, die noch vereinzelt und isoliert arbeiten, wird sich dort die Zusammenarbeit zwischen einzelnen lokalen und autonomen Initiativen verbessern. Nur aus dieser Entwicklung und der Zusammenfassung solcher Initiativen, die eine Politik aus dem Alltag heraus entwickeln, wird es möglich sein, mittel- und langfristig lokale Alternativen zu schaffen. Wir haben einen solchen Erfahrungsaustausch mit Gruppen aus Masaya und Matagalpa begonnen, wo es gemeinsame Interessen gibt, beispielsweise über Produktionserfahrungen, über Bildungsarbeit und organisatorische

Erfahrungen. Außerdem machen wir als Landfrauenkomitee nicht nur diese Arbeit, sondern definieren uns in einem größeren Rahmen, dem feministischen Komitee, in dem wir als Personen teilnehmen. Für uns ist das die lebendigste und dynamischste Bewegung in Nicaragua, obwohl wir auch dort sehr verstreut sind. Und es hat sich gezeigt, wie schnell sich solche Strukturen auch wieder auflösen können. Aber wir haben wichtige Erfahrungen gemacht.

Ich habe verstanden, daß ihr aus dem Markt als alles-entscheidendes Regulativ aussteigen wollt. Der Marktorientierung des APT setzt ihr die Selbstversorgung entgegen. Wenn es richtig ist, daß man dem Markt nicht vollkommen entkommen kann, müssen innerhalb des Marktes andere Formen des Austausches, nämlich solidarische zwischen den Kollektiven oder ProduzentInnen, gesucht werden, damit nicht die Regeln des Marktes, sondern gemeinsame Übereinkünfte das Handeln bestimmen. Habt ihr diese Ideen inzwischen weiterentwickelt?

Olga: Die Kritik am APT war mehr eine politische, denn die ProduzentInnen haben das Recht, alleine zu entscheiden, ob sie für den Markt produzieren oder ob sie ein etwas größeres Gleichgewicht herstellen. Leider hat man den ArbeiterInnen nicht die Möglichkeit gegeben, selbst zu entscheiden, welches dieser Modelle sie wählen.

Zwischen den Kollektiven haben wir bisher nur Erfahrungsaustausch betrieben. Unsere Agrarfachfrau im Komitee hat jetzt begonnen, einzelne Kollektive miteinander in Verbindung zu bringen, um einen direkten Erfahrungsaustausch zu fördern. Für die Zukunft planen wir einen Saatgutaustausch, dabei denken wir an Bohnen, es könnte aber auch mit Yucca gemacht werden, da das Holz der Yucca für die neuen Setzlinge relativ teuer ist. Dieses Holz hat einen guten Marktpreis, aber niedrige Produktionskosten. Anstatt das Holz an Private zu verkaufen, könnten sie es genauso gut untereinander zu einem vernünftigen Preis verkaufen. Den Markt zu ersetzen ist schwierig, er ist eine Realität in diesem Land. Es kommt vielmehr darauf an, in der Produktion ein Gleichgewicht zu schaffen, d.h. auf der einen Seite das Essen zu produzieren, und auf der anderen Seite mehr Erlöse durch die Marktproduktion zu erreichen. Auch wenn dies der örtliche Markt von Chinandega ist, ist der Markt nötig, um die Ressourcen zu beschaffen, die wir auch für die Selbstversorgungsproduktion brauchen. Solange es die Regierung gibt, die wir jetzt haben, sind nur kleine Veränderungen

möglich, um das Überleben zu garantieren und Kosten zu senken, z.B. durch andere Anbaumethoden. Gäbe es eine Regierung mit der Bereitschaft abzufedern, wären schon Veränderungen - auch auf nationaler Ebene - möglich.

Area de propietarios transformados (APT)

- La transición difícil

Als 1990 die Regierung die Privatisierung aller staatlichen Betriebe verkündete und die sandinistischen Gewerkschaften mit der Forderung nach "Privatisierung in ArbeiterInnenhand" antworteten, wurden damit drei wesentliche Ziele verfolgt:

1. eine erneute Landkonzentration in Händen der Großgrundbesitzer zu verhindern
2. ein partizipatives ökonomisch-soziales Modell, als Bezugspunkt und Beispiel für die ArbeiterInnen im Privatsektor zu entwickeln
3. ein politisch-ökonomisches Hinterland zu schaffen für die Kämpfe in anderen Sektoren.

Diese Zielsetzungen können als Versuch angesehen werden, aus der vom Neoliberalismus aufgezwungenen Defensive heraus positive neue Schritte zu tun, um basisnähere ökonomische und soziale Strukturen zu schaffen.

Nach vier Jahren ArbeiterInneneigentumssektor (APT) in Nicaragua ist dies der Versuch einer kurzen Zwischenbilanz. Es wird hier auf eine Grundinformation über Entstehungsbedingungen, wirtschaftliche Bedeutung und Organisationsmodell des APT verzichtet, da dies bereits ausführlich an anderen Stellen geschehen ist¹.

Ökonomische Stabilität

Manche Sektoren wie AGROCAFE haben sich ökonomisch konsolidiert, andere Sektoren wie TRABANIC (Bananen) drohen abzustorben. Es findet eine ungleiche Entwicklung statt. Die Dachstruk-

tur der Agro-APTs UNAPA versucht zwar, die schwächeren Sektoren mitzustützen, aber die Frage ist, wie lange dies funktioniert. Trotzdem stellt der APT eine ernsthafte wirtschaftliche Größe dar, er produziert 11% der nationalen Agroexportproduktion.

Die wirtschaftlich starken Betriebe haben heute kaum noch Probleme Produktionskredite zu erhalten, die schwächeren Betriebe sind allerdings weiterhin Opfer der restriktiven Kreditpolitik und des politischen Boykotts. Hauptproblem z.B. von AGROCAFE ist heute die Legalisierung der Betriebe. Obwohl sie das Geld zum Kauf eines Großteils der Betriebe bereits zusammenhaben, blockiert die Treuhandgesellschaft CORNAP jegliche Transaktion. Einmal gibt es eine unterschiedliche Auslegung über den vereinbarten Zahlungsmodus, zum anderen fordert die CORNAP AGROCAFE und die LandarbeiterInnengewerkschaft ATC auf, die noch besetzten Betriebe zu räumen, bevor der APT legalisiert werden könne.

Das Produktions- und Technologiemo- dell

Der APT hat das Agroexportmodell der ehemaligen Staatsbetriebe (APP) übernommen. In leicht modifizierter Form wird mit viel technologischem Input weiterproduziert, was eine starke Abhängigkeit von Krediten schafft. Die im Kampf um den APT entstandenen Ansätze von Selbstversorgung wurden nicht weiterverfolgt. Wie vorher im APP produzieren die Betriebe meist für den externen Markt, selbst die Nahrungsmittel für die Gemeinschaftsküchen werden außerhalb gekauft. Daneben haben die ArbeiterInnen in einigen APT-Betrieben ihre Einzelparzellen, wo sie für sich selbst Grundnahrungsmittel anbauen und den Rest auf dem lokalen Markt verkaufen.

In den letzten Jahren entstandene Projekte von organischem Anbau werden prioritär nach merkantilen Gesichtspunkten gefördert. Es wird nicht darauf hingearbeitet, wieder lebensfähigere agroökologische Systeme zu fördern, sondern gemäß der Ideologie der "Grünen Revolution" werden Technologiepakete ausgetauscht. Statt chemischer Pestizide werden eben biologische eingesetzt, aber keine Ökosysteme gefördert, die im Normalfall den Einsatz von Pestiziden ganz unnötig machen.

Ähnlich wie in den APP-Unternehmen gibt es Agrartechniker, die die technologischen Orientierungen geben. Diese vermittelt der

mandador des Betriebes an die ArbeiterInnen. Obwohl z.B. AGROCAFE eine technische Weiterbildung für ihre Mitglieder betreibt, bleibt die Beziehung vertikal und fördert nicht die technische Selbständigkeit und Innovationsfähigkeit der ArbeiterInnen. Im Gegensatz zu den aufgeblähten Verwaltungen im APP haben die APT-Unternehmen ihre Verwaltungen stark reduziert und vereinfacht.

AGROCAFE hat sich mittlerweile eine komplette Unternehmenslinie von der Produktion über die Verarbeitung bis zum eigenen Export aufgebaut. Es existiert allerdings eine eigentumsmäßige Trennung zwischen Produktion einerseits und Verarbeitung und Export andererseits. Das heißt, die ArbeiterInnen der Produktionsbetriebe sind nicht TeilhaberInnen am Verarbeitungs- und Exportbetrieb INECAFE. Dieser gehört 45 Personen, sprich den PräsidentInnen und GeschäftsführerInnen der Produktionsunternehmen, den zentralen Verwaltungen von AGROCAFE und INECAFE sowie mittleren und höheren ATC-FunktionärInnen. 10% der Aktien gehören der ATC als Organisation. Damit sind die ArbeiterInnen vom profitabelsten Betrieb ausgeschlossen und haben keine direkte Kontrolle über Weiterverarbeitung und Export.

Die demokratisch-partizipative Struktur

Im APP hatten die ArbeiterInnen nur indirekt eine Mitsprache mittels der ATC, aber auch diese war nur konsultativ und allzuoft geprägt von Kumpanei zwischen DirektorIn und GewerkschaftsvertreterIn. Die DirektorInnen waren vom Staat zentral eingesetzt und hatten eine omnipotente Stellung.

Im APT ist die *junta directiva*, die gewählten VertreterInnen der AktionärInnen, das höchste Organ. Diese setzen die GeschäftsführerInnen (DirektorInnen) ein. Die Entscheidungsmacht liegt allerdings auf Unternehmensebene. Jedes Unternehmen setzt sich aus mehreren Produktionsbetrieben zusammen. Auf Betriebsebene gibt es zwar auch Diskussions- und Entscheidungsstrukturen der AktionärInnen, aber die Beschlüsse werden durch die betrieblichen VertreterInnen auf Unternehmensebene weitergegeben und dort in der *junta directiva* und der Geschäftsleitung letztlich entschieden. Damit haben die ArbeiterInnen auf Betriebsebene direkt keine wesentliche Entscheidungskompetenz. Die Finanzen werden ebenfalls

auf Unternehmensebene verwaltet. Das Unternehmen versorgt die Betriebe mit praktisch allen Gütern des täglichen Bedarfs. Mit der Auslagerung der Entscheidungsgremien aus dem Betrieb und dem Vertretungssystem über mehrfache Ebenen wird die Beteiligung der Einzelnen strukturell stark beeinträchtigt. Im Gegensatz dazu gab es zu Beginn der Auseinandersetzungen um die Privatisierung, als das jetzige Modell noch nicht ausgeformt war, eine größere Beteiligung als heute. Die Identifikation mit dem neuen Modell wird damit nicht gefördert, ein Problem, was vom APT selbst benannt wird. Die Entscheidungen verlagern sich wieder in die Hände einer kleinen Gruppe um die GeschäftsführerIn und die PräsidentIn, die meist auch die ATC-Spitze auf Unternehmensebene repräsentieren. Das Denken der LandarbeiterInnen bleibt konzentriert auf Lohn, Essen und feste Arbeit und überläßt dem "Patron" den Rest.

Die Auslagerung der Entscheidungen auf die Ebene des Unternehmens hat noch weitere Konsequenzen, z.B. wenn ein einzelner Betrieb aus dem APT ausscheiden will. Der Betrieb kann dies zwar entscheiden, aber das Unternehmen hat alle Mittel der Blockade in der Hand. Bei AGROCAFE gibt es die *fincas* "La Suana" und "La Estrella" in Matagalpa, die mehrheitlich den APT verlassen wollten, um eine eigene Kooperative zu gründen. Dies wurde vom Unternehmen mit Repression, vor allem durch Entlassungen und Einschüchterungen verhindert.

Dadurch, daß die Mitglieder im APT sowohl BesitzerInnen von Aktien, als auch ArbeiterInnen sind, die in einem Lohnverhältnis stehen, sind Kündigungen möglich und trotzdem bleiben die ArbeiterInnen weiter AktionärInnen. Es gibt Beispiele, wo ein Großteil der ArbeiterInnen entlassen und anschließend neue eingestellt wurden. Auf diese Weise konnte das Management den Betrieb in EigentümerInnen und Belegschaft aufspalten und so sein eigenes Regime durchsetzen. Nur in einigen Betrieben sind die Aktien gleich verteilt, in den meisten erhalten TechnikerInnen oder "herausragende KämpferInnen" Vorzugsanteile. Das Stimmrecht auf AktionärInnenversammlungen gilt allerdings pro Person und nicht nach Aktienanteil.

Das Sozialmodell

In den wirtschaftlich schwachen APT-Sektoren sind die sozialen Leistungen ähnlich stark abgebaut wie im Rest der Gesellschaft. Im Kaffee-APT, der eine solide Ökonomie besitzt, sind allerdings die wesentlichen sozialen Errungenschaften der Revolution erhalten geblieben, bei den übrigen KaffeeproduzentInnen nicht, mit Ausnahme einiger Kooperativen. Kindertagesstätten (SIR) gibt es nur noch im APT. Aus Eigenmitteln und Solidaritätsgeldern wurden neue Schulen und neue Wohnhäuser gebaut.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die temporalen Arbeitskräfte sind nirgendwo besser als im APT. Die ArbeiterInnen von AGROCAFE haben kostenlosen Zugang zu den ATC-Frauenkliniken. Die Unternehmen übernehmen die Kosten, weil die Kliniken selbst nicht mehr kostenlos sind, was bedeutet, daß die übrigen LandarbeiterInnen von diesem Programm faktisch ausgeschlossen sind, weil ein Besuch (Fahrt, Medikamente) sie mindestens einen Wochenlohn kosten würde.

Die Rolle der ATC

Die ATC hat an der Spitze der Kämpfe für den APT gestanden und das Modell entscheidend mitgeprägt. In ihrem Selbstverständnis als Gewerkschaft formuliert sie ihre Rolle als politisch soziales Korrektiv, damit der APT seine ursprüngliche Zielsetzung beibehalte. Insbesondere wollte sie für die Belange der ArbeiterInnen eintreten, die nicht AktionärInnen sind, wie z.B. die temporalen. Das sollte u.a. durch eine Ämtertrennung zwischen Funktionen in der Gewerkschaft und in der Verwaltung oder EigentümerInnenvertretung gewährleistet werden. Dieses Schema ist durch die Praxis überholt: Die ATC ist mittlerweile in den Entscheidungsstrukturen fest verankert, oft mit Doppelfunktionen. Die Organisation und ihre mittleren und hohen FunktionärInnen als Individuen haben Aktienanteile, sowohl in den Produktionsbetrieben als auch in der lukrativen Weiterverarbeitung wie INECAFE.

APT-Unternehmen finanzieren die departamentalen ATC-Strukturen durch feste Abgaben wesentlich mit. In manchen *departamentos* wie z.B. Jinotega wäre die ATC-Struktur ohne die APT-Abgaben nicht aufrechtzuerhalten. Die strukturelle Einbindung der

ATC, finanzielle Interessen der Organisation und persönliche Eigeninteressen verhindern ein kritisches Eingreifen der ATC zugunsten der (Weiter-)Entwicklung des ursprünglichen Modells. Oft blockierten ATC-FunktionärInnen sogar Initiativen der ArbeiterInnen, die nach weitergehenden Partizipationsmöglichkeiten suchten, die Verteilung von Anbauparzellen und die Aktienaussgabe fordern.

Der APT und die besetzten Betriebe

Gemeinsam hatten sie gekämpft für die Privatisierung zugunsten der ArbeiterInnen, nur bei den Verhandlungen ging der größere Teil leer aus. In vielen Fällen besetzten daher die ArbeiterInnen ihre Betriebe, bevor sie an die ehemaligen BesitzerInnen zurückgegeben werden sollten oder nach der Rückgabe, wenn die neuen (alten) BesitzerInnen sich nicht an die vertraglich zugesicherten Abmachungen hielten. Das verursachte von Beginn an Spannungen mit der ATC. Einmal, weil ihr vorgeworfen wurde, die Privatisierung ohne Beteiligung der Basis verhandelt zu haben. Zum anderen übergab die CORNAP nur Betriebe an die ArbeiterInnen, wenn die ATC parallel dazu Betriebe an die früheren BesitzerInnen übergab. Somit stellte sich die ATC formal und real gegen ihre eigene Basis, um den APT abzusichern.

Von Beginn an entstand eine Distanz zwischen APT/ATC einerseits und den meisten besetzten Betrieben andererseits. Gerade in der Anfangszeit, als die gemeinsamen Erfahrungen noch frisch waren, unterstützten viele APT-Betriebe benachbarte besetzte *fin-cas*. Dies ließ jedoch in dem Maße nach, wie sich die APT-Betriebe auf ihre eigenen Probleme konzentrierten.

Heute, wo die Regierung weiter die "Rückgabe" der besetzten Betriebe gegen Legalisierung des APT erpresst, ist die ATC mehr denn je bereit, besetzte Betriebe zur Rettung des APT zu opfern.

Was bleibt?

Aus den konfiszierten Gütern Somozas und der somozistischen Großgrundbesitzer entstand der APP mit all seinen Defiziten und Begrenztheiten, war aber historisch ein Fortschritt. Aus Teilen des APP entsteht in einer anderen historischen Situation der APT, der einige Grundelemente des APP-Modells reproduziert und andere

überwindet. In der historischen Situation seines Entstehens ist er ein Fortschritt gegenüber dem APP und er verhindert teilweise eine erneute Landkonzentration. Allerdings hätte es auch Alternativen zum APP und zum APT gegeben. In der Aufstandsphase 1979 entstanden ca. 80 selbstverwaltete Güter, die der Selbstversorgung und der Versorgung der nahen Städte und der Guerilla-Truppen dienten. Diese Strukturen wurden gegen den Willen der AktivistInnen in das neue staatlich gelenkte APP-Modell integriert. Genau wie 1979 gab es 1990/91 Diskussionen über Alternativen, z.B. über Kooperativenmodelle oder individuelle Landaufteilung.

Gerade 1990 war die Gefahr sehr groß, daß das Land parzeliert worden und kurz darauf in die Hände von Großgrundbesitzern gelangt wäre. Der ökonomische und politische Druck der zurückkehrenden und dagebliebenen Grundbesitzer war sehr stark. Mögliche Alternativen zum APT wie die Kooperativenbewegung waren an ihrem desolatesten Punkt angelangt.

So wurde eine erneute Landkonzentration verhindert, aber die neuen APT-Strukturen, wie sie sich bisher herausgeformt haben, reproduzieren die alte soziale Beziehung ArbeiterIn - "Patron" durch die vertikalen und indirekten Entscheidungsstrukturen. Entscheidend ist jetzt, ob es den ArbeiterInnen gelingt, partizipativere, horizontalere Strukturen zu schaffen, und sie damit ihre *fincas* real übernehmen.

Organisationsstrukturen, die unmittelbarer aus den Lebenszusammenhängen der ArbeiterInnen auf den einzelnen *fincas* entstehen, werden vermutlich auch das Produktionsmodell in Frage stellen. Dann werden sie verstärkt Nahrungsmittel für den Eigenbedarf produzieren und sich unabhängig machen vom Verkauf der Agroexportprodukte.

¹ Der APT: Soziales Eigentum für Nicaraguas ArbeiterInnen?, Materialsammlung mit übersetzten Originaltexten aus nicaraguanischen Zeitschriften, 74 S. Oktober 1993, Herausgabe und Bezug: Informationsbüro Nicaragua e.V., DM 10,-; ich beschränke mich auf den Agrarsektor und hier v.a. auf die Erfahrungen im Kaffee-APT.

Neuland

Ein Gespräch mit der junta directiva vom Projekt "Villa 15 de Julio". Es wurde von TeilnehmerInnen einer Besuchsreise im Dezember 1994 geführt. Vom Projekt nahmen an dem Gespräch teil: Flor de Maria Montoya, Präsidentin des Produktionskollektivs Santa Ofelia, Projektverwalterin und Politsekretärin der Frente Sandinista in der Villa 15 de Julio; Guadalupe Donaire, Projektkoordinatorin; Miguel Pineda, Vizepräsident des Kollektivs Santa Ofelia; Pedro Joaquin Rios, Subkoordinator der evangelischen Pfingstkirche, Koordinator der junta vigilancia und Vizepräsident des Kollektivs La Escuadra; Martha Elena Peralta Guido, Finanzverantwortliche des Cashew-Kollektivs; Pedro Flores, Präsident des Kollektivs San Luis; William Mercado, Mitglied des Kollektivs La Pistola; Bernardo Joarquin, Mitglied der Leitung des Kollektivs San Luis; German Martinez, Mitglied der Kooperative La Pistola.

Wie sieht die Organisationsstruktur der Kollektive und des Gesamtprojektes aus? Wie werden Diskussionsprozesse geführt und Entscheidungen getroffen?

Guadalupe: Jedes Kollektiv hat seine eigene Leitung. Sie besteht aus dem/der PräsidentIn, dem/der VizepräsidentIn und dem/der Verantwortlichen für Finanzen, Verwaltung und für Produktion. Es sind neun Kollektive, zwei reine Frauenkollektive, sechs gemischte Kollektive und im Viehzucht-Kollektiv sind nur Männer. Alle Kooperativen sind als juristische Person anerkannt. Die Summe der Kollektive und ihrer Mitglieder bildet das Gesamtprojekt. Die Vollversammlung aller Mitglieder hat die *junta directiva* gewählt, die jetzt hier sitzt. Die Mitglieder der *junta directiva* sind gleichzeitig fast alle in den Produktionskollektiven beschäftigt. Die Entscheidungsfindung wird meist in der *junta directiva* vorbereitet. Manche Entscheidungen werden schnell gefällt, manche Entscheidungen brauchen eine lange Diskussion in der Generalversammlung und stoßen auf große Widerstände, manche Vorschläge werden nicht akzeptiert. Jedes Kollektiv arbeitet seinen eigenen Produktionsplan aus: wieviel ausgesät und welches Produkt angebaut wird, wieviele Setzlinge gebraucht werden. In der *junta directiva* werden alle

Produktionspläne zusammengetragen und zu einem einzigen Plan verwoben. Dort wird diskutiert, wie das Projekt die einzelnen Kollektive unterstützen kann, abhängig von den vorhandenen Projektmitteln. Der gemeinsame Plan wird auch abgestimmt mit dem neuen Agrartechniker, der diese Pläne überprüft und ökonomisch mit der Finanzverantwortlichen abspricht. Es ist dann die Gesamtversammlung, die die letztendliche Entscheidung trifft.

Welche Themen habt ihr 1994 im wesentlichen diskutiert?

Guadalupe: Wir mußten zuerst die administrative Unordnung beseitigen, die die ATC-Führung für das Projekt gebracht hatte. Wir arbeiten erstmals autonom und sind nur abhängig von unserem eigenen Willen. Vorher waren wir von der ATC in Managua und in Chinandega abhängig. 1994 bedeutet für uns also die positive Erfahrung, daß das Projekt direkt durch die *junta directiva* koordiniert wird, daß das Projektbüro hier in der Villa 15 de Julio ist und daß die *socios/as* hier direkt ihre Vorschläge miteinbringen können.

Keiner von uns hat eine Ausbildung in Buchhaltung. Wir stützen uns auf unser Engagement. Mit der Finanzierung von 1994 besitzen wir jetzt zwei Landmaschinen, zwei Traktoren und zwei Trailer, zwei Eggen und einen Pflug. Dann haben wir noch ein Projektauto und ein Motorrad gekauft. Zu Anfang hielten einige Projektmitglieder die Anschaffung der Traktoren nicht für machbar. Eigentlich war vorgesehen, den Maschinenpark mit den Projektgeldern des Jahres 1993 zu finanzieren. Mit den jetzigen Ernteerlösen hätte dann das Geld wieder zurückgezahlt werden sollen. Stattdessen mußte man wie immer den Traktor von einer Privatperson mieten und diese Kosten hätte man gut einsparen können. Dieser Privatmann konnte den Gewinn der Ernte einstecken und dem Projekt blieben keine Erlöse. Unsere Idee mit dem Traktor ist eine andere, nämlich unabhängig zu werden von externen Dienstleistungen. Statt das Projekt durch den Kauf dieser Dienstleistungen zu dekapitalisieren, sind die Projektgelder langfristig angelegt, denn der Traktor kann jedes Jahr neu von allen *socios/as* eingesetzt werden und bringt permanenten Erlös. Der Traktor wird vom Projekt verwaltet. Jedes Kollektiv plant, wann und wie lange sie den Traktor benötigen und zahlen dafür an das Projekt, wodurch sich der Traktor amortisiert. Dabei liegt der Verleihpreis weit unter dem des Privatbesitzers.

Wer ist verantwortlich für die Pflege und den Erhalt des Traktors?

Guadalupe: Miguel ist verantwortlich für die Pflege des Maschinenparks, Bernardo ist für die Produktionstechnik (Aussaat, Anbau, Methoden, Pflügen) verantwortlich und arbeitet in diesem Sinne auch als Traktorist. Er wird also immer zusammen mit dem Traktor "ausgeliehen". Unsere Grundidee, die mit allen *socios/as* diskutiert worden ist, ist die gemeinsame Projektentwicklung mit Hilfe des Rotationsfonds. Die Ernteergebnisse des einen Jahres sollen den Rotationsfond für das nächste Jahr bilden. Da die erste Ernte wegen der Trockenheit sehr schlecht ausgefallen ist, mußten wir auf andere Produktionszweige zurückgreifen, um überhaupt zu Erträgen zu kommen. Diese Erntekatastrophe hat ganz Nicaragua getroffen.

Eine weitere positive Entwicklung im Projekt war, daß die Leute jetzt einen genauen Überblick über ihren Saldo, über ihre Schulden, ihre Gewinne und Verluste haben, den vorher immer nur der Präsident des Kollektivs gehabt hatte. Die Leute hatten auch nie einen Überblick über die Ernteergebnisse und die Finanzlage des Gesamtkollektivs. Sie waren da auf Treu und Glauben den Aussagen des Kollektivpräsidenten ausgeliefert. Ab diesem Jahr haben alle *socios/as* eine Karte in ihrem Besitz, auf der alle finanziellen und materiellen Transaktionen eingetragen sind. Das Gegendokument befindet sich im Projektbüro. Dieses System der doppelten Buchführung (nämlich Bestätigung auf einer Karte im Besitz der Kooperativenmitglieder und Verbuchen im Projektbüro) ermöglicht sowohl die individuelle Information für jeden und jede Einzelne, z.B. darüber, wieviel Material, wieviel Grundnahrungsmittel sie erhalten haben. Auf der anderen Seite können sie an der Buchführung des Projektes erkennen, wieviel Material insgesamt gekauft worden ist, was die Preise dafür waren und wie es auf die einzelnen Mitglieder verteilt wurde; so können sie jederzeit nachkontrollieren, was ihre Verpflichtung gegenüber dem Projekt ist. Früher gab es diese Möglichkeit nicht, die Buchführung war eher ein System von Treu und Glauben. Das gleiche gilt auch umgekehrt: Jeder weiß, wieviel Säcke er/sie bei der Ernte abgeliefert hat. Dies wird auch in die Karte eingetragen und wenn das Projekt die gesamte Ernte verkauft, kann man an der Buchführung sehen, welchen Preis die Ernte erzielt und welchen Anteil davon jeder Einzelne *socio/a* durch das Projekt erhält. Neben diesen Karten haben

wir auch ein System von Quittungen, in denen die einzelnen *socios/as* die erhaltenen Summen bestätigen. Von jeder Quittung gibt es eine Kopie in der Hand des/der *socio/a* und eine im Archiv des Projektes.

Flor de Maria: Unsere Probleme sind auch dadurch entstanden, daß wir bis 1992 überhaupt keine Kenntnis über Projektstrukturen hatten. In der sandinistischen Zeit gab es keine Notwendigkeiten für Projekte, denn es war immer Arbeit im Überfluß da. Mit der neuen Regierung gab es eine brutale Arbeitslosigkeit in ganz Nicaragua und wir haben mit dem Kampf um das Land begonnen - um zu überleben. Seitens der Regierung gibt es keine finanzielle Unterstützung mehr und das Land wird nicht im ausreichenden Maße verteilt.

Mit dem Projekt war es von Anfang so, daß die Mittel für produktive Maßnahmen bestimmt waren. Wir haben auf einmal gemerkt, daß hier etwas fehlt. Denn so wie ein Traktor nur funktioniert, wenn er Benzin kriegt, so können die BäuerInnen nur arbeiten und produktiv tätig sein, wenn sie zu essen haben. Die Leute wollen auch Lebensmittel haben und die fehlen im Projektetat. Daher waren Anpassungen notwendig. Ähnlich ist das mit Gesundheit und anderen sozialen Problemen. Während wir unter der alten Regierung einen Gesundheitsposten und kostenlose medizinische Versorgung hatten, müssen wir jetzt für die Medikamente bezahlen und da kommen die Leute auch zum Projekt. Wir haben einen kleinen Anteil der Projektmittel für medizinische Unterstützung vorgesehen, allerdings sind diese Mittel sehr schnell ausgeschöpft worden. Es gibt sehr große Probleme. Manchmal sterben auch Kinder, ohne daß wir ihnen wirklich helfen können. Viele sehen keinen anderen Ausweg, als zum Projekt zu kommen und wenn wir dann nein sagen müssen, gibt es starke Spannungen. Trotzdem bleibt das Projekt für viele weiterhin der einzige Ausweg; es ist Mama und Papa zugleich.

Seit vier Jahren führen wir einen harten Kampf: wir haben lediglich die Legalisierung eines Kollektives erreicht, die vier anderen kämpfen noch um ihr Land. Auf der anderen Seite gibt es in unserer *sociedad* immer noch Leute, die das Projekt nicht als ihr eigenes ansehen, das es zu bewahren, zu schützen und zu entwickeln gilt und das auf eine lange Dauer angelegt ist. Sie verstehen das Projekt als große Schenkung, aus der man sich möglichst

schnell und kurzfristig bedienen kann und einen möglichst großen finanziellen Anteil abziehen sollte. Dies ist auch Ergebnis der ATC-Politik. Andererseits ist diese Haltung auch Ergebnis der sandinistischen Regierungspolitik, die den Bauern oft großzügig ihre Schulden erlassen hat. Jetzt hoffen die Leute ebenfalls, daß ihnen die Rückzahlungen erlassen werden. Möglicherweise war diese Politik zur damaligen Regierungszeit gut und richtig, heute zeigt sie diese negativen Resultate. Wir werden also am Ende dieses Produktionszyklusses eine Auswertung machen müssen über jedeN einzelneN *socio/a* und diejenigen, die nicht vernünftig mit dem Projekt umgegangen sind, werden - so leid es uns tut - in der Zukunft nicht mehr im Projekt mitarbeiten können.

Eure Ideen vom Projekt als Investition in die Zukunft, von der Schaffung einer unabhängigen und nachhaltigen Ökonomie, von der Erwirtschaftung eigener Verwaltungsmittel durch die *junta directiva*, woher kommen die, wie habt ihr sie diskutiert und entwickelt?

Guadalupe: Wir haben diese Ideen zuerst in der *junta directiva* diskutiert und anschließend der Gesellschafterversammlung präsentiert. Viele - nicht alle - sind dann auch mehrheitlich von der Versammlung angenommen worden. Das, was mit großer Mehrheit angenommen wurde, ist von einer reinen Idee zur Wirklichkeit, zum Grundgesetz dieser *sociedad* geronnen.

Flor de Maria: Manchmal stellen wir auch öffentliche Vergleiche an zwischen einem/r *socio/a* im Projekt und einem anderen Mitglied der Dorfgemeinschaft ohne Überlebensalternative, ohne Arbeit und ohne Unterstützung bei der Gesundheitsversorgung. Wenn wir auch nicht alle Ziele auf einmal erreichen, so kann man doch den Unterschied jetzt schon sehr praktisch sehen. Damit begründen wir auch die Maßnahmen gegenüber all denen, die sich unverantwortlich zeigen. Während z.B. die Mehrheit ihre Ernte abliefert, damit wir sie als Projekt gemeinsam zum geeigneten Zeitpunkt zu einem sehr guten Preis verkaufen können, gibt es einige, die nicht an die Zukunft denken und einen Teil ihrer Ernte zurückbehalten, um ihn persönlich weiterzuverkaufen. Diese Leute dekapitalisieren das Projekt, weil sie gleichzeitig Schulden bei dem Projekt haben. Hier werden wir Maßnahmen ergreifen müssen.

William: Wir analysieren natürlich die verschiedenen ökonomischen Möglichkeiten, die jeder Einzelne und die gesamte *sociedad* hat. Die Entscheidungen, die wir treffen werden, werden auf keinen Fall repressive, sondern immer demokratische Entscheidungen sein. Guadalupe: Was William mit demokratisch meint, läuft so ab, daß wir letztlich die Entscheidung nicht in der *junta directiva*, sondern in der gesamten Gesellschafterversammlung nach einer längeren Beobachtungszeit treffen, in der in den einzelnen Kollektiven mehrfach über das Problem gesprochen wurde und auf die Konsequenzen ihres Handelns hingewiesen wurde. Sie wissen also, was ihnen passiert, wenn sie trotzdem bei ihrer Handlungsweise bleiben. In jedem Fall haben die Menschen Entscheidungsfreiheit. Wenn ihre Entscheidung allerdings negative Auswirkungen auf das Projekt hat, müssen sie mit einer entsprechenden Reaktion des Projekts, z.B. einer Entscheidung der Generalversammlung rechnen.

Um welche und wieviele Leute handelt es sich etwa, die das Projekt noch nicht als ihre eigene, längerfristige Sache begreifen?

Guadalupe: Etwa 15. Es sind einerseits Leute, die zwar im Projekt sind, aber doch von der ATC beeinflusst werden und die gleichen Argumentationen haben. Bei anderen sind es auch persönliche Interessen, insbesondere bei denen, die vorher LohnarbeiterInnen, TagelöhnerInnen und SaisonarbeiterInnen waren, die auf den Plantagen arbeiteten und ihren vierzehntätigen Lohn bekamen, aber keine BäuerInnen waren. Ihr Konzept der Lohnarbeit wenden sie auch auf das Projekt an: man leistet für das Projekt Arbeit und wird dafür bezahlt. Sie sind sehr schwer davon zu überzeugen, daß es jetzt um ihr eigenes Land und ihre eigene Produktion geht. Das einzige, was es zu bezahlen gilt, sind die Schulden an das Projekt und der Rest der Produktion gehört ihm oder ihr. Wir wollen die Leute überzeugen, daß das Projekt politische Ziele hat, daß die Leute Entwicklungschancen erhalten, daß z.B. auch die zukünftigen Kinder Lesen und Schreiben lernen können. Deshalb müssen die Leute lernen, daß sie keine LandarbeiterInnen mehr sind, sondern als BäuerInnen selbständig möglichst viel aus ihrem eigenen Land machen. Diese Überzeugungsarbeit ist sehr hart. Wir haben schon sehr viel erreicht, viele haben sich bereits ihre eigenen Hütten gebaut, während sie früher in Siedlungen lebten. Andere haben inzwischen ihr eigenes Stück Land. Ein Beispiel: Die Leute wohnen

hier im Dorf, während die Ländereien weit draußen liegen. Wir haben im letzten Jahr im Kollektiv San Luis damit angefangen, daß sieben Mitglieder hinaus auf das Land gezogen sind und dafür haben sie vom Projekt eine kleine Unterstützung erhalten. Sie können dort neben ihrem Haus Schweine und Hühner halten, sie können kleine Selbstversorgungsgärten anlegen, z.B. Yuccapflanzen. Das können sie hier im Dorf nicht. Mit dieser Entwicklung wollen wir im neuen Jahr fortfahren. Dadurch werden die Leute unabhängiger, sie brauchen nicht mehr den Reis und die Bohnen auf dem Markt zu kaufen. Bis Ende 1995 streben wir an, daß 70% der Leute auf ihrem eigenen Land leben.

Trotzdem gibt es immer noch welche, die unsere Vorstellungen als ihnen aufgezwungen ansehen. Unser Projektziel ist aber ein politisches, wir wollen nicht, daß diese Leute auf der Strecke bleiben, wir wollen sie weiterhin unterstützen. Dieser Entwicklungsprozeß ist sicherlich nicht nur eine Sache von Worten und Diskussionen, sondern eine Frage von Überzeugung und praktischen Beispielen, an denen die Leute sehen können, wie es anders funktionieren kann.

In diesem Sinne kann das Projekt ein Beispiel für eine alternative Entwicklung sein und gleichzeitig zur langfristigen Besserstellung aller *socios/as* beitragen. Außerdem handelt es sich darum, sich aus externen Abhängigkeiten zu lösen, indem sie z.B. ihre eigenen Setzlinge, z.B. für Yucca, produzieren und damit finanziell unabhängig werden.

Gibt es auch Versuche, sich aus der Abhängigkeit von Agrochemie zu lösen?

Guadalupe: Die Frage spricht unsere Bildungsprogramme an, z.B. über organische Düngemittel. Hier haben wir zwar nicht 100% unserer Ziele, aber doch einiges, erreicht. Die sogenannte "tote Zeit", nämlich die Monate Januar, Februar, März und teilweise April wollen wir für solche Weiterbildungsprogramme nutzen, wo sich das ganze Projekt mit organischem Dünger, mit grünem Dünger, wie z.B. Mungo (zugleich Nährstoff für die Erde und Nahrungsmittel) und einigen praktischen Testversuchen beschäftigt. Dies sind alles Erziehungsschritte, denn eigentlich gibt es die Erfahrungen. Vor langer Zeit wurden solche Methoden praktiziert, aber inzwischen verlernt. Das Grundproblem ist die große Abhängigkeit bis hin zur

Aussaat. Wenn die Leute ihre Ernte verkaufen, verkaufen alle gleichzeitig und erzielen nur sehr geringe Preise. Wenn sie dann aussäen, kaufen sie das Saatgut sehr teuer, auch wenn es das gleiche Produkt ist. Den Sesam würden wir z.B. heute für 150 Córdobas verkaufen. Für den Samen müßten wir dann 550 Córdobas bezahlen. Unser Vorschlag ist, daß wir Saatgut für die Aussaat zurückbehalten. Allein damit könnten wir viel einsparen. Gleiches gilt für den Mais. Wir haben diese Beispiele in der *sociedad* diskutiert und jetzt versuchen alle, ihren Samen zurückzuhalten, um die Abhängigkeit im nächsten Jahr zu verringern.

Die "tote Zeit" von Januar bis April ist ein strukturelles Problem, das sich durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse der letzten Monate noch verschärft hat. Mit welchen Maßnahmen denkt ihr, diese Zeit überwinden zu können?

Guadalupe: Wir haben unsere Ernte noch nicht verkauft. Wir denken, sie in den nächsten Tagen zu einem günstigen Preis verkaufen zu können und mit dem Geld Vieh zu erwerben. Wir haben hier auch Weideland. In der "toten Zeit" bis zum Juni können wir Viehzucht betreiben und dann das Vieh mit gutem Gewinn verkaufen. In den vergangenen Jahren hatten die Leute in diesen Monaten nichts zu tun, die Erlöse der Ernte waren schnell verzehrt und es gab Hunger.

Flor de Maria: Wir führen jedes Jahr zwei Erntezyklen durch. Zuerst pflanzen wir im Mai den Mais und für die zweite Ernte pflanzen wir Sesam gegen Ende August. In den letzten Jahren ist die Maisernte immer sehr schlecht ausgefallen und wenn die Sesampreise hoch sind, haben wir keine gute Produktion. Sind aber die Preise niedrig, haben wir gerade dann eine gute Produktion. Insgesamt haben wir in den letzten Jahren bestenfalls nur angebaut, um die Produktionskosten wieder hereinzuholen, andernfalls um uns zu verschulden. Im Mais holen wir nur eine gute Ernte heraus, wenn es zur richtigen Zeit, nämlich im Mai regnet und das war jetzt nicht der Fall. Der Sesam ist uns dann wegen Regen zur falschen Zeit teilweise verfault. Insgesamt bringt uns der Sesam immer noch bessere Erlöse als der Mais und deshalb werden wir jetzt versuchen, den Mais durch andere Selbstversorgungsprodukte zu ersetzen. Alles dies werden wir jetzt in der AktionärInnenversammlung vortragen, denn die Leute wissen um die Probleme. Jetzt zu Weihnach-

ten merken die Leute, daß es kein Huhn auf dem Tisch gibt, denn es kostet 35 Córdoba. Es handelt sich nicht um eine Strategie, Produkte verschwinden zu lassen, sondern im Gegenteil darum mit dem geringstmöglichen Mitteleinsatz an Investitionen und Arbeitskraft 12 Monate produzieren zu können.

Pedro: Die Viehzucht hat in meinen Augen eine Menge Vorteile. Zuerst bekommen wir Kälber, die wir zu einem guten Preis verkaufen können und anschließend haben wir auch noch die Milch, die uns zur Eigenversorgung dient. Mit dem Verkauf der Kälber können wir bereits die Investitionskosten in die Kühe zurückerstatten. Das ist ein gutes Beispiel für den Rotationsfond.

William: Mit solchen Beispielen drehen wir die alte ökonomische Abhängigkeit um. Während es uns bislang von Mal zu Mal schlechter ging und sich nur die Zwischenhändler bereicherten, da sie zum Zeitpunkt der Ernten wegen des großen Angebotes nur schlechte Preise boten, und die Produkte später gut weiter verkaufen konnten, können wir mit der Viehzucht den Verkaufszeitpunkt selbst bestimmen und haben eine dauerhafte Versorgungsmöglichkeit.

Guadalupe: Ich möchte zum Abschluß einige Anmerkungen hinzufügen: Wir wissen um unsere Verantwortung für den Erfolg des Projektes und für die langfristige Perspektive. Wenn wir als *junta directiva* diese Ziele nicht klar vertreten und auch leben, können wir schwerlich die anderen Kooperativenmitglieder davon überzeugen. Hier sehen wir auch unsere Verantwortung gegenüber der Geldgeberin. Auf der anderen Seite wünschen wir uns, daß auch die Geldgeberin ihre Bedingungen, unter denen sie dieses Projekt unterstützt, klar darlegt. Statt die zu sein, von der man einfach nur Geld fordern kann, soll sie ihre Ansprüche und Zielsetzungen klar und offen darlegen, damit wir in einen wirklichen politischen Dialog treten können. Wir wünschen uns nicht eine Organisation, die kommt, Geld gibt und dann wieder verschwindet, sondern eine, die erklärt, warum sie gerade mit uns und gerade in diesem Gebiet arbeitet. Dann werden auch alle Kollektivmitglieder ihre Verantwortung besser übernehmen können. Der andere Punkt ist der, daß wir klare Abmachungen brauchen, bis wohin unsere Entscheidungsspielräume gehen, wenn wir jetzt einen Wechsel in den Produktionszweigen diskutieren und entscheiden. Wir könnten natürlich theoretisch das ganze Geld in den Kauf von Vieh investieren, davon wären allerdings die anderen Produktionszweige betroffen.

Wir müssen auch genau aushandeln, wieviel und wann das Geld wieder zurückgezahlt werden muß und ob es nicht vielleicht sogar in Form von Kälbern an das Projekt zurückgezahlt werden kann, um damit dann wiederum anderen zu helfen. Auch hier sollte die Geldgeberin ihre eigene Sichtweise einbringen.

Es geht auch darum zu verhindern, daß wir in Paternalismus zurückfallen. Wir wissen wohl, daß manche Organisationen Angst haben, mit einer Geldspende klare Forderungen zu verbinden, weil sie das als externen Eingriff auffassen, während sie die bedingungslose Geldübergabe nicht als Eingriff auffassen. Wir sehen das anders. Wenn die Organisation uns ihre Positionen mitteilt oder mit uns die Projektziele diskutiert, hilft sie uns auch in unseren Diskussionen - um die Entwicklungsperspektive oder um eine utopische Sichtweise, die wir ja schließlich allen Kollektivmitgliedern nahebringen wollen.

Wir werden uns klare Statuten für die Rechte und Pflichten der Mitglieder dieses Projektes geben. Es wird noch ein paar ernsthafte Diskussionen auf der Mitgliederversammlung geben. Damit werden wir unsere Verantwortlichkeiten regeln. Die Geldgeberin soll uns auch nicht sagen: jetzt macht ihr dies und dann macht ihr jenes, so wie dies die ausländischen Finanzinstitutionen tun. Wichtig ist die Selbstverpflichtung der Projektmitglieder und dazu soll die Geldgeberin beitragen. Wir haben nämlich nicht die paternalistische Vorstellung, daß, wenn das Projekt scheitert und hier der Hunger ausbricht, wir uns wieder nach Deutschland wenden können mit der Forderung: jetzt muß ein neues Projekt beginnen, denn sonst werden wir verhungern.

Glossar

für Abkürzungen und nicht übersetzte Begriffe

AGROCAFE	Agropecuaria de inversiones de cafe de Nicaragua (ArbeiterInnenunternehmen f. Kaffeevermarktung)
APP	Area Propiedad del pueblo (Betriebe im Eigentum des Volkes: ehemaliger Staatssektor)
APT	Area Propiedad de los Trabajadores (ArbeiterInneneigener Sektor)
ATC	Asociación de los Trabajadores del Campo (LandarbeiterInnengewerkschaft)
BANANIC	Banamera de Nicaragua (Nationale Bananenvermarktungsgesellschaft)
CORNAP	Corporaciones Nacionales del sector publico (Staatliche Treuhandgesellschaft)
ESAF	Extended Structure Adjustment Facility (Ökonomisches Strukturadaptierungsprogramm)
ECODEPA	Empresa comercialisadora de productores asociativas (Vermarktungseinrichtung der Kooperativen)
FENACOOOP	Federación Nacional de las Cooperativas (Nationaler Dachverband der Kooperativen)
fincas en conflicto	von den ArbeiterInnen besetzte Landbetriebe
garobo	Leguan
INRA	Instituto Nicaraguense de Reforma Agraria (Staatliches Agrarreforminstitut)
junta directiva	Leitungsgremium, Leitungsausschuß
junta vigilancia	Überwachungskommission, Aufsichtsgremium
mandador	Aufseher, Vorarbeiter
MIDINRA	Ministerio de Agricultura y Reforma Agraria (ehem. Landwirtschafts- u. Agrarreformministerium)
SIR	Servicio Infantil Rural (Kinderhort auf dem Land)

sociedad	Gesellschaft, EigentümerInnen-, GesellschafterInnenversammlung
socio/a	MiteigentümerIn, GesellschafterIn
TRABANIC	Propiedad de los Trabajadores Bananeros Nicaraguenses (Gesellschaft der BananenarbeiterInnen)
UNAG	Union Nacional de Agricultores y Ganaderos (Nationalverband der Klein- und MittelbäuerInnen)
UNAPA	Union Nacional de Productores Asociados (Nationaler Dachverband der genossenschaftlichen ProduzentInnen)

Nach 30 Jahren Agrarreform ...

Die sozio-ökonomische Situation in Honduras

Honduras ist ein typisches Beispiel für koloniale und moderne Abhängigkeiten. Der Staat kann als ein Verwaltungsableger der US-Bananenkonzerne betrachtet werden.

Bis in die 80er Jahre verlief die soziale und ökonomische Entwicklung ohne große Umwälzungen. In dem dünn besiedelten Land war ein massiver Industrialisierungsschub ausgeblieben, der als Auslöser einer verschärften Polarisierung der Gesellschaft hätte dienen können. Durch eine partielle Agrarreform zu Beginn der 70er Jahre gelang es, eine Radikalisierung der Bauernschaft, die sich seit den 60er Jahren immer stärker organisiert hatte, zu verhindern. Der allgemeine Verarmungsprozeß auf dem Land konnte mit der Agrarreform jedoch nicht abgewendet werden, weil in der auf den Export ausgerichteten Landwirtschaft kleinbäuerlichen Selbstversorgern nur eine Randexistenz zugestanden wurde und wird.

In den 80er Jahren benötigte die US-Regierung Honduras als Bollwerk gegen den "Kommunismus" und die Befreiungsbewegungen in den Nachbarländern. Dazu bedurfte es einer politischen Stabilität im Innern, die durch selektive Repressionsmaßnahmen gegen die Volksorganisationen, durch eine formale Demokratisierung sowie durch die Gewährung großzügiger Wirtschafts- und Militärhilfe erreicht wurde.

Mit der Entspannung in Mittelamerika gegen Ende der 80er Jahre verlor Honduras seine Wichtigkeit für die US-Administration. Der von den Unterstützungszahlungen aus den USA stark abhängige Staat mußte sich neue Finanzierungsquellen suchen. Die konservative Regierung Callejas (1990-1994) leitete eine forcierte Strukturanpassungspolitik ein, um bei internationalen Geldgebern in den

Genuß hoher Kredite zu kommen. Dafür wurde die Landeswährung abgewertet und die Preisbindung für Grundnahrungsmittel aufgehoben. Im staatlichen Sektor gab es Massenentlassungen und Privatisierungen. Für ausländisches Kapital richtete Callejas freie Produktionszonen ein, in denen die Arbeitsgesetze und staatlich festgesetzte Lohnniveaus keine Gültigkeit haben, Gewerkschaften verboten sind und der ungehinderte Gewinntransfer ermöglicht wird. Der informelle Sektor nahm erheblich zu: Im Jahr 1991 verfügten nur noch 46% aller Erwerbsfähigen über einen festen Arbeitsplatz. Desweiteren versuchte die Regierung, den Export auszuweiten und zu diversifizieren, z.B. indem Fanglizenzen für Krabben und Langusten an ausländisches Kapital vergeben wurden, was katastrophale soziale und ökologische Folgen für die Küstenregionen hatte.

An der bedeutenden Stellung der Landwirtschaft sollte diese Politik jedoch nur wenig ändern. Honduras ist weiterhin stark auf die Devisenerlöse aus dem Kaffee- und Bananenexport angewiesen. 64% der Gesamtbevölkerung von 4,8 Mio. Menschen leben in den ländlichen Regionen, über die Hälfte aller Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft. Dabei handelt es sich überwiegend um saisonale Tagelohnarbeit.

Exportgüter/Anteil an Exporterlösen	1987	1991
Bananen	40,6%	42,3%
Kaffee	25,3%	19,2%
Krabben/Langusten	7,4%	12,8%
Rest (v.a. Holz, Fleisch, Zucker, Zink)	26,7%	25,7%
(CEDOH 1992a: 19)		

Die Ausweitung des Agrarexports führte zu einer weiteren Landkonzentration und hatte damit die Verelendung großer Teile der Landbevölkerung und deren Migration in die Städte zur Folge. Mit dem im März 1992 verabschiedeten Agrarmodernisierungsgesetz sollten die landwirtschaftlichen Flächen in eine "freie" Ware verwandelt und "rentable" Betriebsformen durchgesetzt werden. Dazu wurde der verfassungsmäßige Schutz kollektiver Landbesitzformen stark eingeschränkt, was fatale Auswirkungen auf viele Agrarreformkooperativen, Dorfgemeinschaften und indianische Gruppen

hatte. Deren Proteste und Demonstrationen wurden gewaltsam unterdrückt und so mancher Vorsitzender einer indianischen oder Bauernorganisation ermordet. Präsident Callejas konnte dazu auf seine Erfahrungen aus der "Allianz für den Fortschritt in Honduras" zurückgreifen, in der zu Beginn der 80er Jahre ultra-konservative Militärs, Unternehmer und Politiker die Repressionsmaßnahmen koordiniert hatten.

Im Januar 1994 übergab Callejas nach der Wahlniederlage seiner Partei die Regierung an den Liberalen Carlos R. Reina. Dieser kündigte eine "moralische Revolution" gegen staatliche Korruption und Vetternwirtschaft an - auch gegen die der Bankiers und Unternehmer aus der eigenen Partei. Wirtschaftspolitisch beabsichtigte er, das Tempo der Strukturanpassungen zu drosseln. Anfang 1994 schlossen sich zwei wichtige Gewerkschaftsföderationen, die LehrerInnenvereinigung und der Bauerndachverband COCOCH zur "Ersten Nationalversammlung der honduranischen Volksbewegung" zusammen. Diese warnte davor, sich falsche Hoffnungen über die neue Regierung zu machen. Die wirtschaftliche Lage des Staates, die Verpflichtungen gegenüber den internationalen Organisationen und den wirtschaftlich Mächtigen des Landes werde die Regierung ohne Zweifel dazu bringen, neue Wirtschafts Anpassungen vorzunehmen. Die Volksorganisationen initiierten massiv Kampagnen, in denen sie von der neuen Regierung die Umsetzung der Wahlkampfversprechen (z.B. die Abschaffung des militärischen Zwangsdienstes) einforderten. In den freien Produktionszonen begannen Betriebsbesetzungen, um die Anerkennung von Gewerkschaften zu erkämpfen. LandarbeiterInnen nahmen sich massiv Ländereien, die ihnen seit Jahren vom Nationalen Agrarinstitut INA versprochen wurden. Im Mai wurde das Agrarmodernisierungsgesetz geändert: Die freien Verkaufsmöglichkeiten für gemeinschaftliches Landeigentum wurden stark eingeschränkt.

Im Sommer 1994 offenbarte sich eine weitere fatale Folge der Agrarmodernisierung: Die Produktion an Grundnahrungsmitteln war in solch einem Ausmaß gesunken, daß in über der Hälfte aller Landkreise die Bevölkerung Hunger litt. An diesem Zustand konnten auch nationale und internationale Notprogramme bislang nichts ändern. Faktisch bedeutet dies, daß das Agrarland Honduras vom Import von Grundnahrungsmitteln abhängig geworden ist.

Die honduranische Agrarstruktur

Die Agrarstruktur in Honduras ist gekennzeichnet durch den Gegensatz von einerseits landlosen Familien bzw. Kleinbetrieben, die lediglich über Böden schlechter Qualität verfügen und auf diesen vor allem Mais und Bohnen anbauen, und andererseits Großgrundbesitz mit fruchtbaren Böden, auf denen vor allem Bananenproduktion und Viehzucht betrieben wird.

Die größten Grundbesitzer sind die US-amerikanischen Bananenkonzerne an der Nordküste, die seit den Veränderungen im europäischen Markt auch verstärkt Ananas und andere Südfrüchte produzieren.

In den Gebirgsregionen werden hauptsächlich Kaffee und Grundnahrungsmittel angebaut. Dies geschieht vorwiegend in Familien, bei denen der Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Kleinbetrieben nicht so stark ausgeprägt ist.

Die Landverteilung in Honduras, staatlicher Agrarzensus von 1974

Betriebsgrößen (in ha)	Betriebe	Fläche
0-1	17,3%	0,8%
1-5	46,6%	8,1%
5-10	14,5%	7,9%
10-50	17,6%	27,7%
50-500	3,8%	33,4%
>500	0,2%	22,1%
Total/absolut:	195.000 Betriebe/2.630.000 ha	
(Morazán 1992: 60; Honduras Komitee Hamburg 1986: 9)		

Diese offiziellen Daten über die Landverteilung in Honduras sind veraltet. Nach einer neueren Schätzung hat die Besitzkonzentration weiter zugenommen: Ende der 80er Jahre waren 89,7% der Betriebe mit einer Gesamtfläche von 21,8% kleiner als 10 ha (Baumeister 1994: 47). Über ein Drittel der landwirtschaftlichen Flächen in Honduras ist Privateigentum, v.a. von Viehzüchtern, Bananenkonzernen und z.T. auch von KaffeeproduzentInnen. Eine weitere Besitzform ist das Pachten von Land, wobei es sich häufig um Kleinstbetriebe mit weniger als einem Hektar handelt. Die geläufigste Form ist die Entrichtung eines Pachtzinses in Form von Geld oder Ernteanteilen. Im sogenannten Kolonat überträgt der Landeigentümer den bei ihm

angestellten ArbeiterInnen als Lohn das Nutzungsrecht an einer kleinen Parzelle.

Desweiteren ist der Staat Eigentümer einer Landreserve, womit bis in die Gegenwart die Forderungen landloser Familien aber auch die Expansionsgelüste von Großgrundbesitzern befriedigt werden konnten. Dies geschah und geschieht häufig auf Kosten ländlicher Gemeinden und indianischer Gruppen, deren Ejido-land (gemeinschaftliches Eigentum) in den 60er Jahren offiziell dem Staatsland zugeschlagen wurde. Das Ejido-land, das damals immerhin noch über ein Sechstel der gesamten Agrarfläche umfaßte, ist ein Produkt der Kolonialzeit: Die spanische Krone mußte den indianischen Gemeinden genügend Land zur Selbstversorgung zugestehen, weil dies die einzige Möglichkeit war, das Überleben von Arbeitskräften zu sichern. Über dieses Land vergab der honduranische Staat ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemeinschaftliche Eigentumstitel. Die auf Staatsland entstandenen Agrarreformkooperativen sind eine neue Form des kollektiven Landeigentums. Eine rechtliche nicht abgesicherte Besitzform ist die Besetzung kleiner ungenutzter Parzellen, um darauf für einen Jahreszyklus Grundnahrungsmittel anzubauen. Dies ist für viele landlose Familien die einzige Möglichkeit, ihr Überleben zu sichern.

Die Organisierung der honduranischen Landbevölkerung

Die Landbevölkerung in Honduras organisiert sich auf vielfältige Weise: Neben den einzelnen Organisationen der Bauern und Landlosen gibt es verschiedene Dachverbände und regionale Verbände sowie Gewerkschaften der LandarbeiterInnen (v.a. auf den Bananenplantagen), Frauenvereinigungen, christliche Basisgemeinden, produktbezogene Assoziationen, Zusammenschlüsse von Kooperativen, ethnische Organisationen und natürlich auch die Verbände der Großgrundbesitzer.

Die größte und eine der ältesten Bauernorganisationen in Honduras ist die "Nationale Assoziation der Honduranischen Bauern" (ANACH). Sie entstand im Jahr 1962 und entwickelte sich mittels ihrer Landbesetzungen schnell zur treibenden Kraft der Agrarreform. Im Jahr 1970 trennte sich von der ANACH ein Zusammenschluß von Agrarreformkooperativen (FECORAH) ab; seitdem ist es immer wieder zu inneren Konflikten und Spaltungen gekommen.

Heute besteht die ANACH aus 32.000 Mitgliedern in 1.300 Basisgruppen oder -kooperativen. In den 70er und 80er Jahren bildeten sich neue kleinere und regionale Organisationen, zum Teil aus Abspaltungen der ANACH. Dazu gehört die im Jahr 1985 entstandene "Nationale Zentrale der LandarbeiterInnen" (CNTC). Mit 500 Basisgruppen und 15.000 Mitgliedern ist sie heute die zweitgrößte Bauernorganisationen in Honduras. Wegen den von ihren Mitgliedern ausgehenden massiven Landbesetzungen geriet die CNTC in eine starke Konfrontation mit der Callejas-Regierung. Am 8. Dezember 1991 wurde der Sekretär der CNTC, Jesus Guerra, von Armeeangehörigen ermordet. Die Verantwortlichen wurden bis heute nicht vor Gericht gestellt.

Ähnlich wie bei den Bauernorganisationen verlaufen auch die Prozesse bei den verschiedenen Landfrauenvereinigungen. So steht z.B. die ANAMUC (Nationale Assoziation der Landfrauen) der ANACH nahe. Der aus 100 Gruppen bestehende CODIMCA (Rat für die Integrale Entwicklung der Landfrauen) nimmt ähnlich wie die CNTC eine radikalere Linie ein. CODIMCA unterstützt u.a. lokale Bildungs- und Gesundheitsprojekte indianischer Frauen und fördert dazu natürliche Heilmethoden auf Pflanzenbasis. Die honduranischen Landfrauen führen auch eigenständige Landbesetzungen durch: Im August 1994 besetzten 115 Bäuerinnen ein knapp 60 Hektar großes Grundstück im Departement Copán.

Die Dachverbände

Mitte der 80er Jahre gewannen die mehrfach gespaltenen Organisationen die Erkenntnis, daß sie nur gemeinsam der sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Situation in Honduras etwas entgegen setzen könnten. Die ANACH, die CNTC, die FECORAH, die kleineren Bauernverbände und die Landfrauenvereinigungen schlossen sich im "Koordinationsrat der Bauernorganisationen" (COCOCH) zusammen, um gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen die neoliberale Agrarpolitik der Callejas-Regierung zu entwickeln. Dieses Bündnis zerbrach im Jahr 1992, als ein großer Teil der ANACH, die FECORAH und sechs kleinere Verbände den COCOCH verließen, um den "Nationalen Bauernrat" (CNC) zu gründen. Dieser wurde bald darauf von der Callejas-Regierung anerkannt. Diese Spaltung hat tiefere Ursachen als Korruption und Konflikte um

Führungsansprüche. Der landwirtschaftliche Modernisierungsprozeß, der mit der Agrarreform begann und seinen Höhepunkt unter Callejas erreichte, hat zu einer sozialen Differenzierung geführt, die auch in die Bauernorganisationen hineinreicht. Zu unterschiedlich sind die Interessen, Ziele und Aktionsformen von einerseits erfolgreichen Agrarreform- und Einzelbetrieben und andererseits landlosen Familien oder hochverschuldeten Kooperativen. Desweiteren hat das Scheitern revolutionärer Vorbilder vor allem bei den radikaleren Bauernorganisationen zu einer Verunsicherung über die Ziele und Mittel ihres Kampfes beigetragen.

Im Frühjahr 1994 ging von den Mitgliedsorganisationen beider Dachverbände wie auch die Jahre zuvor eine neue massive Landbesetzungswelle aus. Dabei gab sich die CNC etwas moderater, weil sie die neue liberale Regierung, die die beiden Dachverbände und auch den Großbauernverband FENAGH (Nationale Föderation der Landwirte und Viehzüchter von Honduras) zu Konzertierungsgesprächen einlud, nicht destabilisieren wollte. Wichtige Ergebnisse dieser Gespräche, an denen sich dann COCOCH und CNC beteiligten, waren die Abänderung des Agrarmodernisierungsgesetzes sowie die Einrichtung von "runden Tischen". An diesen sollten mit den verschiedenen Ministerien folgende Themen koordiniert werden: Ankurbelung der Grundnahrungsmittelproduktion, Dynamisierung des Landverteilungsprozesses und Reform der Agrarbehörde INA, Umweltschutzmaßnahmen sowie Programme zur Frauenförderung. Im November mahnte die CNC die Umsetzung der Beschlüsse an.

Die Agrarreformkooperativen

In den Jahren 1962 und 1974 beschloß der honduranische Staat zwei Agrarreformgesetze. Auf deren Grundlage erweiterte der Staat durch den Aufkauf von brachliegendem Land der Bananenkonzerne im Norden von Honduras sein Landeigentum. Davon wurden wiederum Parzellen an landlose Familien weiterverkauft, die sich dann in Kooperativen zusammenschlossen. Insgesamt wurden 311.631 ha (12% der gesamten Agrarfläche) an 64.473 Begünstigte (9% der BäuerInnen) umverteilt (CEDOH 1992: 21-22).

Im Jahr 1970 entstand die FECORAH (Föderation der Agrarreformkooperativen von Honduras), die mit 10.000 Mitgliedern heute

der größte Verband im Agrarreformsektor ist. Die Führung der FECORAH nahm lange Zeit eine regierungsfreundliche Position ein, um in den Genuß technischer und finanzieller Unterstützungen zu kommen.

Zu Beginn der 80er Jahren kam der Landverteilungsprozeß zum Erliegen. Im Schnitt hatte jeder Begünstigte 4,8 ha erhalten, die nach den honduranischen Bodenverhältnissen jedoch nur selten ausreichen, den Unterhalt einer Familie zu sichern. Die einzelnen Agrarreformkooperativen entwickelten sich seitdem sehr unterschiedlich. Nur die Betriebe, die kollektive und solidarische Ansätze zugunsten einer kapitalistischen Unternehmensführung aufgaben, konnten die unter Callejas erfolgte Agrarmodernisierung überstehen und daraus als Gewinner hervorgehen. Dies hatte einen Bruch mit den restlichen Kooperativen und Bauernverbänden zur Folge: Im Frühjahr 1994 wurden auch Landstücke wohlhabender Agrarformbetriebe besetzt.

Diejenigen Kooperativen, die aufgrund verschiedener Umstände überwiegend Grundnahrungsmittel für den internen Markt anbauen, können ohne staatliche Unterstützung, die unter Callejas immer stärker eingeschränkt wurde, nicht überleben. Nur die Kooperativen, die Palmöl oder Obst für den Export produzieren, verfügen über höhere Einnahmen und gewisse soziale Standards. Doch in der Bananenvermarktung sind sie von den US-Konzernen abhängig. Angesichts dieser Umstände ist es nicht verwunderlich, wenn viele Kooperativen aufgegeben haben. Dazu gehört auch der einstige Musterbetrieb "Guanchías" im Departement Yoro, dessen Genossenschaftler sich im September 1994 angesichts der wirtschaftlichen Krise zum Verkauf ihres Eigentums entschlossen. Die US-Bananenkonzerne können sich über diese Gelegenheit zum preiswerten Rückkauf ihres ehemaligen Land nur freuen.

Produktbezogene Assoziationen

Im Honduras gibt es vor allem für exportfähige Agrarprodukte Verbände, die häufig zweigeteilt sind: auf der einen Seite eine Organisation kleiner und mittlerer ProduzentInnen und auf der anderen ein Verband von Großbetrieben, Weiterverarbeitern und Exporteuren. Im folgenden soll als Beispiel eine bedeutende Organisation aus dem Kaffeesektor vorgestellt werden.

Die "Honduranische Vereinigung der KaffeeproduzentInnen" (AHPROCAFE) wurde im Jahr 1967 gegründet. Mitte der 80er Jahre entwickelte sie sich zum wichtigsten Interessenverband der kleinen und mittleren Familienbetriebe. Heute hat AHPROCAFE 70.000 Mitglieder, von denen 85% weniger als fünf Hektar Land besitzen. Viele Mitglieder haben sich auf lokaler Ebene in unabhängigen Vermarktungskoopertiven zusammengeschlossen. Neben der politischen Interessenvertretung verfügt AHPROCAFE über eine kleine Exportabteilung, die Transport- und Weiterverarbeitungsmittel bereitstellt, über eine Ladenkette, wo Mitglieder günstig Maschinen, Dünger und Saatgut neuer Kaffeesorten beziehen können, und über eine Stiftung für Projekte. Die Folgen des extrem niedrigen Weltmarktpreises zwischen 1989 und 1993 stellen eine besondere Herausforderung für AHPROCAFE dar. Staatliche Unterstützungsleistungen, die in vielen Demonstrationen und Verhandlungen mit dem staatlichen Kaffeeinstitut IHCAFE erkämpft wurden, blieben häufig in bürokratischen Mühlen hängen. Viele Kleinbetriebe überlebten diese Phase nur unter großen Mühen und protestieren jetzt, wenn der Staat mittels der Exportsteuer für Kaffee am gestiegenen Weltmarktpreis profitieren möchte. Über die Stiftung führt AHPROCAFE Hausbau- und Gesundheitsprogramme, Alphabetisierungsmaßnahmen, Schulungen sowie Frauenprojekte durch. So wurden z.B. 36 Frauengruppen Rösttonnen, Verpackungsmaterialien und eine Anfangsfinanzierung zur Verfügung gestellt, um Kaffee selbständig zu verarbeiten und regional zu vermarkten. Ziel ist eine stärkere ökonomische Unabhängigkeit der Frauen, auch von ihren bei AHPROCAFE organisierten Männern.

Die ethnischen Organisationen

Rund 12% der honduranischen Bevölkerung - insgesamt 370.000 Menschen - ist indianischer oder afrokaribischer Herkunft. Die Lenkas, Misquitos, Xicaques, Chortis, Pech und Tawahkas und Garifunas gehören zu den ärmsten und marginalisiertesten Sektoren in der Landbevölkerung. Bei diesen hatte die im Sommer 1994 begonnene Hungersnot die schlimmsten Auswirkungen. Bis heute kämpfen die ethnischen Gruppen um den Erhalt oder die Rückgabe ihres Landes, um politische Selbstbestimmung, um die Anerkennung ihrer Gebräuche und Sprachen sowie gegen Repression und

Verfolgung. Außer den Chortis verfügen alle ethnischen Gruppen über Selbstorganisationen, die sich Anfang der 90er Jahre in der "Konföderation der Autochthonen Völker von Honduras" (CONPAH) zusammengeschlossen haben.

Im Juli 1994 besetzten über 3.000 Angehörige der ethnischen Gruppen fünf Tage lang das Zentrum von Tegucigalpa. Sie forderten u.a. die Einrichtung eines eigenen Landkreises für die Lencas, die Befriedigung von Landforderungen bei den Garifunas, die Bestrafung der Mörder von Xicaque-Anführern sowie ein allgemeines Holzschlagverbot in ihren Gemeinden. Zum ersten Mal sprachen indianische Vertreter im Parlament. Präsident Reina sagte zu, die meisten Forderungen zu erfüllen, und außerdem wurden gemeinsame Kommissionen eingerichtet.

Im folgenden sollen exemplarisch die Xicaques aus den Departament Yoro und ihre Organisation vorgestellt werden. Mit 18.000 Angehörigen sind die Xicaques die viertgrößte ethnische Gruppe. Im Jahr 1985 schlossen sich die 24 Teilgruppen der Xicaque zur "Föderation der Xicaque-Stämme von Yoro" (FETRIXY) zusammen, v.a. für den Kampf um das Gemeinschaftsland. Davon haben sich mestizische Großgrundbesitzer den größten Teil angeeignet. Um wieder in den Besitz ihres häufig extensiv genutzten Landes zu gelangen, verlangt das Agrarmodernisierungsgesetz einen Nutzungsplan. Diese Vorschrift nutzte bislang nur einigen Forst- und Agraringenieuren, die von der Agrarbehörde INA mit der Planerstellung beauftragt wurden. Eine von FETRIXY geforderte Vermessung des gesamten Gemeinschaftslandes wird vom INA weitgehend ignoriert. Bislang wurde keiner der Großgrundbesitzer, die über gute Freunde in der Armee verfügen, zur Räumung aufgefordert. Daher hat FETRIXY im Frühjahr 1994 erklärt, daß neben den Großgrundbesitzern auch das INA zu seinen Feinden zählt. Doch auch zu den Bauernverbänden ist das Verhältnis problematisch. So nimmt z.B. AHPROCAFE die Xicaques als KleinproduzentInnen von Kaffee kaum wahr. Seitens der mestizischen Bauernverbände bestehen große Schwierigkeiten oder auch zu viel Bequemlichkeit, sich auf die besondere Produktionsweise und Organisationsformen der ethnischen Gruppen einzulassen und sie als gleichberechtigte Partner zu akzeptieren. Stattdessen werden lieber assistenzialistische Programme aufgestellt oder in rassistischer Manier die Korruption und mangelnde Repräsentativität in den india-

nischen Organisationen angeklagt, ohne zu erkennen, daß es diese Probleme genauso in den eigenen Reihen gibt.

Zusammenfassung

In diesem Kapitel konnten nur ein paar der unzähligen Organisationen der honduranischen Landbevölkerung vorgestellt werden.

Die Stärke der Bauernorganisationen wird durch die vielen Spaltungen beeinträchtigt. Jedoch liegen die Unterschiede weniger in den Aktionsformen oder im Umgang mit der Regierung. Alle haben die Auswirkung der neoliberalen Agrarmodernisierung erfahren. Die Verelendung der Landbevölkerung erschwert deren Organisation, obwohl ein gemeinsames Vorgehen mehr denn je von Nöten ist. Die Hauptursache für Verelendung und Hungersnot ist weiterhin der Landmangel vieler Familien. Am meisten an den Rand gedrängt sind die ethnischen Gruppen, denen nur geringe Aufmerksamkeit seitens des Staates oder der Bauernorganisationen zu Teil wird.

AHPROCAFE ist aufgrund seiner besonderen Orientierung auf die KaffeeproduzentInnen weniger von diesen Problemen betroffen. Es ist zu wünschen, daß AHPROCAFE mit seiner Arbeit auch stärker die indianischen Kaffeebauern erreicht.

Die Agrarreform begünstigte nur einen kleinen Teil der Bauernschaft. Viele Kooperativen haben die neoliberale Agrarmodernisierung nicht überlebt. Nur diejenigen Agrarreformbetriebe, die sich gänzlich einer kapitalistischen Unternehmensführung unterwarfen, sind heute ökonomisch erfolgreich. Mit den Kämpfen der Bauernorganisationen haben diese jedoch nur noch wenig gemeinsam. Die Agrarreform hat also nicht zu der erhofften politischen und ökonomischen Stärkung der honduranischen Kleinbauern geführt. Die Widersprüche und Resultate des über 30 Jahre alten Prozesses in Honduras können als anschauliches Beispiel für mögliche Entwicklungen der noch jungen Agrarreformen in den Nachbarländern dienen.

Abkürzungen

AHROCAFE	Asociación Hondureña de Productores de Café (Honduranische Vereinigung der KaffeeproduzentInnen)
ANACH	Asociación Nacional de Campesinos Hondureños (Nationale Assoziation der honduran. BäuerInnen)
ANAMUC	Asociación Nacional de Mujeres Campesinas (Nationale Assoziation der Landfrauen)
CNC	Consejo Nacional Campesino (Nationaler BäuerInnenrat)
CNTC	Central Nacional de Trabajadores del Campo (Nationale Zentrale der LandarbeiterInnen)
COCOCH	Consejo Coordinador de Organizaciones Campesinas de Honduras (Koordinationsrat der BäuerInnenorganisationen von Honduras)
CODIMCA	Consejo para el Desarrollo Integral de la Mujer Campesina (Rat für die Integrale Entwicklung der Landfrauen)
CONPAH	Confederación de los Pueblos Autóctonos de Honduras (Konföderation der Autochthonen Völker von Honduras)
FECORAH	Federación de Cooperativas de la Reforma Agraria de Honduras (Föderation der Agrarreformkooperativen von Honduras)
FENAGH	Federación Nacional de Agricultores y Ganadero de Honduras (Nationale Föderation der Landwirte und Viehzüchter von Honduras)
FETRIX	Federación de los Tribus Xicaques de Yoro (Föderation der Xicaque-Stämme von Yoro)
IHCAFE	Instituto Hondureño de Café (Honduranisches Kaffeeinstitut)
INA	Instituto Nacional Agrario (Nationale Agrarinstitut)

Quellen/Literatur

Baumeister, Eduardo 1994: Estructuras agrarias y pequenos productores: balances y perspectivas, in: Tangermann, Valdes: Alternativas campesinas. Nicaragua

CAHDEA (Consejo Asesor Hondureño para el Desarrollo de las Etnias Autóctonas) 1988: Pueblos Etnicos de Honduras, Tegucigalpa, CAHDEA

Carney, Padre Guadalupe 1994: Honduras: Memoiren eines Priesters (mit aktuellem Nachwort), Hamburg, Theorie und Praxis Verlag

CEDOH (Centro de Documentación de Honduras) (Hg.)

1992a: Consideraciones Generales sobre el Ajuste Estructural en Honduras, (CEDOH Especial No.60, November 1992). Tegucigalpa

1992b: Honduras: El Ajuste Estructural y la Reforma Agraria, Tegucigalpa

1994a: CEDOH Boletín Informativo (No.153 bis 163), Tegucigalpa

1994b: El Movimiento Campesino: Situación Actual, (CEDOH Especial No.68, Juli 1994), Tegucigalpa

Höllmann, Gerrit

1993: Kaffeewirtschaft in Honduras und Oaxaca, Perspektiven für die indianischen Gemeinschaften (Magisterarbeit), Hamburg

(1994 Ergebnisse einer Forschung bei den Xicaque, unv.)

Honduras Komitee Hamburg u.a. (Hg) 1986: Landbesetzungen in Honduras, Hamburg

Kückelhaus, Adelheid 1987: Agrarkonflikte und Agrarreform in Honduras, Aachen, Rader-Verlag

Morazán, Pedro 1992: Ursachen für das Anwachsen der Armut in Honduras, Münster, LIT-Verlag

Frieden und doch kein Ende des Krieges

Landfrage und Landbewegungen in El Salvador

Es ist ein alter Hut, daß die ungerechte Landverteilung in El Salvador eine der zentralen Ursachen des zwölfjährigen Bürgerkrieges war. Schon der Aufstand 1932, bei dem wohl 30.000 Bäuerinnen und Bauern niedergemetzelt wurden, war von der Landnot der armen BäuerInnen hervorgerufen worden. Auch am Ende der 70er Jahre waren es gerade die Bäuerinnen und Bauern, die aus der Guerrilla eine Volksbewegung machten. Doch ist die Landfrage in El Salvador durch das Friedensabkommen und die nachfolgenden Landtransferprogramme keineswegs gelöst worden. Vielmehr blockiert das weiter existierende Strukturproblem der extrem ungleichen Landverteilung sowohl den Prozeß einer realen Befriedung als auch den einer möglichen ländlichen Entwicklung.

Nach offiziellen Angaben hat El Salvador derzeit 5,5 Mio. Einwohner. Nach Schätzungen werden es im Jahre 2000 etwa 6,4 Mio. und im Jahre 2025 etwa 9,7 Mio. sein. Rund 44% der Bevölkerung ist unter fünfzehn Jahre alt. Etwa 53% der Bevölkerung lebt derzeit auf dem Land. Bis zum Jahr 2000 soll dieser Anteil auf genau die Hälfte zurückgehen. In absoluter Armut leben nach UNDP-Angaben 51% der Gesamtbevölkerung (20% der städtischen und 75% der ländlichen Bevölkerung). Der enorme Unterschied zwischen Stadt und Land fällt auch beim Zugang zu Trinkwasser auf: 85% der städtischen, aber nur 19% der ländlichen Haushalte verfügen darüber (Gesamtdurchschnitt: 47%). Nach offiziellen Angaben liegt die Analphabetenquote bei 27%.

Das BSP pro Kopf hat in den 90er Jahren leicht zugenommen und lag 1992 bei 1.170 US-\$. Nach Kriegsende haben sowohl Exporte wie Importe stark zugenommen, sodaß die Leistungsbilanz

1992 weiterhin defizitär blieb. Die Auslandsverschuldung liegt bei 2,1 Mill. US-\$. Der Schuldendienst fraß in den Jahren 1990-92 zwischen 13 und 17% der Exporterlöse. Nach den negativen oder stagnierenden Wachstumsraten in den 80er Jahren kann die salvadorianische Wirtschaft am Anfang der 90er wieder positive Wachstumszahlen zwischen 3 und 4% schreiben.

Insgesamt ist El Salvador nach dem Human Development Index des UNDP mittelamerikanischen Vergleich abgerutscht. Stand es dort 1992 noch vor Nicaragua, Guatemala und Honduras, so hatten 1994 die ersten beiden El Salvador bereits überholt. Der Krieg hat seine Spuren hinterlassen, und der Nachkriegsaufschwung läßt noch auf sich warten.

Was hat sich durch den Friedensprozeß im Blick auf die Landfrage tatsächlich geändert? Um dieser Frage nachzugehen, ist es notwendig, in einem kurzen Rückblick auf den status quo vor dem Friedensschluß einzugehen, bevor wir dann das Agrarkapitel des Friedensvertrags und seine Folgen näher beleuchten.

Die Landfrage in den 80er Jahren

Die Agrarreform von 1980 sah ursprünglich drei Phasen vor: erstens die Enteignung der Ländereien, die über einen vorläufig auf 500 ha festgesetzten individuellen Maximalbesitz hinausgingen. Zweitens sollten in einer zweiten Phase auch alle Ländereien, die über den Individualbesitz von 100 ha (bzw. 150 bei schlechteren Böden) hinausgingen, enteignet werden. Und drittens bekamen alle KleinpächterInnen das Recht, das von ihnen bearbeitete Land mit staatlicher Unterstützung zu kaufen.

Durch die erste Phase kamen immerhin 322 Kooperativen mit über 47.000 Mitgliedern zu insgesamt 207.868 ha Land, durch die dritte Phase wurden knapp 47.000 PächterInnen zu BesitzerInnen von insgesamt 69.231 ha Land. Insgesamt umfaßte die Agrarreform damit 18% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche und statete immerhin 22% der salvadorianischen Bauernschaft mit mehr oder weniger Land aus.

Die Probleme dieser Agrarreform waren vielfältig: erstens wurde die zweite Phase gar nicht erst durchgeführt, sondern durch eine Verfassungsmodifikation 1983 gebremst, nach der das Maximum für individuellen Landbesitz auf 245 ha hochgeschraubt wur-

de und die Besitzer größerer Flächen zusätzlich die Möglichkeit bekamen, in den drei darauffolgenden Jahren das Land in der Familie aufzuteilen oder zu verkaufen. Die VerliererInnen dieser Verfassungsänderung waren die Landlosen, die sich in den siebziger Jahren auf 220.000 Familien verdoppelt hatten. Die Verteilung des Landes war auch nach der Agrarreform ein einziges Kontrastbild. Während 1,5% der Landbesitzer über mehr als ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügten, besaßen die KleinstbäuerInnen, immerhin über 40% der Landbevölkerung, zusammen gerade 9% des Landes. Dazu kamen die Landlosen, die ebenfalls über 40% der Landbevölkerung ausmachten. Verliererinnen der Agrarreform waren auch die Frauen. Das Recht auf Land hatten sie bestenfalls dann, wenn sie keinen Mann mehr hatten. So kommt es, daß in der ersten Phase der Agrarreform 40.000 Männer, aber nur 7.000 Frauen zu Land kamen.

Nicht zuletzt lag das Problem der Agrarreform in ihrer Natur als Aufstandsbekämpfungsmaßnahme. Sie sollte nicht vorrangig der Entwicklung dienen, sondern unterlag einer strategischen Zielsetzung nach dem Motto: Wir geben euch Land und ihr gebt Ruhe. Durch diese einseitige Ausrichtung auf Landübereignung wurden von vorneherein die notwendigen flankierenden Politiken zur Ausbildung der Kooperativen, zur Finanzierung und zur Vermarktung ihrer Produkte sträflich vernachlässigt.

Schließlich gehört zum Hintergrund des Friedensabkommens auch, daß während des Krieges mehrere Tausend Hektar Land, insbesondere innerhalb der konfliktiven Zonen, besetzt worden war. Während der Friedensverhandlungen kamen dann noch 49 Landbesetzungen hinzu, die unter der Bezeichnung "Abkommen vom 3.Juli 1991" in den Text des Friedensvertrags aufgenommen wurden.

Die Landfrage nach dem Friedensabkommen: xy ungelöst

Aus dem Agrarkapitel des Friedensabkommens gingen drei Landübertragungsprogramme hervor: erstens der PTT, dessen Zielgruppen die Ex-Soldaten, die Ex-Guerrilleros und die LandbesetzerInnen in den ex-konfliktiven Gebieten sind. Zweitens das Abkommen 3.Juli und drittens die *excedentes* (Überschußländereien), die über den in der Verfassung festgelegten individuellen Maximal-

besitz von 245 ha hinausgehen. Bei diesen drei Programmen sind die Verhandlungsakteure nicht immer die gleichen: beim PTT verhandeln die OCTA für die Regierung mit der Agrarabteilung der FMLN. Beim 3.Juli und den *excedentes* verhandeln die staatliche Agrarreformbehörde ISTA mit dem Zusammenschluß der Landbewegungen ADC. Als überwachende Institutionen stehen die CEA-COPAZ, die spezielle Agrarkommission des nationalen Kontrollgremiums zur Einhaltung der Friedensverträge, und die UNO-Beobachterdelegation ONUSAL im Hintergrund.

Der PTT ist auf Initiative der UNO im Oktober 1992 in Gang gesetzt worden. Das Landtransferprogramm sollte ursprünglich etwa 140.000 ha Land an insgesamt 47.500 Ex-KämpferInnen der FMLN und der Streitkräfte sowie LandbesetzerInnen in den ex-konfliktiven Zonen vermitteln. Nach Angaben der CEA-COPAZ war der Umfang des PTT bis Ende Januar 1995 erheblich geschrumpft: nun sollen gerade noch etwa 35.000 Personen mit insgesamt weniger als 100.000 ha Land ausgestattet werden. Funktionsprinzip des PTT ist, daß die staatliche "Landbank" (Banco de Tierras) mit Mitteln von US-AID und EU Land auf dem "freien Markt" kauft und an die Bäuerinnen und Bauern mit langfristigen Krediten und zu relativ günstigen Zinsen weiterverkauft. Bis Mai 1994 waren es vorwiegend die beiden ehemaligen Konfliktparteien, die verkaufswillige Eigentümer aufspürten und mit den kaufwilligen BäuerInnengruppen in Kontakt brachten. Während die FMLN ihren Gruppen dabei eher zu kollektiven Landkäufen riet, setzte die Regierung auf Individualbesitz. Seit Mai wurden an 16.000 Bäuerinnen und Bauern Zertifikate verteilt, die sie als im PTT Registrierte ausweisen und sie dazu anregen sollen, selbst verkaufswillige Eigentümer zu suchen. Damit hat aber ein enormer Wettlauf um das Land in den ehemals konfliktiven Gebieten eingesetzt. Vor allem in den Gebieten Chalatango, Morazan und Usulután gibt es weitaus mehr Nachfrage als Angebot. Die Preise schnellen nach oben, und die Bauern und Bäuerinnen, deren Landkaufskredit maximal 30.000 Colones (ca. 6.000 DM) beträgt, haben das Nachsehen. Auch ist durch die Zertifikatsregelung die eigentlich beabsichtigte zügigere Durchführung des PTT bisher noch nicht absehbar. Der PTT ist nämlich beträchtlich im Verzug. Statt, wie vorgesehen, zum Juli 1994 abgeschlossen zu sein, war er bis Ende Januar 1995 gerade zu 36,7% erfüllt. Doch ist das langsame Vorankommen des PTT nicht das einzige Problem,

das Ex-Soldaten wie Ex-Guerrilleros auf die Barrikaden bringt. Sein eigentliches Problem ist, ähnlich schon wie bei der Agrarreform, sein Charakter als Pazifizierungsprogramm, das die Lösung der Landfrage an sich gar nicht erst beabsichtigt. Sein zentrales Ziel besteht darin, den ehemaligen Kriegsprofis den Einstieg in das zivile Leben zu ermöglichen und damit das unmittelbarste Konfliktpotential abzuwickeln. Der PTT ist wiederum ein reines Landübereignungsprogramm, zu dem lediglich zu Beginn Kredite für Hütte und Aussaat dazukommen. Nach den schlechten Erfahrungen mit der Agrarreform, bei der die Aspekte Ausbildung und langfristige Begleitung durch Kredit-, Produktions- und Vermarktungsförderung ausgespart wurden, wäre nun eigentlich ein integrierter Ansatz dran gewesen.

Die Bäuerinnen werden beim PTT wieder diskriminiert. Das macht die Frauenorganisation "Mujeres por la Dignidad y la Vida" in einer Studie deutlich, die auf mehreren lokalen Untersuchungen basiert.

Nicht zuletzt beschwört der PTT schon jetzt einen neuen Konflikt um die Agrarschuld herauf. Die BäuerInnen werden die Kredite für Landkauf, Hütte und Produktion mit Sicherheit nicht zurückzahlen können. Sie werden froh sein, wenn sie aus dem bißchen Land ihren Lebensunterhalt erwirtschaften können.

Das 3.Juli-Abkommen konnte im Juli 1994 zum Abschluß gebracht werden. Von den ursprünglich 49 Landbesetzungen gingen die meisten in den PTT über, so daß die ADC nur noch die Legalisierung von 17 Landbesetzungen mit dem ISTA zu verhandeln hatte. Ganz ähnlich wie beim PTT hatten die LandbesetzerInnen nur das Recht, vom Staat gekauftes Land zu erwerben. Hatte der ursprüngliche Eigentümer Interesse, das Flurstück zu verkaufen, konnten die BäuerInnenfamilien bleiben. Wenn nicht, wurden sie umgesiedelt. Letztlich wurden die 1.577 erwachsenen NutznießerInnen des 3.Juli auf elf *haciendas* mit ungefähr 1.700 ha Land angesiedelt. Bleiben pro Familie etwa zwei Hektar, was zwar nicht genug für eine anständige Ernährung ist, aber doch zuviel, um jemals bezahlt werden zu können. Aber das besorgt die Leute nicht sonderlich. Sie werden zahlen, was sie können, und anschließend um den Erlaß der Agrarschuld kämpfen.

Das dritte Landtransferprogramm des Friedensvertrags, die Überschußländereien, gilt als der vergessene Paragraph im Agrarkapitel. Zwar sollen etwa 9.000 ha *excedentes* in den PTT überge-

hen. Aber den neueren Besitzregisteruntersuchungen zufolge existiert weitaus mehr Überschußland. Viele Großgrundbesitzer fühlten sich ihrer Ländereien anscheinend so sicher, daß sie ihre überschüssigen Flächen nicht in der in der Verfassung festgelegten Frist bis Ende 1986 veräußerten. Die ADC hat Anfang Oktober zusammen mit FIAN, der internationalen Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren, eine Liste von 361 *excedentes*-Besitzern publiziert. Nach dieser Liste sind es mehr als 97.000 ha Land, das schon seit Jahren hätte enteignet werden müssen. Immerhin wurde und wird dadurch vermutlich über 20.000 landlosen Familien der Zugang zu Land verwehrt und damit ihr Menschenrecht sich zu ernähren, systematisch verletzt. Seit Unterzeichnung des Friedensabkommens wurden mehrere *excedentes* besetzt. In mindestens sieben Fällen hat eine trilaterale Kommission aus ADC, ISTA und ONUSAL bereits festgestellt, daß Überschußland vorliegt. Nichtsdestotrotz weigert sich der Präsident des ISTA standhaft, das Dokument zu unterzeichnen.

Die Landbewegungen: Von der sozialen Basis der Revolution zur pragmatischen Interessenvertretung

Die Landbewegungen bildeten vor dem Krieg und währenddessen einen bedeutenden Teil der sozialen Basis der Revolution. Die enge Zusammenarbeit zwischen Volksbewegungen und FMLN löst sich seit dem Waffenstillstand nicht nur im Landsektor mehr und mehr auf. Die Interessenlage von Landlosen-, KleinbäuerInnen-, Kooperativenbewegung und Partei FMLN differenziert sich aus. Die Landbewegungen übernehmen immer mehr die Funktion von pragmatischen und relativ selbständig agierenden Interessenverbänden. Eine allmähliche Autonomisierung der Landbewegungen gegenüber der FMLN ist die Folge.

Die Kooperativen der ersten Phase der Agrarreform von 1980 unterstanden anfangs der christdemokratischen Kontrolle. Jedoch ließen die drückende Agrarschuld und das Fehlen von Ausbildungs-, Kredit- und Vermarktungs-Förderprogrammen die *cooperativistas* mit der Zeit in die Opposition wechseln. Der Großteil der organisierten Kooperativen verstand sich nun als Teil der Volksbewegung und fungierte als soziale und auch ökonomisch bedeutende Basis der Revolution.

Die linken KleinbäuerInnen- und Landlosenbewegungen der 60er und 70er Jahre waren mit Kriegsausbruch weitgehend zerstört, bzw. in den Untergrund gegangen. Erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, als in der Präsidentschaft Napoleon Duarte's das politische Klima etwas günstiger wurde, machten die Landlosen und LandarbeiterInnen durch Landbesetzungen, Lohnkämpfe und ihre starke Beteiligung bei Demonstrationen wieder von sich reden. Den Zusammenschluß der Landbewegungen provozierte eine gemeinsame Bedrohung. Kaum hatte die ultrarechte ARENA-Partei 1989 die Regierung übernommen, startete sie bereits mit einem grundlegenden Privatisierungsprogramm, das im Agrarsektor neben den staatlichen Versorgungs- und Vermarktungsinstitutionen den gesamten Kooperativensektor ins Visier nahm. Gegen einen solchen Generalangriff auf die Kooperativen gründeten die Landbewegungen die ADC als Zusammenschluß von 23 Kooperativen-, KleinbäuerInnen- und Landlosenorganisationen. Damit bekam das für die Privatisierung der Kooperativen beauftragte Agrarreforminstitut ISTA zwar starken Gegenwind, konnte aber trotzdem beachtliche Erfolge verbuchen: bis Mitte 1994 hatte immerhin die Hälfte der Kooperativen der Agrarreform die teilweise oder vollständige Parzellierung ihrer Flächen bereits akzeptiert. Ihre Anerkennung als repräsentative Instanz der salvadorianischen Landbewegungen erreichte die ADC allerdings auf anderem Terrain: beim Kampf ums Land. Um bei den Friedensverhandlungen dem Landthema einen höheren Stellenwert zu erkämpfen, führten die Mitgliedsorganisationen der ADC in der ersten Hälfte des Jahres 1991 eine Welle von 49 Landbesetzungen durch. Damit erreichten sie, daß die Regierung ihnen im schon erwähnten Abkommen vom 3. Juli 1991 einen Kompromiß anbot, nach dem diese sich zur Respektierung der Besetzungen verpflichtete, wenn die ADC ihrerseits kein weiteres Land mehr zu besetzen verspräche. Allerdings wurde während der Friedensverhandlungen auch deutlich, daß der Friedensvertrag keine Lösung der Landfrage als solche beinhalten würde. Dafür war jedoch nicht nur der Widerstand von ARENA zu stark, dafür war auch das Engagement der Befreiungsbewegung für den sozial-ökonomischen Teil des Friedensabkommens zu gering, wie heute Mitglieder der FMLN-Verhandlungskommission durchaus eingestehen. Durch ihre Spezialisierung auf militärisch-politische Angelegenheiten - und in diesen Teilen des Friedensabkommens konnte

die FMLN zweifellos große Erfolge verzeichnen - vernachlässigte die Guerrilla andere wichtige Themen wie die Landfrage, obwohl diese historisch betrachtet zu den Hauptgründen des Aufstandes gehörte. Diese Nachlässigkeit war eines der ersten deutlichen Zeichen für den Ausdifferenzierungsprozeß der Interessenlagen von Befreiungsbewegung bzw. Partei einerseits und Volksbewegung bzw. Landbewegungen andererseits schon vor der Unterzeichnung der Friedensverträge.

Diese Entwicklung läßt sich für die Zeit nach dem Friedensschluß am Beispiel der Umsetzung des oben schon analysierten Agrarkapitels weiter nachverfolgen. Es kristallisierte sich eine klare Arbeitsteilung heraus: die ADC kümmert sich um das 3.Juli-Abkommen und um die *excedentes*, die FMLN übernimmt den PTT. Was im ersten Moment ganz plausibel klingt, erwies sich in der Praxis als problematisch. Erstens ist die ADC keine formelle Partei des Friedensvertrags und hat damit bei den Verifizierungsinstanzen des Friedensabkommens CEA-COPAZ und ONUSAL einen wesentlich geringeren Einfluß als die FMLN. Im Fall des 3.Juli-Abkommens dauerte es allein eineinhalb Jahre, bis das ISTA in die genaue Registrierung der BesetzerInnen einwilligte. Es verging fast ein weiteres Jahr, bis es zur Legalisierung bzw. Umsiedlung kam. Das offensichtliche Desinteresse der FMLN half die Umsetzung des Abkommens zu verschleppen. Allerdings kann sich jetzt, nach dem Abschluß der Umsetzung, die ADC auch alleine des Erfolgs rühmen und auf ihre eigene Stärke verweisen. Doch schon im Fall der *excedentes* ist dies schwieriger. Auch hier ist der FMLN notorisches Desinteresse zu bescheinigen. Da die Enteignung aller *excedentes* nicht nur vom Friedensvertrag, sondern von der Verfassung und von der Sekundärgesetzgebung vorgeschrieben ist, könnte die FMLN auch im Parlament ihren Einfluß geltend machen. Zweitens ist die FMLN mit der Durchführung des PTT in einigen Punkten überfordert. Quantitativ betrachtet hatte und hat die FMLN ein enormes Arbeitspensum zu bewältigen, angefangen mit der Legalisierung und Umstrukturierung der Partei, der Vorbereitung auf die Wahlen 1994, über die inneren Streitigkeiten bis hin zur Umsetzung des gesamten Friedensabkommens, in dem der PTT nur ein kleiner Teil ist. Der FMLN blieb nicht viel Zeit, sich um die agrarischen Belange zu kümmern, und dies führte gerade in den ex-konfliktiven Gebieten und unter den ehemaligen KämpferInnen zu herben

Enttäuschungen. Qualitativ gesehen hat die Ex-Guerrilla einfach nicht viel Erfahrung mit dem Aufbau von kooperativer Produktion, Vermarktung und begleitenden Kredit- und Ausbildungsprogrammen. Über dieses Know-how verfügen vielmehr die ihr nahestehenden Kooperativen- und BäuerInnenorganisationen, die aber zur Durchführung des PTT kaum zu Rate gezogen wurden. Mit einer engeren Koordination und Kooperation zwischen ADC und FMLN hätten vermutlich beide Seiten bessere Ergebnisse erzielen können. Andererseits verbesserte sich dadurch die Autonomie der Landbewegungen gegenüber der FMLN, was sicher kein Fehler ist. Denn dadurch ist kurzfristig die Gefahr einzudämmen, daß die Spaltung der FMLN auch die Landbewegungen auseinanderreißt, und langfristig ein Ende jener Periode abzusehen, in der die soziale Basis auf die Weisungen und Genehmigungen der Partei zu warten hatte.

Auch innerhalb der Landbewegungen ist ein Ausdifferenzieren der Interessenlage erkennbar. Die Kooperativen haben andere Sorgen als die Landlosen. Dies war zwar auch zu Kriegszeiten schon so, aber in den Jahren nach dem Friedensschluß hat insbesondere die Bereitschaft der Kooperativenorganisationen zur Solidarität im Kampf um Land für die Landlosen merklich nachgelassen. Dafür konzentrieren sie sich stärker auf die eigenen Probleme der Produktion, Vermarktung, Finanzierung und Rentabilität.

Auf der Ebene der Organisationen hat sich diese Differenzierung so niedergeschlagen, daß die ADC sich vorrangig mit Landbesitzfragen und der politischen Vertretung der Landbewegungen gegenüber der Regierung beschäftigt. Um die Kooperativen-Angelegenheiten kümmern sich vor allem die beiden Konföderationen CONFRAS und COACES, obwohl deren agrarische Mitgliedsorganisationen ebenfalls Mitglieder der ADC sind. Daß diese Arbeitsteilung sich zu Lasten der Landlosen auswirkt, ist keine unbegründete Befürchtung. Zwar stellen sie etwa 200.000 Familien (40% der Landbevölkerung), aber nur etwa 15% sind organisiert. Hinzu kommt, daß ihre Sanktionsfähigkeit wie bei den Arbeitslosen sehr gering ist. Lediglich saisonal können sie die Zucker- oder Kaffeearnte durch Streik schädigen, aber gerade hier sitzen die Grundbesitzer angesichts der informellen Arbeitsverhältnisse und des Reserveheers von Arbeitsuchenden normalerweise am längeren Hebel. Als Mittel bleiben den Landlosen im wesentlichen das Besetzen von Land oder öffentliche Protestaktionen. Letzteres ver-

ursacht, wenn eine Demonstration eine halbwegs beeindruckende Veranstaltung sein soll, eine ganze Menge Transportkosten und hat im allgemeinen einen geringen Wirkungsgrad. Überhaupt scheint die Zeit für Massenmobilisierungen in El Salvador vorbei zu sein. Landbesetzungen hingegen sind zwar politisch wirksam, aber auch für die BesetzerInnen selbst extrem aufreibend. Diese Aktionsform ist nur sehr beschränkt einsetzbar, da eine hohe Wahrscheinlichkeit bestehen sollte, daß das zu besetzende Landstück auch in den Besitz der Landlosen kommt. Landbesetzungen durchzuführen, um eine bestimmte politische Konjunktur zu nutzen, kann auch zur Instrumentalisierung der Leute durch die Organisationen führen, wenn hinterher durchsickert, daß die Erfolgchancen sehr gering waren. Denn die Folgen der Vertreibungen wie Verletzungen und Haftstrafen tragen noch immer die BesetzerInnen selbst.

Insgesamt ist erkennbar, daß die Landbewegungen durch den Ausdifferenzierungs- und Autonomisierungsprozeß mehr und mehr als pragmatische Interessenverbände agieren. Sie sind nicht mehr in erster Linie Teil der großen revolutionären Bewegung. Es geht realiter nicht mehr um die große Alternative, die radikale Befreiung. Der Anspruch ist weitaus bescheidener geworden. Es geht darum, unter weiterhin sehr ungünstigen Rahmenbedingungen das Mögliche für die eigene Basis zu erreichen. Wenn von Alternativen die Rede ist, so sind damit meist die Möglichkeiten für eine Vermarktung und Kreditfinanzierung in eigener Regie gemeint und nicht etwa Modelle außerhalb der kapitalistischen Grundstruktur. Schwierig wird es allerdings mit dem Pragmatismus, wenn die Landlosenbewegungen die heilige Kuh der Marktwirtschaft, das Privateigentum, schlachten müssen, um wenigstens das Überleben ihrer Basis zu sichern. Agrarreformen und erst recht Landbesetzungen zählen im Zeitalter der Strukturanpassung zu den schlimmsten Verstößen gegen das neoliberale Dogma. Das Recht auf Land hat ausschließlich, wer das Geld hat, es zu kaufen. Dieses Land-Credo des Marktes zu brechen, wird die fundamentale Herausforderung für die salvadorianischen Landbewegungen sein. Wenn die Bäuerinnen und Bauern das Land, das sie durch den PTT oder das 3.Juli-Abkommen erhalten haben, nicht wieder wegen Überschuldung verlieren wollen, werden sie sich wehren müssen.

Noch zentraler ist in diesem Sinne der Kampf um die *excedentes*. Wenn es nicht möglich ist, ein Agrarreformprogramm

durchzuführen, das sich auf Verfassungsartikel, Sekundärgesetzgebung, Friedensvertrag und Menschenrechte stützen kann, dann ist überhaupt keine Agrarreform mehr möglich. Solange aber vier von fünf salvadorianischen Bäuerinnen und Bauern zuwenig oder gar kein Land haben, ist jedes Programm zur ländlichen Entwicklung zwecklos, wenn es nicht eine erneute Landverteilung beinhaltet, die zumindest den Umfang der zweiten Phase der Agrarreform von 1980 erreicht. Für die extrem Armen, die je nach Studie zwischen 55 und 80% der Landbevölkerung stellen, schmeckt der Frieden nicht so viel anders als der Krieg. Im Alltag bedeutet der Frieden in erster Linie die altbekannte und heute demokratisch legitimierte Unterernährung. Die Landbewegungen stehen hier vor einer immensen Aufgabe. Die alte und neue Regierungspartei ARENA wird weiterhin allen Bestrebungen für eine gerechtere Landverteilung ihren entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Aber es gibt keine Alternative: wenn nach zwölf Jahren Krieg noch keine Lösung der Landfrage möglich war, dann geht eben der Kampf weiter, um endlich den Frieden aufs Land zu bringen.

Quellen

Human Development Report 1992 u. 1994
Lateinamerika-Jahrbuch 1994

Abkürzungen

ADC	Alianza Democrática Campesina (Demokratische BäuerInnenvereinigung)
ARENA	Alianza Republicana Nacionalista (Nationalistische Republikanische Allianz)
CEA-COPAZ	Comisión Agropecuaria de la Comisión por la Paz (Agrarkommission der Friedenskommision)
COACES	Confederación de Asociaciones Cooperativas de El Salvador (Föderation der vereinigten Kooperativen El Salvadors)
CONFRAS	Confederación de las Cooperativas de la Reforma Agraria Salvadoreña (Föderation der Kooperativen der salvadorianischen Agrarreform)
FIAN	Food First Information and Action Network (Internationale Organisation für das Menschenrecht sich zu ernähren)
FMLN	Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (Nationale Befreiungsfront)
ISTA	Instituto Salvadoreño de Transformación Agraria (Salvadorianisches Institut der Agrartransformation)
OCTA	Oficina Coordinadora del Tema Agrario (Koordinationsbüro für Agrarfragen)
PTT	Programa de Transferencia de Tierras (Programm für Landüberschreibungen)
UNDP	United Nations Development Program (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)

40 Jahre ohne Landreform

Land in Guatemala: Fakten der Ungleichheit

Guatemala ist ein Agrarstaat, der geprägt ist durch eine extrem ungerechte Landverteilung. Mehr als die Hälfte der guatemaltekischen Bevölkerung (insgesamt ca. 9,75 Mio. Menschen) ist in der Landwirtschaft beschäftigt, aber nur ca. 2% der Bevölkerung - die traditionelle Agraroligarchie - kontrollieren 65% der Böden, wovon sie wiederum gut 60% brachliegen lassen. Es gibt eine verhältnismäßig kleine Schicht von BäuerInnen, die zwischen 7 und 45 ha Land zur Verfügung haben, wodurch sie normalerweise ein akzeptables Auskommen erwirtschaften können. 88% der guatemaltekischen Bevölkerung haben 7 ha oder weniger bzw. gar kein Land zur Bewirtschaftung. Diese Bevölkerungsmehrheit verfügt über nur 16% der Böden.

Die erste und einzige Agrarreform in Guatemala wurde 1952 durch den zweiten demokratisch gewählten Präsidenten Jacobo Arbenz veranlaßt. Diese Agrarreform führte bereits 1954 zu dem durch die USA geförderten Einmarsch eines Söldnerheeres, das den Putsch des Militärobersten Castillo Armas unterstützte. Dieser machte die Agrarreform sofort rückgängig, zerschlug Gewerkschafts- und *campesino/a*-Organisationen brutal und leitete eine über 30jährige Phase von Militärregierungen und -repression ein. Seitdem wurde das Thema Landreform zu einem lebensgefährlichen Tabu-Thema in Guatemala.

Zwar wurde in der Zeit von 1954 bis zum Anfang der 80er Jahre Land verteilt - insgesamt 664.000 ha, die aus Staatseigentum, infrastrukturell nicht erschlossenen Regionen und enteignetem Land indianischer Gemeinden stammten. Hiervon profitierten jedoch überwiegend Militärs und GroßgrundbesitzerInnen. Niemals

wurde brachliegendes Land der GroßgrundbesitzerInnen angetastet, obwohl eine Erhebung von 1979 nachweist, daß allein die 1.400 größten *fincas* zusammen zu diesem Zeitpunkt 1,2 Mio. ha brach liegen ließen. Indianischen Gemeinden wurden allerdings in der Zeit von 1954 bis 1979 insgesamt 3 Mio. ha Land geraubt.

Der Schwerpunkt der guatemaltekischen Produktion liegt im Agrarsektor. Wichtigste Exportgüter sind Kaffee, Zucker, Bananen, Kardamon und Baumwolle. Voraussetzung für die Produktion dieser Güter zu konkurrenzfähigen Preisen auf dem Weltmarkt sind die zur Verfügung stehenden billigen Arbeitskräfte, wie überall in Zentralamerika. Fallende Weltmarktpreise werden durch sinkende Reallöhne aufgefangen. Diese Ausbeutung trifft in Guatemala überwiegend die indianische Bevölkerungsmehrheit, ca. 65% der Gesamtbevölkerung sind Indígenas. Sie sind am schwersten von Landraub, Repression und Verfolgung betroffen. Die indianischen GuatemaltekinInnen sind gleich in mehrfacher Hinsicht diskriminiert und ausgebeutet: wirtschaftliche Ausbeutung, politische Unterdrückung und Ausgrenzung gehen einher mit rassistischer und - bei Frauen - sexistischer Diskriminierung.

Die Strukturen in der Agraroligarchie im Umbruch

Innerhalb des Spektrums der Oligarchie zeichnet sich in den letzten Jahren eine Umverteilung der Macht ab. Die traditionelle Vormachtstellung der zivilen Agraroligarchie geriet durch die Konkurrenz von zunehmend mehr Großgrundbesitzern aus den Reihen der Armee ins Wanken. Der Ausgangspunkt dieser Entwicklung lag zu Beginn der 80er Jahre, als im Zuge der "Politik der verbrannten Erde" und der Massaker gegen die indianischen Gemeinden und Kooperativen des Hochlandes Militärs an Einfluß gewannen. Viele Militärs nutzten die Gelegenheit und eigneten sich große Ländereien an. Seitdem heißt eine Zone im Norden der Provinzen Huehuetenango, El Quiché und Alta Verapaz "Land der Generäle". Diese Militäroligarchie wurde zu einer eigenständigen wirtschaftlichen Macht, sie gründete Banken, übernahm Funktionen in (Drogen)Handel und Politik. So legte sie die Grundlage für die heute zu verzeichnende umfassende Militarisierung der guatemaltekischen Gesellschaft, und dies trotz der formalen demokratisch-parlamentarischen Fassade des Staates.

Die zweite Herausforderung für die traditionelle Agraroligarchie stellen in jüngster Zeit einige einflußreiche Familien "neuer Reicher" dar, die statt auf Land als Kapitalgrundlage verstärkt auf Handel und Finanzwesen bzw. Spekulationen setzen und deren Ziel die Modernisierung Guatemalas ist: sie verfolgen eine neoliberalistische Wirtschaftspolitik, zu der die Privatisierung und der Ausbau der Industrieproduktion, v.a. der *maquila*-Industrie gehören. Sie gewinnen an Einfluß in Wirtschaft und Politik, oft im Bündnis mit Teilen des Militärs.

Die Produktion im Agrarsektor ging in den letzten Jahren zurück (v.a. Baumwolle und Zuckerrohr); die Industrieproduktion stellt jedoch noch keine Alternative zur Agrarproduktion dar. Heute wird im industriellen Sektor ca. 20% des Bruttosozialproduktes erwirtschaftet. Die Industrieproduktion verlagert sich immer mehr in Richtung *maquila*-Produktion, d.h. ausländische Investoren, überwiegend aus Korea, Japan und Taiwan, bauen in Guatemala Teilfertigungsfabriken auf, die von den billigen Arbeitskräften profitieren. Diese *maquila*-Fabriken sind berüchtigt für die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, denen vor allem sehr junge, indianische Frauen ausgesetzt sind. Die *maquila*-Unternehmer sind weitgehend befreit von Steuerzahlungen, erbringen keine Infrastrukturleistungen und bleiben meist nicht sehr lange an einem Standort. Es gibt keine Art von Ausbildung für die ArbeiterInnen, also fallen alle potentiellen Vorteile einer Industrialisierung für die guatemalteckischen Gesamtwirtschaft weg. Im Gegenteil, die Abhängigkeit von ausländischem Kapital wird verstärkt und langfristige Planungen werden verhindert.

Neue Geschäfte mit der Privatisierung

Die Wirtschaftspolitik des seit 1993 amtierenden Präsidenten Ramiro De León Carpio setzt auf die Privatisierung von staatlichen Dienstleistungsunternehmen, er plant so, die Sanierung des Staatshaushaltes voranzutreiben. Mit dieser Linie will er sich Unterstützung in der Fraktion der neoliberalen UnternehmerInnen sichern und Forderungen von IWF und Weltbank hinsichtlich der Reformierung der guatemalteckischen Steuer- und Finanzpolitik zufriedenstellen.

Geplant ist die Privatisierung der staatlichen Unternehmen INDE (Stromproduktion), EEGSA (Stromverteilung), FEGUA

(Eisenbahngesellschaft) und GUATEL (Telefongesellschaft). Dagegen gibt es heftige Proteste von Seiten verschiedener Gewerkschaften, die Massenentlassungen, Preissteigerungen für Dienstleistungen und weitere Reduzierungen sozialer Leistungen befürchten. Zwar ist nach offiziellen Darstellungen geplant, aus den Gewinnen der Staatsverkäufe Investitionen für soziale Zwecke zu tätigen, es gibt jedoch jetzt schon Vorschläge des unternehmernahen Wirtschaftsforschungszentrums CIEN, mit den erwarteten Gewinnen zuerst die Staatsschulden abzubezahlen. Der Schuldendienst und die Militärausgaben sind die beiden größten Etats im Staatshaushalt und unumstritten festgeschrieben.

Der nächste aktuelle Konfliktpunkt in Guatemala ist die von IWF und Weltbank eingeforderte Veränderung der Steuerpolitik. Jährlich werden Steuern in der Höhe von 3 Mrd. Quetzales - das sind ungefähr ein Drittel des Staatshaushaltes - nicht eingezogen, weil dazu den staatlichen Behörden die Umsetzungsmechanismen gegenüber den UnternehmerInnen und GroßgrundbesitzerInnen fehlen. Im Parlament fanden im Dezember 1994 Diskussionen statt, ob die Kapitalertragssteuer erhöht und die Importsteuer vereinheitlicht werden sollen - was die UnternehmerInnen konkret treffen würde - oder ob nur versucht werden sollte, die ausstehenden Steuern endlich einzutreiben. Damit bliebe wahrscheinlich alles beim Alten. Ein anderer Vorschlag ist, die Mehrwertsteuer von 7 auf 10% zu erhöhen. Diese von IWF und Weltbank massiv propagierte Maßnahme träfe überwiegend die arme Bevölkerung Guatemalas, die im Parlament keine VertreterInnen ihrer Interessen hat.

Regierungsprogramm: *campesinos/as* "dürfen" geraubtes Land zurückkaufen

In der Landfrage setzt die Regierung auf die neuerdings steigende Bereitschaft von GroßgrundbesitzerInnen, Land zu verkaufen, das in der Produktion nicht mehr genug Gewinne erbringt (z.B. Baumwolle und Zuckerrohr) und auf das Programm FONATIERRA. Dieses Programm verfügt über einen - durch japanische Kredite ermöglichten - Fonds von 60 Mio. US-Dollar, aus dem *campesinos/as* Kredite zum Landerwerb beantragen können. Diese müssen mit einer Laufzeit von 10 Jahren zurückbezahlt werden. *campesino/a*-Organisationen kritisieren, daß auf diesem Weg nur die Verschul-

dung landloser Bauern und Bäuerinnen gefördert werde. Eine grundsätzliche Lösung des Landproblems werde jedoch hinausgeschoben und mittelfristig sei eine neue Krise aufgrund der unbezahlbaren Schulden voraussehbar. Außerdem lehnen die meisten *campesinos/as* ab, das Land, das ihnen früher gehörte und rechtlich oder auch "nur" moralisch zusteht, von denen, die es ihnen geraubt haben, zurückzukaufen. Die Rechtslage ist in den einzelnen Gemeinschaften unterschiedlich. Es gibt Gemeinschaften und Einzelpersonen, die Urkunden über den Besitz des ihnen geraubten Landes haben und teilweise seit Jahren gerichtlich um die Anerkennung dieser Landtitel kämpfen. Manche bekamen sogar bereits vor Gericht Recht, werden jedoch von Militärs oder bewaffneten, paramilitärischen Gruppen und Zivilpatrouillen an der Rückkehr auf ihr Land gehindert. Für viele Kooperativen wurden niemals die ihnen zustehenden Urkunden ausgestellt. Andere haben ihre Landtitel bei der Flucht vor den Militärs Anfang der 80er Jahre verloren und müssen andere Wege finden, ihr Besitzrecht nachzuweisen. Dabei ist zu bedenken, daß die Landkonflikte nicht erst mit den massiven Vertreibungen von Militärs in der Zeit der "Politik der verbrannten Erde" begannen. Viele Konflikte reichen zurück bis in das vergangene Jahrhundert. Schon 1870 begannen im Rahmen der damaligen Politik der Liberalisierung und Förderung der Plantagenwirtschaft massive Enteignungen. Dadurch verloren indianische Gemeinden ca. die Hälfte des Landes, das noch in der Kolonialzeit in ihrem Besitz war - vor allem in den zum Kaffeeanbau geeigneten Regionen.

Die heutige "Landpolitik" von Regierung, UnternehmerInnen und Militärs - oder anders formuliert: die Verhinderung einer Landreform - geht einher mit einem stetigen Anstieg der Repression gegenüber GewerkschafterInnen und aktiven Mitgliedern von *campesino/a*-Organisationen. Im ersten Jahr der Regierungszeit von De Leon (seit Juni 1993) waren die Menschenrechtsverletzungen im Vergleich zum Vorjahr erheblich angestiegen und seit der Unterzeichnung des Menschenrechtsabkommens zwischen Regierung und URNG (März 1994) war dann nochmals eine deutliche Verschärfung der Lage zu verzeichnen. Dazu kommen die sozialen Folgen der Privatisierungspolitik, die vor allem die arme Bevölkerung treffen.

Der CUC: die erste landesweit arbeitende Organisation der armen LandarbeiterInnen

Der CUC (Komitee der BäuerInneneinheit) wurde 1978 als Zusammenschluß von schon bestehenden Basisgruppen verschiedener Dorfgemeinschaften gegründet. Getragen wurde die Organisationsarbeit in diesen Gemeinden seit den 60er Jahren durch unterschiedliche Zusammenschlüsse, wie z.B. BäuerInnenligen, die basischristliche Arbeit der *acción católica*, Laienbruderschaften, Kooperativen, lokale Autoritäten der Gemeinschaften und Ältestenräte. Der CUC entstand als Organisation der armen LandarbeiterInnen, mit dem Anspruch, im Kampf um die Legalisierung ihrer Rechte auf Land eine breite Einheit zu etablieren. Es sollte ein Sammelbecken geschaffen werden, das den Kampf von *Indígenas*, *ladinos/as*, Schwarzen, ArbeiterInnen, *campesinos/as*, StudentInnen und Fachleuten eint. Von Anfang an wurde gefordert, für Frauen und *Indígenas* gleiche Rechte und Bedingungen der Teilnahme an der Arbeit des CUC zu gewährleisten. Vincente Menchú, der Vater der Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú gehörte zu den Gründungsmitgliedern des CUC, sie selber begann ihre politische Arbeit in dieser Organisation und war von 1979 bis 1992 aktives Mitglied. Seit 1992 ist sie Mitglied im Ehrenrat. Ausgangspunkt der Arbeit war der Kampf um Land. Hierbei stießen die Aktiven überall auf ungestraft ausgeübte Repression und Korruption in Behörden und Institutionen sowie kriminelle Vorgehensweisen der Armee in Konfliktfällen. Es wurde deutlich, daß der Kampf sich nicht auf die Themen Land und Löhne für PlantagenarbeiterInnen beschränken konnte, sondern daß es um die Bedürfnisse der armen Bevölkerung insgesamt gehen mußte. So wurden Aktionen entwickelt gegen die Menschenrechtsverletzungen und im Verlauf der Jahre auch gegen Zwangsrekrutierungen, Zivilpatrouillen und die Militarisierung der Gesellschaft.

Mit dem Beginn der seit 1978 selektiven, später flächendeckenden, Repression gegen die *Indígena*- und arme *campesino/a*-Bevölkerung im Hochland wurde die Organisationsstruktur des CUC fast völlig zerstört, überlebende Mitglieder flohen nach Mexiko oder wurden in die Illegalität gedrängt. Seit der Entstehung des CUC bis heute gibt es eine nicht abreißende Kette von Anschuldigungen über Verbindungen zur Guerrilla. Die Mitglieder wurden so

zum Ziel von Bedrohungen und Terroranschlägen. Von 1986 bis 1988 baute die aus dem Exil zurückgekehrte Führung die Organisation wieder auf. 1988 begann erneut die öffentliche Arbeit. Schwerpunkte wurden auf Streiks und Demonstrationen auf den Plantagen der Südküste gelegt, im Hochland wurden Aktionen gegen die Zivilpatrouillen gestartet. 1992 wurde vom CUC ein vielbeachteter Marsch von Huehuetenango in die Hauptstadt durchgeführt, der zu breiten Solidarisierungsbekundungen im Hochland führte und die Position des CUC stärkte. Kurz darauf kam es zu einer Einladung und Audienz des CUC beim Präsidenten Serrano Elias, der die *campesino/a*-Organisation aufforderte, sich als legale juristische Körperschaft zu konstituieren, was mit der Offenlegung von Strukturen und Mitgliederdaten verbunden gewesen wäre. Auf der darauffolgenden Mitgliederversammlung wurde dem Vorstand im Zusammenhang mit diesem Präsidentengespräch eigenmächtiges Handeln und mangelnde Konsultation der Basis zum Vorwurf gemacht, mehrere langjährige Mitglieder wurden aus der Leitung abgewählt. Sie zogen sich daraufhin ganz aus der Arbeit des CUC zurück. Auf dieser Versammlung wurde der Anspruch bestätigt, statt einer Nicht-Regierungs-Organisation eine kämpferische Organisation von indianischen *campesinos/as* mit einer deutlichen Betonung der Basisbeteiligung bei der Meinungs- und Entscheidungsfindung zu sein. Allerdings ist festzustellen, daß der CUC durch die Umstrukturierung in der Leitung, das Ausscheiden von Mitgliedern mit langjähriger Erfahrung und Kontakten in seiner öffentlichkeitswirksamen Arbeit und Durchsetzungsfähigkeit ein großes Stück zurückgeworfen wurde. Große Streiks an der Südküste, vergleichbar mit denen der Jahre '89, '90 und '91 hat es seit 1992 nicht mehr gegeben. Die Schwerpunkte der Arbeit des CUC bilden momentan der Kampf um die Entmilitarisierung des Hochlandes und die Förderung und Ausbildung von Nachwuchskräften innerhalb der Organisation. Eine Stärke liegt in der Vernetzung und Zusammenarbeit mit verschiedenen anderen Organisationen, die für Menschenrechte, Entmilitarisierung und Land kämpfen.

CONIC: Juristische Kämpfe um Land für *campesinos/as*

Mitte 1992, kurz nach der Umstrukturierung des CUC wurde die neue Organisation CONIC ins Leben gerufen. Es war ursprünglich

nicht geplant, eine weitere Organisation zu gründen, aber viele Ex-CUC-Leitungsmitglieder wurden von verschiedenen Gemeinschaften aufgefordert, ihnen mit ihren Erfahrungen beim Kampf um ihr Land zur Seite zu stehen. CONIC arbeitet nur in Gemeinschaften, in denen keine andere Volksorganisation (z.B. CUC, CONAVIGUA, CERJ, etc.) aktiv ist, um nicht zur Konkurrenz zu werden und um einen breiteren Organisationsgrad von Gemeinden zu erreichen.

Die unterschiedlichen Ausdrucksformen des Landproblems bestimmen die Schwerpunkte der Arbeit. Einen großen Bereich stellen Konflikte um die Wiedererlangung von Land dar, das historisch verschiedenen Indígena-Gemeinschaften gehört, ihnen aber von GroßgrundbesitzerInnen oder Militärs geraubt wurde (z.B. San Jorge la Laguna, Sololá). Hier gehört es zur Arbeit von CONIC, juristische Unterstützung zu besorgen, einzelne Fälle zu untersuchen, ZeugInnen und Dokumente zu suchen. Sie treten dabei kaum direkt als Organisation auf, sondern bleiben beratend und unterstützend im Hintergrund. Genauso unterstützen sie auch Fälle von ArbeiterInnen, die jahrelang unterbezahlt für bestimmte GroßgrundbesitzerInnen gearbeitet haben und jetzt in Prozessen die ausstehenden Lohnzahlungen einklagen. Zwei solcher Prozesse gegen *finqueros* in El Salto und Coadonga, San Miguel Tucurú, Alta Verapaz wurden kürzlich zu Gunsten der ArbeiterInnen entschieden. Da die *finqueros* die ausstehenden Schulden nicht bezahlen konnten oder wollten, gab es eine Einigung und die ArbeiterInnen erhielten Land aus dem Besitz der *fincas* überschrieben. Mehrere gleichartige Prozesse gegen *finqueros* stehen z.Z. aus. Die ArbeiterInnen, die von CONIC unterstützt aktiv werden, sind häufig massiver Repression von Seiten der *finqueros/as* ausgesetzt. Sie werden bedroht oder entlassen und von den anderen *finqueros/as* in der Region auch nicht eingestellt. Oft werden ihre Verhandlungen verschleppt und es wurden Fälle bekannt, in denen die Großgrundbesitzer direkt mit den Kommandanten der Militärzonen zusammenarbeiten. Einige GroßgrundbesitzerInnen haben hingegen Verhandlungen mit den ArbeiterInnen aufgenommen, weil sie wissen, daß sie die Prozesse gegen die ArbeiterInnen verlieren würden. Diese neue Tendenz zu verhandeln und die ersten Erfolge ermutigen andere Gemeinschaften und Gruppen von ArbeiterInnen, sich auch zu organisieren. Dies gilt besonders für die Regionen Alta und Baja Verapaz, wo in den Gemeinden mit Hilfe der Repression über Jahre

hinweg alle Ansätze zur Organisierung sofort zerstört wurden. Heute ist CONIC in ca. 60 Gemeinschaften in 10 verschiedenen Landesteilen aktiv.

Die Arbeit von CONIC hat den Anspruch, über direkte Aktionen und die juristische Unterstützung der Gemeinschaften in Landkonflikten hinauszugehen. Neben dem Bereich "Wiedererlangung von Land" arbeiten sie an Studien und Konzepten, um die Produktion zu verändern, d.h. zu intensivieren und zu diversifizieren, und die vollkommen veralteten Agrartechnologien in Guatemala zu modernisieren. Sie sind auf der Suche nach Technologien, die im Agrarbereich sinnvoll genutzt werden können, z.B. in Form von natürlichen Insektiziden, und fördern die Anschaffung von Maschinen zur kollektiven Nutzung. Weitere Themen, mit denen sie sich in ihrer Arbeit befassen, sind die Einhaltung der Menschenrechte und die Mayaweltanschauung. Zum Bereich Menschenrechte gehören das Recht auf Landbesitz und Recht auf Mindestlohn, welche durch die immer wiederkehrenden Bedrohungen und Angriffe auf organisierte campesinos/as dauernde Aktualität erhalten. Zum Thema Mayaweltanschauung finden in den verschiedenen Gemeinschaften Dialoge und Gesprächskreise statt, in denen es um die kulturellen Wurzeln und die Werte der Mayakulturen geht. Die angestrebten Veränderungen in Hinblick auf Technisierung der Produktion, Verbesserung von Marktbeziehungen, Anbau neuer Produkte, Ausbildung von Fachkräften etc. sollen in Einklang mit den Grundüberzeugungen der Mayakultur durchgeführt werden. So sollen beispielsweise Formen gefunden werden, um größere Landflächen kollektiv zu bebauen, um Maschinen gemeinsam zu nutzen und Produktionskosten zu senken. Hierbei wird es den einzelnen Gemeinschaften selbst überlassen, welchen konkreten Weg sie wählen. Es gibt kein einheitliches Modell für kollektive Bewirtschaftung. Viele Gemeinschaften entscheiden sich für die Besitzform des kommunalen Gemeindelandes, die sie aus den traditionellen indianischen Dorfgemeinschaften kennen, andere bevorzugen die Form von Kooperativensystemen, weil sie damit schon gute Erfahrungen gemacht haben. Ein Mitglied von CONIC beschrieb den Ansatzpunkt für ihre Arbeit folgendermaßen: "Es ist nun einmal so, daß das Land das ist, was die Leute bearbeiten, das ist der Ausweg aus dem Elend. Deshalb ist die Verteilung von Land an *campesinos/as* der erste Schritt. Dann soll man überlegen, wie

die Wirtschaft besser aufgebaut wird, ausgehend von einem wirtschaftlichen Modell, das eine große Mehrheit der Bevölkerung, nicht nur eine Minderheit begünstigt" (Guatemala-Info 4/94:22).

Die Nationale Koordination von *campesino/a*-Organisationen fordert: Demokratisierung von Landbesitz und Landnutzung

Die Nationale Koordination (CNOC) entstand im Herbst 1993, als sich 10 *campesino/a*-Organisationen im Zusammenhang einer Kampagne für die Erhöhung des Mindestlohnes zusammenschlossen. Danach folgten verschiedene andere gemeinsame Aktivitäten, u.a. das Vorschlagspapier "Demokratisierung von Landbesitz und Landnutzung" für die Friedensverhandlungen von Regierung und URNG, dem Zusammenschluß der vier guatemalteckischen Guerillaorganisationen, zum (noch ausstehenden) Thema "Sozioökonomische Aspekte und Agrarsituation".

Von den 10 Mitgliedsorganisationen sind einige landesweit und z.T. international bekannt, wie CUC, CONIC und CONDEG. Andere arbeiten regional, wie UNICAN, UCP und UCS. Die letzten drei arbeiten aufgrund der anhaltenden Repression nicht öffentlich, über ihre konkrete Arbeit in den Gemeinden ist nur wenig bekannt. Das gleiche gilt für CONAMPRO, CCDA, CCK und COICAPEP.

In ihrem Vorschlagspapier für die Friedensverhandlungen analysiert die "Nationale Koordination" die Geschichte der Landkonflikte in Guatemala und entwickelt daraus eine Reihe von Forderungen für eine Umstrukturierung der nationalen Agrarpolitik, die sie als Bedingung für einen dauerhaften Frieden in Guatemala ansieht. Sie stellt fest, daß die Agrarpolitik des Staates bisher versagt hat, weil sie nur die Interessen der Eliten schützt und die *campesinos/as* zu Objekten dieser Politik degradiert. Sie fordert die Überprüfung und Umorientierung der staatlichen Instanzen bezüglich der Agrarpolitik, des Umweltschutzes und der technischen Beratung im Agrarbereich. Diese sollen den Bedürfnissen der *campesinos/as* angepaßt werden. *Campesino/a*-VertreterInnen sollen aktive Funktionen in diesen Bereichen übernehmen und dafür ausgebildet werden. Desweiteren verlangen die *campesino/a*-Organisationen in ihrem Vorschlagspapier eine Umorientierung der Produktion und Vermarktung guatemalteckischer Waren, damit in erster Linie die

Bedürfnisse der Bevölkerung gedeckt werden und erst in zweiter Linie die Nachfrage der internationalen Märkte. Es wird eine Art "Sozialverträglichkeitsprüfung" der Wirtschaftspolitik angestrebt, die auch gewährleisten soll, daß die Wurzeln der Maya-Kulturen (der Respekt vor der Natur und das harmonische Zusammenleben der Menschen mit der Natur und in ihren Gemeinschaften) geachtet werden.

Die konkreten Forderungen des Papiers beziehen sich auf folgende Punkte:

1. Die Militärs sollen das geraubte Land an die BesitzerInnen zurückgeben und Entschädigungen zahlen.
2. Das brachliegende Land der großen *fincas* soll enteignet und an landlose *campesinos/as* verteilt werden.
3. Die *campesinos/as* sollen kostenlos Land erhalten. Das Modell, nach dem *campesinos/as* über staatliche Kredite Land kaufen sollen, wird abgelehnt, da es nur Verschuldung und neue Abhängigkeiten für die *campesinos/as* bringt und die allermeisten *campesinos/as* Recht auf Land haben, das ihnen geraubt wurde.
4. Es ist notwendig, daß die *campesinos/as* Genossenschaften und ähnliche Verbände gründen, um in Zukunft Vertreibungen von ihrem Land verhindern zu können.
5. Die Intensivierung und Diversifizierung der Produktion sowie die Vermarktung der Produkte sind in kollektiven Organisationen besser zu lösen, dabei sollen allerdings die Gemeinschaften selber über ihre Form der Organisation entscheiden.
6. Es muß eine Garantie des Rechtes auf Land geschaffen werden, sowohl für Gemeindeland und andere Formen kollektiven Landbesitzes, als auch für kleine Einheiten einzelner *campesino/a*-Familien.
7. Zur Lösung der Landkonflikte und Überprüfung der Einhaltung von Abkommen zur Demokratisierung von Landbesitz und Landnutzung sollen verschiedene Komitees und Kommissionen geschaffen werden, unter Beteiligung von *campesinos/as*, Kirchen, Privativinitiativen, Regierung und UNO bzw. NGO-VertreterInnen.

Zur Frage der indianischen Komponente in den Landkämpfen

Die ungerechte Landverteilung in Guatemala ist Produkt der rassistischen Ausgrenzungspolitik einer ladinischen Minderheit gegenüber der indianischen Bevölkerungsmehrheit. Die ethnische Dis-

kriminierung ist seit der Kolonialzeit ein Mechanismus, um feudale, später kapitalistische Produktionsformen aufrecht zu erhalten. Durch die Jahrhunderte wurden systematisch indianische Gemeinschaften von ihrem Land vertrieben und enteignet. So entstanden einerseits die großen Latifundien, andererseits wurde sichergestellt, daß genügend billige (Saison-) Arbeitskräfte zur Verfügung standen, um zu Erntezeiten Baumwolle, Kaffee, Kardamon etc. zu pflücken. Diese Strukturen haben sich bis heute nicht grundlegend verändert. Nur wenn die Kosten für die Arbeitskräfte gering gehalten werden, sind diese Waren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig.

Andererseits ist in den Maya-Kulturen das Land, die "Mutter Erde", Grundlage der menschlichen Existenz und des Lebens überhaupt. Die Weltanschauung der Maya baut auf den Agrarzyklen - v.a. dem Anbau von Mais - auf. Wenn die Menschen kein Land mehr haben, das sie bebauen können, den Bezug zur Erde verlieren oder das Dorf, ihre Gemeinschaft verlassen müssen, fallen sie aus dem harmonischen Gleichgewicht zwischen spirituellen Kräften ("Göttern"), Natur (Erde) und Menschen heraus und damit wird ihre kulturelle Identität erschüttert.

Während die ladinischen *campesinos/as* "nur" in der ökonomischen Existenz bedroht werden, sind die Indígenas durch die Politik des Landraubes in ihrer ökonomischen und ihrer kulturellen Existenz angegriffen. Trotzdem gibt es keine speziell indianischen Organisationen, die zur Landfrage arbeiten. Die traditionellen Maya-Organisationen (im COMG zusammengeschlossen) arbeiten zu Fragen ethnischer Identität und Diskriminierung, ihre Mitglieder stammen überwiegend aus Kreisen indianischer Intellektueller. Themen wie die Landfrage und die Situationen der Menschenrechte in Guatemala überlassen die Maya-Organisationen in der Regel den Volksorganisationen. Zu diesen zählen z.B. der CUC und CONIC. Die Mitglieder dieser zwei Organisationen betonen die Zusammenarbeit von *campesinos/as* und Indígenas. Bei CUC und CONIC gibt es spezifische Argumentationsstränge, warum das Land für Mayas noch eine besondere Bedeutung als Grundlage der religiösen Existenz hat, und daß ein Element der Maya-Identität eben auch der Anbau von Mais ist. Daraus folgen jedoch keine erkennbar spezifisch indianischen Formen der Arbeit. Deutlicher erkennbar ist ein Einfluß der Mayakultur beim Versuch der beiden Organisationen, auf Gemeindeebene an die bestehende Sozial- und Organisa-

tionsstruktur in den Gemeinschaften anzuknüpfen. So treten oft nicht Einzelpersonen sondern Gruppen oder ganze Gemeinschaften den Organisationen bei. Das gleiche scheint auch für die meisten anderen Organisationen in der Nationalen Koordination von *campesino/a*-Organisationen zuzutreffen. Dazu gibt es allerdings nur Hinweise und nicht genug Informationen, um dies detailliert zu beschreiben. Wahrscheinlich ist auch die halb-klandestin bestehende Arbeitsform der meisten *campesino/a*-Organisationen mit durch die Jahrhunderte der Kolonisation und Fremdherrschaft entwickelten indianischen Überlebensstrategien in Verbindung zu bringen. Heute sind solche Überlebensstrategien in Guatemala für indianische und ladinische arme LandarbeiterInnen in gleicher Weise erforderlich.

Abkürzungen

CCDA	Comité Campesino del Altiplano (campesino/a Komitees im Hochland)
CCK	Consejo Campesino Kabawil (campesino/a Rat Kabawil)
CERJ	Consejo Etnico Runujel Junam (Rat der ethnischen Gemeinschaften, "Wir sind alle gleich")
COICAPEP	Coordinadora de Comites de las Comunidades Indígenas y Campesinas para la Promoción y Educación por la Paz (Koordination der Komitees der Indígena- und campesino/a Gemeinschaften für die Förderung und Erziehung zum Frieden)
COMG	Consejo de Organizaciones Mayas de Guatemala (Rat der Maya Organisationen in Guatemala)
CONAVIGUA	Coordinación Nacional de Viudas en Guatemala (Nationale Koordination der Witwen in Guatemala)
CONDEG	Consejo Nacional de los Desplazados Internos (Rat der internen Vertriebenen Guatemalas)
CNOC	Coordinadora Nacional de Organizaciones Campesinas (Nationale Koordination von campesino/a Organisationen)
CONAMPRO	Coordinadora Nacional de Pequeños y Medianos Productores de Guatemala (Nationale Koordination der kleinen und mittleren ProduzentInnen in Guatemala)
CONIC	Coordinación Nacional de Indígenas y Campesinos (Nationale Indígena und campesino/a-Koordination)
CUC	Comité de Unidad Campesina (Komitee der BäuerInneneinheit)
FONATIERRA	Fondo Nacional para la Tierra (Nationaler Etat zum Landkauf; Regierungsinstitution zum Erwerb von Land für interne Vertriebene und ehemalige Flüchtlinge)

UCP	Unidad Campesina del Peten (Einheit der campesinos/as im Peten)
UCS	Unidad Campesina del Sur (Einheit der campesinos/as an der Südküste)
UNICAN	Unidad Indígena y Campesina del Norte (Einheit der Indígenas und campesinos/as in Norden)
URNG	Unidad Revolucionaria Nacional de Guatemala (Zusammenschluß der drei guatemalteckischen Guerillaeinheiten)

Quellen

Bastos, S. & M. Camus 1993: Quebrando el Silencio. Organizaciones del Pueblo Maya y sus Demandas (1986-1992), Guatemala Flacso

Cambranes, J.C. 1992: 500 Años de Lucha por la Tierra. Tomo I, II. Guatemala Flacso

CONIC - Coordinadora Nacional Indígena y Campesina (o.J.): Nuestro Pensamiento y Lucha, Guatemala.

CUC -Comité de Unidad Campesina- & R. Menchú 1993: Klage der Erde. Der Kampf der Campesinos in Guatemala, Göttingen, Lamuv

Gabbert, Karin 1994: Guatemala: Vom Löwen zur Maus oder Vom geringen Interesse der Eliten an der demokratischen Fassade,. in: Dirmoser, D., Grabbert, W. et al: Jenseits des Staates? Lateinamerika 18, Bad Honnef, Horlemann

Infostelle Guatemala 1994: Guatemala-Info 4/1994, Bonn

Sterr, Albert 1994: Guatemala. Lautloser Aufstand im Land der Maya, Köln, ISP

terre des hommes 1987: Guatemala Länderheft: Landreform - ein Tabuthema, Osnabrück

Den Weg ins Freie finden - Landfrage und Subsistenzperspektive

Läßt sich eine Brücke schlagen zwischen den Kämpfen der Menschen um Land in Mittelamerika, von denen dieses Buch berichtet, und der Suche nach einer Neubestimmung internationalistischer und linker Politik hier in Europa? Wo lassen sich Bezüge finden zu den Diskussionen in den Zentren, die um politische Orientierungen jenseits des Paternalismus kreisen und sich absetzen wollen von einer NGO-Betriebsamkeit, die die eigene Rat-, nicht selten Sinnlosigkeit und politische Unwirksamkeit als ultimativen Motor des Handelns "für andere" erkennen läßt? Was bedeuten diese Kämpfe um Land, um Existenz- und Produktionsmittel im Kontext der Ambivalenzen und Unsicherheiten, die aus der Schwäche und dem Scheitern sozialer Bewegungen weltweit entstehen? Wie ist es um die historisch geschärften Zweifel gestellt, die die eigenen Einschätzungen erschweren: Die Zweifel an Idealisierungen, Sentimentalitäten und Romantizismen, die illusionäre Hoffnungen hervorbrachten, allzu oft die Wahrnehmungen trübten, über Realitäten und Evidenzen hinwegtäuschten und Verirrungen zu Heilswegen stilisierten. Was tun mit den Entwürfen von Zukunft, die das Licht des eigenen Alltags nicht vertragen und scheuen, dem Mißtrauen gegenüber vorschnellen Identitäten und Eindeutigkeiten?

Diese Fragen - und dies wird zunehmend deutlich - harren nicht allein einer theoretischen Beantwortung, sie müssen sich beziehen auf konkrete Praxis, auf Alltag und können sich nicht länger den in der eigenen Geschichte erfahrenen Widersprüchen versperren. Immer undenkbarer und unglaublicher wird eine internationale politische Arbeitsteilung, in der westliche intellektuelle Theorien produzieren und die Menschen der dritten Welt mit

ihren Kämpfen zur Illustrierung neuer Emanzipationsmodelle beispielhafte Praxen und Experimente abgeben. Vielmehr muß diese Haltung abgelöst werden durch einen Austausch, der sich an den wechselseitigen Lernprozessen bestimmt.

So möchte ich einen möglichen Zusammenhang zwischen Subsistenzperspektive und Landfrage nicht verortet wissen. Vielmehr geht es darum, herauszufinden, wo Ähnlichkeiten und Unterschiede in den politischen Orientierungen, in der Kritik am Neoliberalismus, in den Vorstellungen von gesellschaftlicher Entwicklung zwischen dort und hier liegen. Was könnten die Anknüpfungspunkte für eine Kontinuität in den Beziehungen sein?

Subsistenz und eigene Geschichtlichkeit

Seit ich einigermaßen eigenmächtig denke und mich an selbstbestimmt gewählten Fragen abarbeite, sind Herrschaft und Ausbeutung zentrale Themen, die meine Gedanken beschäftigten. Ob ich es damals Herrschaft und Ausbeutung genannt habe, was mich an der Welt, so wie ich sie erlebte, berührte und bannte, was mein Denken und mein Fühlen fesselte, was sich nicht selten in ungelenkter Wut einen Ausdruck suchte, daran erinnere ich mich nicht so genau. Früh war die Marx'sche Metapher der Entfremdung des Menschen von seiner Arbeit und den Produkten dieser Arbeit zugänglich. Aber was ich erlebte war anderes und mehr als auf den kapitalistischen Produktionsprozeß bezogene Entfremdung. Vieles von dem, worüber ich heute theoretiere und in politischen Bezügen spreche, war mir emotional und in Bildern beizeiten als Realität vertraut und bekannt. Nur damals konnte ich dies nicht benennen.

Später haben wir einen Begriff für diese Prozesse gefunden, in denen das, was Menschen erleben, was ihnen passiert, zum gesellschaftlich Unbewußten ausgegrenzt und tabuisiert wird. Es wird zu einer unbewußten und gleichzeitig hochwirksamen Realität, die sie mitbestimmt, über die sie aber nicht mehr zu sprechen und zu reflektieren vermögen. Lebendige Kooperation wird unsichtbar und ausbeutbar gemacht.

Konkret heißt das, es gibt ein Bild von der Norm gesellschaftlichen Seins, des Anerkanntseins, der gesellschaftlichen Reproduktion, das der Alltagsrealität vieler Menschen der jeweiligen Gesellschaft nur begrenzt entspricht. Dieses Bild gibt möglicher-

weise nicht einmal die Realität der Eliten angemessen wieder. Es definiert allerdings stets ein für die meisten Menschen noch zu Erreichendes. Dies soll heißen, kulturelle Hegemonie setzt sich durch über das radikale Verleugnen der Lebensumstände der meisten Menschen einer Gesellschaft, das Nicht-Wahrnehmen, die Individualisierung ihrer realen Ängste und Konflikte. Ihre Lüste, Wünsche und ihre Geschichte haben keinen Platz in dem, worüber geredet wird, was "wichtig ist", was gesellschaftlich vorkommt. Sie arbeiten sich stattdessen ab, eifern nach, nehmen Verletzungen und Mühen auf sich, um das zu erreichen, was sie für das Normale, das Erstrebenswerte halten, das was ihnen Glück und Anerkennung bringt, wodurch sie Identität gewinnen. An diesen Sehnsüchten setzen die Gebrauchswertversprechen der Waren an, die sie nie einzuhalten vermögen. Über die Formierung der Sehnsüchte organisiert sich gleichzeitig die Abwertung und Entwertung von Subsistenz, von dem, was am Leben erhält.

Subsistenz bezeichnet all das, was Menschen zum Leben brauchen und was gleichzeitig nicht in Form von Waren organisiert ist. Das können Produktionsmittel sein, wie Land und Maschinen, Techniken, und gleichzeitig Erfahrungen, Beziehungen, eine bestimmte Art Dinge zu tun, Nachbarschaften, Freundschaften und vieles mehr. Subsistenz ist das Lebensnotwendige, im Unterschied zum Existenzminimum. Von dieser Vorstellung von Subsistenz in der Diskussion um eine politische Orientierung auszugehen, heißt dann u.a. Vorstellungen von gutem Leben, von Dazugehören, lebbar zu machen, die sich schrittweise aus der Zurichtung auf die bedingungs- und bewußtlose Reproduktion der kulturell dominanten Wertigkeiten befreien. Es sind Ideen davon, keine Angst mehr zu haben, weder Opfer noch TäterIn zu sein, geliebt zu werden und die erotischen, emotionalen und geistigen Kräfte aus der Zuarbeit für den Status Quo herauslösen zu können. Diese Bilder möglicher Zukünfte berühren zutiefst die Motivationen für politische, internationalistische Arbeit.

Es geht um die Konfrontation mit Herrschaft in allen beschriebenen Dimensionen. Die Art des politischen Umgangs damit ist ein Teil der Krise linker Politik. Das Wohin und das Wie dieser Politik sind unkenntlich geworden, haben erhebliche Blessuren erlitten und geben in der ersatzlosen bzw. teilweisen Streichung

bisheriger Praxen und Übereinkünfte den Blick auf ein nur schwer zu ertragendes Nichts frei.

Frauen und Männer

So - noch einmal ein Stück zurück. Woran wurde mir Herrschaft deutlich? Am klar erkennbaren Unterschied zwischen Männern und Frauen, die mehr und anderes waren als für unterschiedliche Arbeiten verantwortlich zu sein. Es ging vielmehr um Respekt und Respektlosigkeit gegenüber verschiedenen Arbeiten, um Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit von Arbeit, um Rechte, die aus der Verantwortung für unterschiedliche Arbeiten entstehen. Nie hatte ich das Gefühl, daß die Arbeit meiner Mutter weniger zum Lebensunterhalt der Familie beigetragen hat als die Lohnarbeit meines Vaters. Eher umgekehrt, noch war die Macht des Geldes nicht so übermächtig groß, zumindest für mich nicht erkennbar. Die Mutter sorgte in einer spürbaren Weise um uns. Erst als wir Arbeitsleistungen anderer kauften, die wesentlich mehr verdienten als mein Vater, merkte ich, daß mehr oder weniger Geld haben, darüber mitbestimmen kann, wie ich leben kann oder nicht. Das war bis dahin kein Problem, weil wir uns das leisteten, was wir hatten und nur wenig kauften. Das Gekaufte gewann allmählich an Wert gegenüber dem, was wir selber besaßen, weil es uns mit einer anderen Welt, der großen weiten Welt, wo scheinbar alles möglich war, verband.

Bäuerinnen und Bauern Arbeiterinnen und Arbeiter

Der zweite Unterschied, dessen ich recht früh gewahr wurde, der mit dem ersten zusammenhing, war der zwischen Bauern, Bäuerinnen und LohnarbeiterInnen. Lohnarbeit war: einen Beruf, geregelte Arbeitszeiten, Geld und eine saubere Arbeit und Wohnung zu haben, in der Stadt oder in deren Nähe zu arbeiten, Arbeit und Freizeit trennen und Urlaub machen zu können. Dann war damit die Hoffnung auf eine nicht immergleiche Zukunft verbunden, nämlich aufsteigen und irgendeine Karriere machen zu können. Was aber wesentlich direkter noch erlebbar wurde, war, nicht länger mit Tieren, deren Gerüchen und in der Nähe der Ställe leben zu müssen. Und dann noch viel mehr: am Feierabend keine Arbeitsklei-

dung tragen zu müssen, keine schmutzigen Hände zu haben, der Mühsal zu entkommen für das eigene Leben auf eine anstrengende Weise zu sorgen, den Unwägbarkeiten der Natur und den Launen des Wetters zu entgehen, die richtige Welt kennenzulernen. Lohnarbeit war das andere, die positive Gegenseite dessen, was ich kannte. Sie formte sich als Bild in der Abwertung all dessen, was den Alltag der meisten Menschen um mich herum ausmachte. Das was ich tatsächlich über Lohnarbeit wußte, passte nicht in dieses Bild, ließ es aber dennoch unbeschadet. Männer, die aus den Dörfern über Jahre ins Ruhrgebiet fuhren, um überhaupt und besser bezahlte Arbeit zu finden. Junge Frauen, die sich montags morgens in aller Frühe von ihren Männern verabschiedeten, die sie erst am späten Freitag wieder sehen würden. Und das war über Jahre so. Kinder, die ihre Väter nicht kannten, weil es die Männer waren, die am Wochenende mal - meistens müde und abgearbeitet - vorbeikamen. Dann die Geschichten, die mein Vater vom Barackenleben der Männer erzählte, davon daß sie arbeiteten und schliefen, wenig anderes tun und schwerlich die Zeit vor dem Einschlafen ausfüllen konnten, weil sie oft an zuhause dachten.

Das andere, was ich sicherlich wußte, meiner Mutter war Lohnarbeit verhaßt. Lohnarbeit war für sie der Gipfel von Unfreiheit. Jemand anders bestimmte über die eigene Zeit, darüber, daß man Haus und Dorf verlassen mußte, um zu arbeiten, daß man - wie viele Frauen das zu dieser Zeit taten - für andere putzte und Hausarbeiten erledigte, daß man sich von irgendjemand sagen lassen sollte, was man zu tun hatte. Nie wollte sie sich solchen Verhältnissen - und schon gar nicht freiwillig - unterordnen. Sie war sich dessen sicher, was sie konnte, um sich und ihrer Familie ein Leben zu ermöglichen.

Ihr Selbstbewußtsein half mir wenig. Der Stolz meiner Mutter erschien mir als Sturheit, nicht das zu machen, was alle anderen machten. Sie war für mich ebenso rückständig und unwissend, wie ihre Mutter, meine Oma, die Fernseher und Telefone für Teufelszeug hielt und sich durch die Menschen, die im Fernseher handelten, bedroht und belästigt fühlte.

Natürlich wollte ich dazugehören, nicht so sein, wie meine Mutter, die nicht verstand, was angesagt war, was mich bewegte, die meine Zeitungen obszön fand und mich für verdorben hielt. So begannen unsere Kämpfe und mein Verleugnen der realen Welt, in

der ich lebte, der realen Beziehungen. Ich vertiefte mich in die Bücher und Theorien und versuchte mich, in den mir eher feindlichen Welten von Schule und Stadt zu bewegen.

In der theoretischen Auseinandersetzung um Subsistenz, wie ich sie in den feministischen Diskussionen um eine Kritik der kapitalistischen Ökonomie kennenlernte, fand ich eine Sprache für das, was ich an Widersprüchen zwischen Stadt und Land, Lohn- und Reproduktionsarbeit, Frauen und Männern erlebt hatte. Noch mehr: es ließen sich hier Verbindungen zwischen diesen verschiedenen Aspekten von Herrschaft erkennen.

Subsistenz und Linke

Mit den Begriffen Subsistenzperspektive (Werlhof 1991) und Politisierung von Subsistenz (Peters 1994) verbinden sich Ansatzpunkte für eine politische Auseinandersetzung mit den eingangs gestellten Fragen nach einer Neuorientierung internationalistischer Politik. Lange - seit gut 15 Jahren - gruppiert sich um den Begriff der Subsistenz eine Debatte, die zwar in Zirkeln einer feministischen Öffentlichkeit für Verwirrung, Anregung und heftigen Streit sorgte (Hasenjürgen 1993), aber kaum Interesse und damit Gehör in linken politischen Diskussionen fand. Dabei besteht doch auch hier die Notwendigkeit, die Kritik der kapitalistischen Ökonomie mit der Kritik am westlichen Zivilisationsmodell, dem Verhältnis zu den Ländern der dritten Welt als "Kolonien der Bereicherung", dem Verhältnis zur Natur als "Objekt der Ausbeutung" und dem Verhältnis zum "Geschlecht der Frauen als Objekt der Diskriminierung und Gewalt" - weltweit und kulturspezifisch zugleich - in einen "systematischen politischen Zusammenhang zu bringen." (Thürmer-Rohr 1994: 53) Die politische Linke hat bislang kaum dazu beigetragen, daß diese Zusammenhänge ins eigene und öffentliche Bewußtsein getragen werden. Dabei könnte hierin der Ausgangsort eines politischen Denkens liegen, "das Menschen und Bewegungen verbindet, die gegen die verschiedenen Erscheinungsformen von Ausbeutung und Zerstörung arbeiten wollen. Dieses Denken erwiese sich darin, daß es die nahen und fernen, die normalen und außergewöhnlichen Symptome von Herrschaft und Unrecht überhaupt erkennen und in einen Zusammenhang bringen könnte, daß es nicht eifersüchtig auf dem Primat derjenigen Unrechtsform be-

stände, die dem eigenen Verhalten die geringsten Änderungen abverlangte." (ebd.: 52)

Mit der "Krise des Entwicklungsdenkens" und einer grundlegenden Verunsicherung linker Politik- und Strategiemuster, mit der Zunahme ökologischer Verwüstungen, mit den egomanischen Konsequenzen eines am Vernutzen geformten Individualismus gewinnen allerdings Einsichten, Thesen und Analysen der Subsistenzdebatte auch innerhalb linker Argumentationen und Orientierungsversuche an Relevanz. So beschreibt z.B. Karl Heinz Roth (1993) als eine derzeit zentrale Entwicklung die Zunahme prekärer, nicht-existenzsichernder Arbeitsverhältnisse in den kapitalistischen Zentren bei einer gleichzeitigen Intensivierung der Ausbeutung der "mentalalen Produktionsfähigkeit" über neue Produktionskonzepte (lean, integrated) und deren symbolische Aufladung (corporate identity). Generell wird die Einschätzung geteilt, daß sich weltweit neue Arbeitsformen durchsetzen, daß also der Prozeß der Abschaffung der Lohnarbeitsverhältnisse ein generelles Phänomen ist und daß das, was wir als ungeschützte und atypische (Lohn)Arbeitsverhältnisse bezeichnen, weltweit durchgesetzt wird.

Wir finden eine zweite Einsicht, die Raum greift und gegen angestammte linke Blindheiten und einen langezeit ungetrübten Produktivkraftfetischismus argumentiert. Im Kern besteht sie darin, zu fordern, "die wichtigsten Produktions- und Lebens-Mittel (angefangen bei Grund und Boden, Wohnraum, Nahrungsmitteln und Energie) von den Zwängen der Warenproduktion schrittweise zu entkoppeln und sie in Formen bedürfnisorientierter und selbstorganisierter Nutzung zu überführen." (Trenkle 1995: 47) Hier stellt sich die Verbindung zu den Kämpfen ums Land her.

Die Landfrage ist dabei nicht allein eine Frage des Besitzes von Land. Sie ist eine Frage danach, welche Perspektiven sich mit dem individuellen oder kollektiven Besitz von Land verbinden, welche Bedeutung die Produktion von Lebensmitteln zur Selbstversorgung hat und wie die Produktion von Lebensmitteln organisiert ist. Die Landfrage bezieht auch die Idee der Wideraneignung von (Über-)Lebensfähigkeiten und -mitteln mit ein und inwieweit sich darin Übergänge zu einer anderen Ökonomie erkennen lassen.

Von der ökonomischen Kategorie zur politischen Perspektive - Subsistenz als die "andere Seite" der Warenproduktion

Den Ausgangspunkt der Subsistenzdebatte bildet eine fundamentale Kritik am Begriff von Produktivität, der die entwicklungspolitischen Diskussionen der 70er und 80er Jahren strukturiert und die Vorstellungen von gesellschaftlicher Entwicklung maßgeblich bestimmt. Die feministische Kritik verweist darauf, daß nicht allein der Ausbeutung von (Lohn-)Arbeit zentrale Bedeutung für die Analyse kapitalistischer Vergesellschaftung zukommt. Vielmehr ist die Produktion von Waren in ihrem Verhältnis zur Gesamtheit gesellschaftlicher Subsistenz und Subsistenzarbeit wesentlich für das Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise. (Werlhof u.a. 1988) Die funktionale Bedeutung von Subsistenzarbeit verschiedener Ausprägung (seien es Hausarbeit, Selbsthilfeprojekte, oder die Arbeit von Bäuerinnen und Bauern in der dritten Welt) für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Weltwirtschaft wird herausgearbeitet. Zur Produktion von Waren und gleichbedeutend damit zur Etablierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse ist die Ausbeutung und Zerstörung von Subsistenz die unabdingbare Voraussetzung.(vgl.ebd.) Auch der entwickelte Kapitalismus, so eine zentrale These, wird nie die Voraussetzungen der eigenen Existenz zu schaffen in der Lage sein. Die kapitalistische Produktionsweise wird strukturell auf "ursprüngliche Akkumulation", auf Raub, Gewalt und "Sklaverei" angewiesen bleiben. In der Folge wird damit die These von der "Permanenz der ursprünglichen Akkumulation" systematischer Angelpunkt der weiteren Analysen. Als ursprüngliche Akkumulation hatte Karl Marx den Prozeß der Entstehungszeit des Kapitalismus im 17. Jhd. beschrieben, in dem durch Vertreibung sowohl Arbeitskräfte für die Arbeit in den Fabriken "freigesetzt" wie die Ländereien und Rohstoffe enteignet und geraubt wurden, die die Basis der entstehenden Industrieproduktion bildeten.

Es ist der originäre theoretische Beitrag der Subsistenztheoretikerinnen, gezeigt zu haben, daß der Kapitalismus keineswegs aus sich selbst heraus, als geschlossenes System existiert. Der Kapitalismus vernutzt und zerstört eben gerade jene im weitesten Sinne "Naturqualitäten" der Menschen, der Tiere, der Pflanzen und der übrigen Natur, die er selbst nicht zu produzieren imstande ist und

selbst mit Gentechnik auch zukünftig zu produzieren nicht fähig sein wird.

Die emanzipatorische Vision, die sich an diese Analyse knüpft, heißt Befreiung der Subsistenz aus der kapitalistischen Zurechtweisung, heißt Politisierung der Subsistenz und heißt nicht, im Sinne eines konkretistischen Fehlschlusses, zurück aufs Land oder Aufhebung aller gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Politisierung der Subsistenz meint vielmehr "das gesellschaftlich vorhandene Überlebenswissen aus seiner kompensatorischen Funktion für die Aufrechterhaltung der Warenproduktion zu befreien und es kreativ umzuformen." (Stolz 1993)

Unterentwicklung und Knappheit als konsequente Folge der Zerstörung von Subsistenz

Diese Analyse bedeutet weiterhin, daß die Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise weitgehenden Restriktionen unterliegen, wie dies inzwischen auch für Menschen in den Metropolen alltags- und lebensweltlich überprüfbar wird:

1. Gleichheit wird für alle Menschen nicht zu erreichen sein, weil die auf vielfältige Weise konstruierte Ungleichheit von Menschen eine notwendige Voraussetzung ihrer Ausbeutbarkeit ist. (Balibar/Wallerstein 1992) Menschenrechte werden nach ökonomischen Erfordernissen zugestanden oder nicht. Gleichstellung läßt sich in der Tat, solange sie lediglich als reformistische Forderung erhoben wird und in ihrer Theorie und Praxis auf die kapitalistischen Metropolen eingegrenzt bleibt, nur auf dem Rücken anderer verwirklichen.

2. Lohnarbeit bzw. existenz- (subsistenz-)sichernde Erwerbsarbeit für alle Menschen ist ebensowenig erreichbar wie Gleichstellung. Nach wie vor sichern weit mehr Menschen auf der Welt ihr Überleben außerhalb von Lohnarbeitsverhältnissen als in und mit diesen. "Nicht 10% freie Lohnarbeiter, sondern 90% unfreie Nichtlohnarbeiter sind die Säule der Akkumulation und des Wachstums, sind die wahren Ausgebeuteten, sind die wahren 'Produzenten', sind die 'Norm', der allgemeine Zustand, in dem sich der Mensch im Kapitalismus befindet." (Werlhof 1991: 120) Es gibt kein Nebeneinander verschiedener Produktionsweisen, sondern verschiedene Grade der

Subsumtion von Gesellschaften unter das Kapitalverhältnis. Diese Einsicht ist nicht zuletzt mit dem weitgehenden Scheitern der bisherigen entwicklungspolitischen Konzepte verbunden. Ein "Aufholen" und ein Nachvollzug "metropolitaner Entwicklungsmuster" und -wege hat sich als aussichtslos herausgestellt

3. Der Konsumismus als ein wesentlicher Aspekt der hegemonialen Kultur des Kapitalismus führt zu einer Verwahrlosung und Zerstörung sozialer Verhältnisse, weil die Endlosigkeit menschlicher Bedürfnisse und die Beliebigkeit sozialer Beziehungen suggeriert und gefördert wird.

Statt Entwicklung Leben und Überleben

Angesichts dieser unkorrigierbaren Beschädigungen der Vorstellungen von Entwicklung ist zu fragen, welche Perspektiven sich als Folgerungen der Subsistenzdebatte für eine politische Orientierung eröffnen.

Die Subsistenzperspektive formuliert kein Programm, keine politischen Vorschläge, die nicht durch die politische Praxis zu verändern wären, keine Politik von oben, keine Anleitung zum Umsturz der Verhältnisse. Das genau macht sie für viele recht unattraktiv. Die Subsistenzperspektive bietet eine mögliche Orientierung für eine Politik von unten, die in den Metropolen und an den Privilegien und Ängsten der MetropolenbewohnerInnen ansetzt. Erst einmal geht es nicht um ein Konzept für Veränderungen in der dritten Welt, sondern um Veränderungen hier und jetzt, die auf dem Hintergrund einer nicht ausbeuterischen internationalen Arbeitsteilung formuliert sind. Es geht um die Benennung der Verantwortlichen für die herrschende Weltwirtschaftsordnung. Die dritte Welt sollte nicht erneut "als Projektionsfläche herhalten für Phantasien" (Mármora 1992), die in den Metropolen undurchsetzbar und unrealistisch und für diese auch nicht gewollt sind. Deshalb stellt meist jede "Romantisierung" aktueller Bereiche von Subsistenzproduktion den Blick für den tatsächlichen Grad an Ausbeutung, der in ihr stattfindet. Die SubsistenzproduzentInnen befinden sich zudem nicht außerhalb der sie selbst ausbeutenden Ökonomie, sondern sind ein aktiver Teil davon. Sie sind in keiner Weise privilegierte Subjekte von Gesellschaftsveränderung.

Es wird kein Zurück zur nicht-kapitalistischen Subsistenz, sondern nur eine Politisierung jetziger Formen von Subsistenz geben können. Das heißt eine Orientierung daran, das System in sich selbst und zugleich dessen institutionelle weltgesellschaftliche Formen zu hinterfragen und dagegen zu arbeiten. Das kann z.B. heißen, sich der institutionalisierten Bildung, den westlichen Formen formaler Organisation, der Fixierung auf die dualistische Geschlechterzuordnung, dem westlichen Effizienz- und Entwicklungsdenken ebenso zu verweigern wie legal gesetzten Normen, etwa Besitz- und Verfügungsrechten, wie auch Produktions- und Konsumnormen. Es heißt auch derzeit gültige Trennungen von privat und öffentlich in allen Formen z.B. von Haus- und Lohnarbeit zu hinterfragen. (Stolz 1993: 12) Wenn wir hierfür in unserem Alltag einen Platz schaffen, lassen sich möglicherweise andere Anknüpfungspunkte als die jetzigen zu den Kämpfen ums Land finden.

Die von Ulla Peters verwendete Literatur findet sich im Anhang des Artikels "Krise des Entwicklungsdenkens...".

Krise des Entwicklungsdenkens und Solidaritätsbewegung

Obwohl die Erkenntnis vom "verlorenen Jahrzehnt" Lateinamerikas inzwischen zum Allgemeinplatz gehört, die Kluft zwischen Nord und Süd größer anstatt kleiner wird, sich das Kapital weiter transnationalisiert, sich die *terms of trade* beständig verschlechtern, ganze Kontinente zwangsweise vom Weltmarkt abgekoppelt werden und die globalen Umweltprobleme infolge des monströsen Industrialisierungsmodells des Nordens immer virulenter werden, kurz: das Scheitern der Entwicklungsidee offensichtlich ist, ist diese im Zeitalter des Neoliberalismus nicht tot zu kriegen. Schon starten ihre ApologetInnen zu einem letzten Rettungsversuch. Nicht die Idee an sich sei schlecht, sie war in der Vergangenheit lediglich ökonomistisch verkürzt rezipiert worden und müsse nun durch soziale und ökologische Komponenten vervollständigt werden. *Sustainable Development* heißt das neue Schlagwort von der Weltbank bis zur GTZ, von den Grünen bis zur Internationalismus- und Umweltbewegung: nachhaltig soll die Entwicklung sein, sowohl für heutige als auch für künftige Generationen. Globales Krisenmanagement für die "Eine Welt" ist nötig - wobei nun alle zusammenhalten müssen. Schließlich gilt es, nicht weniger als Armut und Ungerechtigkeit, Naturzerstörung und die behauptete ach so evidente "Überbevölkerung" zu beheben - gleichzeitig, "integral" und mit Sachverstand versteht sich. Kein Wunder also, daß auch die NGOisierte Internationalismus- und Umwelt-"Bewegung" bei die-

sem Aufbruch ins nächste Jahrtausend den Zug nicht verpassen will. Die Bahnsteigkarte muß allerdings teuer erkauft werden. Bei der Politikberatung für die internationalen und nationalen Entwicklungsagenturen ist - bei Strafe des eigenen ökonomischen (NGO-) Untergangs - nicht Kritik, sondern ExpertInnenkenntnis, know how, Professionalität und Effizienz gefragt. Dafür winkt dann aber zusätzlich zur Bahnsteigkarte ein Flugticket nach Rio, Kairo oder Kopenhagen, um dort den Mythos einer funktionierenden Zivilgesellschaft zu nähren. Die institutionalisierte "Basisdemokratie" hält somit Einzug auf höchster Konferenzebene - wie wenig dies meist mit den konkreten Lebenswelten der Menschen, für die vorgeblich gestritten wird, zu tun hat, sollte bei der Lektüre dieses Scripts deutlich geworden sein.

Dieser Artikel will einen assoziativen Bogen schlagen von der Krise des Entwicklungsdenkens, über die Kritik vorherrschender Organisierungs- und Politikformen, wie sie auch in anderen Beiträgen des Scripts angesprochen werden, hin zu Perspektiven einer Solidaritätsbewegung jenseits von Spendenakquirierung und GTZ-Politik. Hierbei werden die Aufarbeitung eigener "blinder Flecken" als zentral angesehen und insbesondere die Auseinandersetzung mit der Form, in der Politik betrieben wird, eingefordert. Eine sich antipatriarchal und antikapitalistisch verstehende Solidaritätsbewegung kann nicht länger die Form vom Inhalt trennen. Dies hat weiterreichende Implikationen für die bisherige Projektpolitik.

Krise des patriarchalen Entwicklungsdenkens

Es war US-Präsident Truman, der am 20.1.1949, dem Tag seiner Amtsübernahme, eine neue Ära ausrief - das Zeitalter der Entwicklung. Er erfand damit das Rad neu: was zu Zeiten des Kolonialismus noch Wilde, Unzivilisierte und Heiden waren, waren nun im Angesicht der Absicherung der US-Hegemonie schlicht Unterentwickelte. Der Westen, insbesondere die Gesellschaft der Vereinigten Staaten, galt als der Maßstab, an dem sich alle Gesellschaften ausrichten haben. Entwicklung wurde linear und erstrebenswert konstruiert, die "... farbige Vielfalt der Lebensformen in den südlichen Teilen des Globus (wurde) in eine einzige Kategorie zusammengefaßt" (Sachs 1994: 17). Der ahistorisch-ethnozentristische Charakter der Entwicklungsidee springt geradezu ins Auge, betrach-

tet man die zum Paradigma der internationalen Beziehungen gewordene Modernisierungstheorie: "Die je eigene Gesellschaft ist der Endpunkt, auf den sich alles zubewegt, alle anderen sind das gleiche graue Einerlei, 'traditionelle Gesellschaften' ohne wirkliche Geschichte. Die Unterschiede ... fallen unter den Tisch. An der eigenen Gesellschaft nimmt der Modernisierungstheoretiker zudem nur die positiven Züge wahr ...; alles Negative wird auf die 'traditionellen Gesellschaften' projiziert. Schließlich erscheint die Modernisierung auch noch als ausschließlich eigene Leistung. Das ethnozentrische Syndrom ist perfekt" (Hauck 1990: 69).

Zwar hat die (in Lateinamerika entwickelte) Dependenztheorie seit den späten 60er Jahren gerade diesen westlichen Ethnozentrismus kritisiert und auf die historisch gewachsenen Abhängigkeiten hingewiesen und somit auf die externe Verursachung von "Unterentwicklung", der "Entwicklung der Unterentwicklung", insistiert. Doch folgte auch sie dem Glauben an die Sinnhaftigkeit einer auf intensive Naturvernutzung und Industrialisierung aufbauenden - nun allerdings: "autozentrierten" - Entwicklung. Der Staat wurde zum Hauptakteur einer Strategie der Abkopplung erkoren, nationale Befreiungsbewegungen zum Haupthoffnungsträger, Importsubstitution war das Gebot der Stunde. Auch die Solidaritätsbewegung bezog sich zumindest implizit auf diese Strategie.

Heutzutage ist es still geworden um eine solche Perspektive. Historische Experimente, wie etwa die nicaraguanische Revolution sind fehlgeschlagen, der Weltmarkt scheint übermächtig. Die Spielräume des Nationalstaats - in der "3. Welt" schon immer eingeschränkt und meilenweit von wohlfahrtsstaatlichen Bereitstellungen entfernt - werden angesichts der Entwicklung hin zu "nationalen Wettbewerbsstaaten" (Hirsch 1994) immer enger. Der Vormarsch des Neoliberalismus geht einher mit einer Renaissance der Modernisierungstheorie, deren neueste Variante die Strategie der "aktiven Weltmarktintegration" ist. Im Zeitalter der Zwangsabkopplung ganzer Regionen und dem "Überflüssigmachen" großer Menschengruppen ist die Inaussichtstellung des Erfolgs einer solchen Strategie nicht nur unrealistisch, sondern schlicht zynisch. Ausgebeutet zu werden wird so zum Privileg. Die Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank - immer schön ökologisch und sozial verpackt - führen gerade in Lateinamerika zum Abbau der letzten

staatlichen Sicherungssysteme und zur Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung.

Eine prinzipielle Kritik des Entwicklungsdenkens ist schon früh formuliert worden. So schreibt Frantz Fanon in seiner vehementen Anklage gegen den europäischen Geist (und damit gegen das westliche Kolonisierungs- und Entwicklungsmodell) bereits 1961: "Europa hat endgültig ausgespielt, es muß etwas anderes gefunden werden. Wir können heute alles tun, vorausgesetzt, daß wir nicht Europa nachäffen, vorausgesetzt, daß wir nicht von der Begierde besessen sind, Europa einzuholen. Europa hat ein derartig wahnsinniges und chaotisches Tempo erreicht, daß es heute jedem Piloten, jeder Vernunft davon rast und sich in einem entsetzlichen Taumel auf Abgründe hin bewegt, von denen man sich lieber so schnell wie möglich entfernen sollte." (Fanon 1981: 263f) Wollte Fanon noch eine neue Gesellschaft und damit einen neuen Menschen bewußt gestalten und planen, so lehnt die feministische Kritik auch diese Vorstellung als patriarchal ab.

Der sogenannte Bielefelder Subsistenzansatz (Werlhof u.a. 1988; Mies 1990) "entwickelte" ab Ende der 70er Jahre eine Kritik nicht nur an den Prämissen der Entwicklungsidee, sondern allgemein an der bisherigen - männlich-weißen - Wahrnehmung kapitalistischer Ökonomie. Aufbauend auf den Arbeiten von Rosa Luxemburg und Immanuel Wallerstein, die den Blick auf dauerhafte "nicht-kapitalistische Millieus" bzw. Haushalte als ökonomische Kategorie lenkten, wurde die Subsistenzproduktion zum zentralen Begriff der Kapitalismusanalyse. Subsistenzproduktion wurde als analytischer Komplementärbegriff zur Warenproduktion, als "Basis der Kapitalakkumulation" (Werlhof 1991: 51) herausgearbeitet. Die Feststellung, daß bestimmte Arbeiten als bezahlte, als Lohnarbeit erscheinen, andere Arbeiten aber gänzlich unbezahlt verrichtet werden, ist zentral. Bei der Sichtbarmachung der unbezahlten Arbeit und ihrer Funktion für die Kapitalakkumulation geht es aber nicht darum, bisher vernachlässigte Bereiche lediglich nachträglich in die politökonomische Analyse aufzunehmen, sondern vor allem um einen "anderen Blick" (Werlhof u.a. 1988: IV), der die Gesellschaftstheorie als Ganzes verändert, da andere Widersprüche und Verhältnisse ins Zentrum der Analyse rücken.

Dieser "andere Blick" bezieht sich wesentlich auf die Kritik der Grundannahme der klassischen Ökonomie: die Existenz einer

Knappheit, die es zu überwinden gelte. Die moderne Ausprägung des Strebens nach Transzendierung dieses Zustands ist die Fortschritts- bzw. Entwicklungsideologie: "Die Illusion vom grenzenlosen Wachstum nährt sich aus dem Kernstück der patriarchalen Weltanschauung, nämlich der Überzeugung, daß die vorgefundenen natürlichen Bedingungen des Lebens überwunden werden müssen, um ein besseres Leben führen zu können. Wir nennen es das Transzendenzstreben: Das Reich der Notwendigkeit - Essen, Trinken, Kleidung, Wohnung, das Sorgen für Kinder und Alte - soll besiegt werden, um das Reich der Freiheit, frei von diesen 'Zwängen', zu gewinnen. In Wirklichkeit wird aber damit verdrängt, daß der Mensch von der Erde abhängig ist, die seine Nahrung, wie alle seine Lebensmittel, hervorbringt, und daß er aus der Frau geboren wird. ... Der Glaubenssatz, 'die Entwicklung kann man nicht zurück drehen', charakterisiert die logische Struktur dieser mechanistischen Fortschrittsideologie: Erst wird eine einlinige, zwangsläufige Gesetzmäßigkeit der Geschichte konstruiert, um dann alle Veränderungen als entweder 'vor' oder 'zurück' entlang dieser Schiene einzuordnen" (Bennholdt-Thomsen 1994: 19).

ExpertInnen der Armut

Betrachtet man die Debatten der letzten Jahrzehnte um Entwicklung, die hier nur angedeutet werden konnten, unter dieser Perspektive, so sind unter ihnen zwar ernsthafte Vorschläge zur Beseitigung von Armut zu finden. Armut und Knappheit werden aber begrifflich eindimensional gefaßt, die vielfältigen Formen von Armut verschwimmen zu Gunsten einer einzigen, berechenbaren und quantifizierbaren, meist monetären Größe, die zu ergreifende Maßnahmen quasi alternativlos nahelegt. Ein technizistischer Umgang mit Armut schafft sich seine eigenen Erkenntnisgrundlagen. Nachdem die weltweite Armut in diesem Sinne erfunden war, konnten die Strategien der Ökonomisierung des Lebens und der gewaltsamen Integration in einen weltwirtschaftlichen Rahmen, kurz: die "Modernisierung der Armut" (Illich 1984) perfektioniert werden. Hierbei gingen die EntwicklungsexpertInnen mit ihren Programmen davon aus, "daß die Armen 'unterentwickelt' und - zumindest bislang - nicht in der Lage sind, ihre eigenen Interessen zu erkennen. Also brauchen sie die Unterstützung anderer, die über mehr

Kenntnisse und Macht verfügen - Regierungen, Institutionen, Experten. ... Die Programme gegen die Armut berufen sich auf vorhandene Bedürfnisse - was die Planer, Politiker und Wirtschaftswissenschaftler unter Bedürfnissen verstehen, hat allerdings in der Regel wenig oder gar nichts mit dem zu tun, was den verschiedenen Gruppen von Armen als ihre Bedürfnisse erscheint" (Rahnema 1993: 25f). Die je eigenen Lebens- und Problemlagen der zu Armen definierten können schon logisch nicht von statistischen Größen erfaßt werden. Zudem stellte sich selbst in der eigenen Logik der EntwicklungsexpertInnen ein Erfolg nur in den allerwenigsten Fällen ein.

Die Welt ist vielfältiger, als sie von den "ExpertInnen der Armut" wahrgenommen wird, genauso wie die Widerstandsformen gegen eine oktroyierte Entwicklung. Das "verlorene Jahrzehnt" hat nicht nur zu einer neuerlichen Modernisierung des Entwicklungsdenkens geführt, sondern war auch "die Dekade der Herausbildung eines neuen Bewußtseins gegenüber dem Mythos Entwicklung. Stadtteilgruppen, Fraueninitiativen, Bauerngemeinschaften und andere lösten sich von den durch Experten, Revolutionären oder Sozialarbeitern vorgegebenen Parolen und Versprechungen und versuchten statt dessen, selbst ihre Bedürfnisse zu formulieren, ihre Mündigkeit wiederzuerlangen. Indem sie beispielsweise traditionelle Formen der Interaktion, die im sozialen Gefüge verwurzelt sind, stärten. Indem sie Formen des Handelns regenerieren und wiedereinführen, die außerhalb der Gesetze von Markt und Plan funktionieren" (Recknagel 1993: 39). Hierbei ist die traditionelle Motivation nicht per se als positiv zu bewerten. Entscheidender für unseren Zusammenhang ist, daß die Form, in der der Protest organisiert wird, sich im Gegensatz zu den Organisations- und Politikvorstellungen bewegt, die das eurozentrische Institutionensystem nahelegt. Allen Konzepten bisheriger Entwicklungspolitik waren und sind bestimmte (patriarchale) Machbarkeits-, Steuerbarkeit- und Planbarkeitsannahmen eigen, die zudem arrogant gegenüber dem unmittelbaren "materiellen Leben" (Braudel 1986) sind. Diese Annahmen legen ihrerseits gewisse Vorstellungen von Umsetzbarkeit und damit ein spezifisches Politik- und Organisationsmodell nahe. Ist erst mal das Ziel konstruiert und vorgegeben, so sind auch schnell die entsprechenden Handlungsanweisungen und Durchsetzungsinstitutionen bei der Hand.

Widerstand gegen Entwicklung

Die "grasroot-movements" entstehen, weil eigene Bedürfnisse artikuliert und meist ureigene Interessen verfolgt werden. Eine Modellhaftigkeit oder Bedeutung für andere wird abgelehnt. In dem vorliegenden Script finden sich Beiträge, die eine Organisation von eigenen Interessen jenseits vorgeschriebener Wege beschreiben. Im folgenden seien drei weitere zentralamerikanische Beispiele für eine solche Widerständigkeit aufgeführt. Ihnen gemeinsam ist die Weigerung, entwickelt zu werden, ein sensibler Umgang mit Hierarchien, die vergleichsweise große Partizipation von Frauen, die Nichtberufung auf Staatlichkeit und Ansätze zur Aufhebung der Trennung von Inhalt und Form der politischen Organisation.

Seit Anfang 1994 hat der Aufstand im süd mexikanischen Chiapas (vgl. Topitas 1994) weltweit für Aufmerksamkeit gesorgt, dies vor allem auch, da allgemein für Lateinamerika die Zeit der bewaffneten Aufstände als endgültig der Vergangenheit angehörig angesehen wurde. Schnell wurde aber klar, daß es sich bei dem Aufstand des Zapatistischen Heeres der nationalen Befreiung (EZLN) trotz seines "klassischen" Namens nicht um eine Befreiungsbewegung alten Musters handelte. Die "erste Befreiungsbewegung des 21. Jahrhunderts" verfügt zwar über die Mittel zum bewaffneten Kampf und ist auch bereit, sie einzusetzen; die militärische Auseinandersetzung wird aber der politischen untergeordnet. Die militärische Führung ist einem Rat ziviler Delegierter unterstellt, dessen Mitglieder wiederum einzelnen Gemeinden rechenschaftspflichtig sind. Die EZLN gibt nicht das Heilsversprechen ab, sie könne Grundbedürfnisse wie Nahrung, Gesundheit, Bildung, Autonomie und Frieden erfüllen, sobald sie erst einmal gesiegt habe. Es ist schlicht nicht das Ziel der EZLN, die Macht zu erobern. Sie fordert vom Nationalstaat bzw. von der "Demokratie" lediglich, die Rahmenbedingungen zu garantieren, die das Recht jeder Gemeinschaft auf eigene, durchaus unterschiedliche Lebensentwürfe ermöglichen. Zur Durchsetzung ihrer Ziele setzt die EZLN auf „zivile“ Formen. Insgesamt zeichnet sie sich durch ein prinzipiell anderes Macht- und Politikverständnis aus, das jenseits von Voluntarismus und Machbarkeitswahn liegt. Macht wird - wenn überhaupt - als Selbstbestimmung der Subjekte - „um das Leben zu leben“ - definiert.

Ein weiteres Beispiel für einen anderen Begriff von Widerständigkeit ist die Gesellschaftsform von Juchitán, einer süd mexikanischen Kleinstadt, die in einem von Veronika Bennholdt-Thomsen herausgegebenen Sammelband als matriarchal beschrieben wird. Die Autorinnen machen dort eine Kultur und Ökonomie der Gegenseitigkeit aus, die sich den sachlichen Zwängen des herrschenden ökonomischen Systems und der Entwicklungs- und Fortschrittsideologie erfolgreich widersetzt. Dies wird nicht als "gezielter Widerstand", sondern als "Eigensinn" gedeutet. Aber: "Juchitán ist kein Modell! Im Gegenteil, das herrschende Modell wird im Verein mit dem Prinzip des Modelldenkens insgesamt erschüttert. Es gibt hier keine rigiden Normen, weder in den zwischenmenschlichen Beziehungen noch auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene. ... Ihre Gesellschaft befindet sich in einem ständigen Wandlungsprozeß, der sich allerdings entlang gewisser gemeinschaftlich verbindlicher Prinzipien vollzieht. Dazu gehören Gegenseitigkeit und Gemeinschaftssinn, Wertschätzung des Essens und der Arbeit für das Lebensnotwendige, gegenseitige Achtung und Selbstbewußtsein, Stolz und Eigensinn" (Bennholdt-Thommsen 1994: 29).

Als ein drittes - zum Thema des vorliegenden Scripts besser passendes - Beispiel sei der im Dezember 1991 gegründete neunzig zentralamerikanische BäuerInnenorganisationen umfassende unabhängige Zusammenschluß ASOCODE genannt (vgl. Biekart/Jelsma 1994). Auch dieser lehnt einen nicht von den Subjekten selbst formulierten Entwicklungsbegriff kategorisch ab und will die (Selbst)Organisation der BäuerInnenbewegung vorantreiben. "Alle Entwicklungsmodelle scheiterten genau deshalb, weil sie den Bauern nicht in Betracht gezogen hatten. Sie verstanden und wußten nichts über unsere Erfahrung und würdigten unsere Anbaumethoden, unseren Organisationsprozeß herab. Sie hofften, uns auszurollen und zwangen uns eine modernisierte Sicht des Anbaus auf" (Campos 1994: 31; eig. Übers.). Unmißverständlich wehren sich die in ASOCODE zusammengeschlossenen BäuerInnenorganisationen gegen Einmischungsversuche von außen, wobei auch die Nichtregierungsorganisationen einer starken Kritik unterzogen werden: "Die NROs verfielen der Versuchung, uns anleiten zu wollen, Entscheidungen zu fällen und uns zu sagen, was wir zu tun hätten. Und da sie nicht die Volksbewegung sind, nicht die täglichen Er-

fahrungen machen, treten sie überall mit schönen Vorschlägen ins Fettnäpfchen. ... Die Organisationen sind streng hierarchisch aufgebaut. Es gibt einen krassen Widerspruch zwischen ihrem Diskurs über Einheit, Partizipation und Zusammenarbeit mit der Volksbewegung und ihrer antidemokratischen Praxis. Wenn auch gute Absichten im Spiel sein mögen, enden sie doch immer im Paternalismus. Spenden werden vergeben, eine Gruppe wird gebildet, ein Projekt aus der Taufe gehoben, aber das darf nicht in Eigenregie übernommen werden, und vor allem geben sie in keinem Moment die Kontrolle aus der Hand" (Campos 1993: 18).

Kritik an Nichtregierungsorganisationen und Solidaritätsbewegung

Die Politik der NGOs und ihre Fixiertheit auf Projekte wird insgesamt zunehmend stark kritisiert. Besonders prägnant und eindeutig drückt sich der mexikanische Entwicklungskritiker Gustavo Esteva aus: "In den siebziger Jahren begünstigte die zunehmende Offensichtlichkeit des Scheiterns von 'Entwicklung' das Aufblühen der NGO-Bewegung auf der ganzen Welt. ... Für jene, die ihren Status und ihr Einkommen aus der Förderung von 'Entwicklung' beziehen, hat das universelle Scheitern von 'Entwicklung' Anlaß zu einer Intensivierung ihrer Aktivitäten gegeben" (Esteva 1992: 83). "Die neue Welle der 'Entwickler', die jetzt von den NRO an Land geschwemmt wird, ist sogar noch bedrohlicher als die alten Fortschrittsexperten. Sie haben Bereiche erreicht und sind in Tiefen vorgedrungen, wie es den Institutionen vorher nie gelungen ist. ... Das Entwicklungsmodell, das mit den NRO wieder auftaucht, ist nicht neu. Es ist schlicht vom Selben mehr in neuer Verpackung, die nicht nur dem Mythos neues Leben verleiht, sondern ihn auch giftiger macht" (Esteva 1993: 14f). "Ein Beispiel, was die Kluft zwischen uns einerseits sowie den Institutionen und NRO andererseits illustriert, ist die Vorstellung von 'Projekten'. Bei uns gibt es keine 'Projekte'. Wir haben Wünsche, Hoffnungen, Initiativen und Lebensweisen, die sich laufend verändern, um sich den alltäglichen Veränderungen unseres Lebens anzupassen. ... Wenn die NRO solche Projekte in unseren Dörfern und randständigen Gebieten in Angriff nehmen, setzen sie Leichen an die Stelle lebendiger Dinge ... Offensichtlich gibt es eine grundlegende Unvereinbarkeit zwi-

schen unseren Lebensweisen und den technischen Zwangsjacken, in denen die NRO stecken und arbeiten" (ebd.: 16).

Explizit meint Esteva die von der Solidaritätsbewegung unterstützten NGOs und Projekte, was uns als Überleitung zur Beschäftigung mit der Projektpolitik der Solidaritätsbewegung im besonderen dienen soll: "... die 'Solidaritätsbewegung' reist mit Taschen voller Geld um die Welt. Die konkreten Motive derer, die darin verwickelt sind, mögen menschlich und ihr konkretes Engagement und ihre Hingabe mögen bewundernswert sein. Indem sie jedoch ihre Beziehungen in ökonomischen Begriffen definieren und herstellen und indem sie in ihren konkreten Aktivitäten die Zentralität der Ökonomie reproduzieren, vereiteln sie nicht nur die Chancen für die Errichtung einer wirklichen Verknüpfung von Solidarität, sie zerstören ebenso die Gemeinschaften, innerhalb derer sie arbeiten und zerbrechen das soziale Gefüge, indem sie Knappheit schaffen und bisherige Lebensstile plötzlich entwerten" (Esteva 1992: 85).

Die massenweise Herausbildung von NGOs gerade und vor allem in den Ländern der "Dritten Welt" geht einher mit der Institutionalisierung und "NGOisierung" der Solidaritätsbewegung in der BRD. Das Abebben der neuen sozialen Bewegungen inclusive dem Übrigbleiben ihrer Institutionen verbindet sich mit Professionalisierung, ExpertInnentum und der zunehmenden Wahrnehmung lobbyistischer Aufgaben. "Die Aktivitäten von Basisinitiativen sind in den letzten Jahren stetig zurückgegangen, ihre Vernetzung funktioniert kaum noch ... Die Internationalismusszene hat sich weiter spezialisiert und ist professioneller geworden ... Sie hat jedoch zugleich an gesellschaftlichem Impetus verloren. An die Stelle von Initiativen, die vor Ort über "Dritte-Welt"-Themen informieren und für internationalistische Aktionen mobilisieren, treten immer häufiger hauptamtlich verwaltete Solidaritäts-Zentren, Nicht-Regierungs- und Lobby-Organisationen auf, die eher mit dem Druck von Presseerklärungen als dem Druck der Straße agieren" (Rössel 1994: 22).

Teil des Selbstverständnisses der Internationalismusbewegung insbesondere der Zentralamerikasolidarität war die Unterstützung von nationalen Befreiungsbewegungen, die nach ihrem Sieg mittels Sozialtechnologie gerechtere und demokratischere Verhältnisse schaffen sollten. Neben der materiellen Unterstützung dieser Bewegungen im antiimperialistischen Kampf ("Waffen für El Salva-

dor") und an der Macht ("Nicaragua debe sobrevivir") wurde parallel in der BRD Öffentlichkeitsarbeit betrieben, worin - der Dependenztheorie folgend - die ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen (und mit ihnen die Länder des Nordens) als Hauptverursacher von Unterentwicklung angeprangert wurden. Internationalismusarbeit sollte sich ihrem Selbstverständnis nach nicht auf einzelne Länder und Projekte beziehen, sondern vielmehr auf die Beseitigung der strukturellen Ursachen der bestehenden Abhängigkeiten und Ausbeutung, des Imperialismus, also auf die Verantwortlichen im eigenen Land. Durch den Widerstand in den Metropolen sollten Freiräume zur Durchsetzung alternativer Gesellschaftsentwürfe in der Dritten Welt geschaffen werden. Real wurde aber trotzdem hauptsächlich Einländerarbeit betrieben. Zumindest seit 1989 stellt sich die Frage, ob es die Internationalismusbewegung als Bewegung überhaupt noch gibt. Übrig geblieben sind die (Soli-)Institutionen und die von ihnen betreuten Projekte.

Dies hat *eine* Entsprechung in den Entwicklungen der nationalen Befreiungsbewegungen (hin zu Wahlparteien) und der damit verbundenen scheinbaren Unverrückbarkeit der bestehenden Machtverhältnisse. Außerdem mehrt sich - wie oben beschrieben - die Kritik am Politik- und Organisationsmodell der nationalen Befreiungsbewegungen, welches durch Hierarchie und Vertikalismus, mangelnde Einflußmöglichkeiten von Frauen, unzureichende Basisanbindung und Korruption gekennzeichnet ist. Es kristallisiert sich heraus, daß die Organisationsform als solche nicht als ein politisch neutraler Mechanismus rationaler oder effizienter Koordination und Artikulation von Bedürfnissen und Interessen gesehen werden kann. Im Gegenteil: Rationalität oder ein gemeinsames Ziel werden vorgeschoben, während es eigentlich um Machtausübung und -sicherung geht.

Solidaritätsbewegung zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Zwar hat die Besinnung auf Projekte und damit die Abkehr vom ganz großen Wurf ihre Berechtigung, zumal Solidaritätsarbeit zusehends als Austausch zwischen konkreten Personen definiert wird. Die Entsprechung dieses Vorsatzes in der Wirklichkeit ist aber erst zu überprüfen. Hinzu kommt, daß sich die Arbeit von Organisationen der Internationalismusbewegung immer mehr der Praxis nicht-

und halbstaatlicher Hilfswerke, der Stiftungen und der GTZ annähert. "Mit dem Aufbrechen der Blockkonfrontation fällt es vor allem Regierungsoffiziellen und halboffiziellen Stellen leichter, Unstimmigkeiten zwischen Programm und Realität der Entwicklungspolitik, auf die die DWB (Dritte-Welt-Bewegung, d.Verf.) aufmerksam gemacht und die sie kritisiert hat, zuzugestehen und - zumindest verbal - Teile der Positionen der DWB zu übernehmen. Dies hat zur Folge, daß Themen wie Ausbeutung, Hunger, Ökologie, Entwicklung und die besondere Betroffenheit von Frauen nicht mehr eindeutig und allein von der DWB besetzt sind" (Bräuer 1994: 39). V.a. in der Semantik der Projektbeschreibungen, der "Antragslyrik", verschwimmen die Unterschiede zur Unkenntlichkeit.

Der Unterschied zwischen der Projektarbeit der Solidaritätsbewegung und der halbstaatlicher und staatlicher Entwicklungshilfeorganisationen bestand eher in der unterschiedlichen Motivation, als in den Projekten selbst. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine neuere Untersuchung, in deren Verlauf 1.100 NicaraguanerInnen in 15 Orten der Pazifikküste Nicaraguas danach befragt wurden, wie sie die Hilfeleistungen und die Motivationen der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua wahrgenommen haben. Diese Wahrnehmung wurde mit den formulierten Zielen der Unterstützung durch Projekte verglichen. Die Nicaraguabewegung bezog immer eine Gegenposition zu rein caritativer Hilfe, ihre Projekte sollten Mittel zum Zweck, sollten Teil des "antiimperialistischen Kampfes" sein. Die Ergebnisse der Umfrage sind ernüchternd und zeigen ein eklatantes Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit: "Die Solidaritätsbewegung wollte in Nicaragua politische Solidarität leisten und demonstrieren. Stattdessen materialisierte sich ihr Engagement in Entwicklungshilfe und wurde von den BewohnerInnen als caritative Arbeit wahrgenommen, motiviert von dem Wunsch, den Armen zu helfen. Die Solidaritätsbewegung war an gleichberechtigten Beziehungen zur nicaraguanischen Bevölkerung interessiert. Statt dessen entstand vorwiegend Dankbarkeit und Anerkennung für geleistete Unterstützung. Die Projektarbeit reproduzierte im Ergebnis die Ungleichheit zwischen Gebendem und Nehmenden, aber trug nicht zum Entstehen gleichberechtigter Beziehungen bei" (Karges 1995: 307). Ein Fehler der Solidaritätsbewegung war sicherlich, humanitäre Projekte trotzdem als politische ("antiimperialistische") darzustellen. Dies

stellt das Selbstverständnis (und die kritische Reflexionsfähigkeit) der Solidaritätsbewegung als systemkritische Bewegung ebenso in Frage wie die Idee des Projekts an sich, die schon oben durch Gustavo Esteva kritisiert wurde. Letzteres wird - so mein Eindruck - in der Solidaritätsbewegung weniger stark diskutiert als in den "klassischen" nichtstaatlichen Hilfsorganisationen wie *terre des hommes* oder *Brot für die Welt*: "... selbst aus der durchaus wohlwollenden Perspektive von langjährigen Mitarbeitern von Nord- und Süd-NROs wird der 'Schenkungsmarkt' hart angegangen. Nicht die grundlegende Lösung zentraler Probleme werde durch die über NROs kanalisierte Hilfe erreicht. Ganz im Gegenteil würden bestimmte ökonomische, organisatorische und psychologische Elemente verstärkt, die verhinderten, daß die armen Bevölkerungsgruppen sich konsolidieren und aus eigener Anstrengung entwickeln könnten" (Bunte 1993: 475).

Perspektiven

Gustavo Esteva (1992: 84) scheut sich nicht, ein Plädoyer für das Einstellen jeglicher Entwicklungshilfe zu halten: "Von jetzt an ist die Infragestellung sämtlicher Formen von Entwicklungshilfe weder die nebensächliche Behauptung einiger weniger Radikaler noch eine intellektuelle Modeerscheinung. Sie hat - als logische Schlußfolgerung jeder ernsthaften Analyse der zur Zeit verfügbaren Belege über die Auswirkungen von Entwicklungshilfe auf der ganzen Welt - den akademischen und politischen Mainstream erreicht. Wir wissen es jetzt. Hilfe ist kontraproduktiv. Hilfe ist zerstörerisch. 'Stellt Hilfe ein!' und 'Stoppt Entwicklung' könnten wohl die Slogans für eine weltweite Kampagne sein." Von der Solidaritätsbewegung fordert er in diesem Rahmen, schlicht und einfach, Solidarität zu leisten. "Aber damit Solidarität Wirklichkeit wird, muß man über jede abstrakte Definition hinausgehen: Wenn sie sich nicht in konkreten Formen gegenüber konkreten Männern und Frauen ausdrückt, ist 'Solidarität' nichts weiter als Narzißmus ... Solidarität, definiert als eine spezifische Interaktion zwischen Frauen und Männern, ist Gastlichkeit gegenüber dem anderen. Sie kann nur innerhalb von Freiräumen bestehen, die es ihr erlauben, in jede Richtung geäußert zu werden - unter der Annahme ihres Vorhandenseins in Hülle und Fülle. ... Die 'Solidaritätsbewegung' könnte,

wenn sie kritisch mehr die Herausforderung an die Phantasie als an die Brieftasche annimmt, eine wirkungsvolle Avantgarde werden mit einer Arbeitsweise, die sich radikal von der der meisten Avantgarden der Vergangenheit (die zu Despotismus und Konservatismus verdammt sind) unterscheidet."

Es wird hier nicht davon ausgegangen, daß mit der geforderten "Einstellung der Hilfe" und dem Gegenbegriff Gastlichkeit der Stein der Weisen gefunden ist. Der Begriff deutet aber - bei aller innerer Widerstände, die eine Absage an jegliche Hilfe hervorruft - Wege der Solidaritätsbewegung jenseits des sowieso vorhandenen Allgemeinplatzes, daß die beste Solidaritätsarbeit der politische Kampf im eigenen Land sei, an. In diesem Zusammenhang ist im Moment eigentlich nur die ständige Selbstreflexion der Bewegung und die Aufarbeitung ihrer eigenen paternalistisch-patriarchalen "blinden Flecke" konkret zu fordern. Hierzu gehört auch die Entmythologisierung der bestehenden Projektarbeit als basisnäher, solidarischer, oppositioneller, partizipativer, eben besser als herkömmliche Entwicklungshilfeprojekte. Dies alles ist *kein* Plädoyer dafür, alle Hilfeleistungen und Projekte zu beenden und alle Organisationen in einen Topf zu werfen, sondern eines, die eigene Arbeit kritischer als bisher zu überdenken. Hierzu gehört vor allem die Einsicht, endlich aufzuhören, Solidarität nur in Begriffen wie Hilfe, Projekt, Modell etc. zu denken, sondern auch mit "Gastlichkeit" und "Unmittelbarkeit der persönlichen Kontakte" zu umreißen. Dies ist nicht gemeint als eine generelle Absage an "linke Politik", wohl aber an ihre modernisierungsgläubigen VertreterInnen. Die Kritik bisheriger Formen von Solidaritätsarbeit und allgemein von linker Bewegungspolitik kann nur lohnend und sinnvoll sein, wenn sie auch eigene Organisationsformen und -prozesse ständig mitreflektiert. Form und Inhalt lassen sich nicht voneinander trennen; das Vorgaukeln der Neutralität von Organisation ist gerade eine moderne Entsprechung des auftrennenden Funktionsprinzips patriarchalen Denkens, welches es aufzuheben gilt. Es geht um die Suche nach Freiräumen und undogmatischen Wegen, darum, Gewißheiten auch mal aufzugeben ohne sich vereinnahmen zu lassen, wissend, daß die Organisationsform dafür anfällig macht. "Debattieren und phantasieren, probieren und provozieren - das Recht auf Irrtum eingeschlossen -, zuhören und respektieren, sind wesentliche Elemente dieser Freiräume" (terre des hommes 1992).

Literatur Ulla Peters/Armin Stickler

- Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel** 1992: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin
- Bennholdt-Thomsen, Veronika** 1994: Juchitán - Stadt der Frauen. Vom Leben im Matriarchat, Reinbek bei Hamburg
- Biekart, Kees/Jelsma, Martin (Hg.)** 1994: Peasants beyond Protest in Central America. Challenges for ASOCODE - Strategies towards Europe, Amsterdam
- Braudel, Fernand** 1986: Die Dynamik des Kapitalismus, Stuttgart
- Bräuer, Rolf** 1994: Zwischen Provinzialität und Globalismus. Die westdeutsche Dritte-Welt-Bewegung in den 80er und 90er Jahren, *Forschungsjournal NSB*, H.3, S.32-48
- Bünthe, Michael** 1993: Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklung durch Süd-NRO. Erfahrungen aus Lateinamerika, in: Massarat, M. u.a. (Hg.), Die Dritte Welt und wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis, Freiburg, S.473-477
- Campos, Wilson** 1993: Ein klares Nein zu den NRO. Auszüge aus einem Interview, *ila*, H.164, S.18
- Campos, Wilson** 1994: zit.n.: Edelman, Marc: Three Campesino Activists, *Nacla - Report on the Americas*, No.3, S.30-33
- Esteve, Gustavo** 1992: Fiesta - Jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik, Frankfurt a.M./Wien
- Esteve, Gustavo** 1993: Bedrohlicher als die alten Fortschrittsexperten, *ila*, H.164, S.14-16
- Fanon, Frantz** 1981: Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt a.M.
- Hasenjürgen, B.** 1993: Von der "Subsistenzdebatte" zur "Geschlechterforschung" - Frauen und Arbeit im Diskurs der westdeutschen Frauenforschung, in: dies./Preuss, S. (Hg.), Frauenarbeit, Frauenpolitik, Internationale Diskussionen, Münster, S.11-32
- Hauck, Gerhard** 1990: Modernisierung, Dependencia, Marxismus - was bleibt?, *Peripherie*, H.39/40, S.68-81
- Hirsch, Joachim** 1994: Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Internationale Regulation, Demokratie und "radikaler Reformismus", *Das Argument*, H.203, S.7-21
- Illich, Ivan** 1984: Schulen helfen nicht. Über das mythenbildende Ritual der Industriegesellschaft, Reinbek bei Hamburg

- Karges, Rosemarie** 1995: Solidarität oder Entwicklungshilfe? Nachhaltige Entwicklung eines Lernprozesses am Beispiel der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, Münster/New York
- Mármora, Leopoldo** 1992, Wider die Ökodiktatur, *blätter des iz3w*, H.182, S.43ff
- Mies, Maria** 1990: Patriarchat und Kapital, 3.Aufl., Wien
- Peters, Ulla** 1994: Politisierung der Subsistenz, *blätter des iz3w*, H.200, S.27-30
- Rahnema, Majid** 1993: Armut, in: Sachs, Wolfgang (Hg.), Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik, Reinbek bei Hamburg, S.16-46
- Recknagel, Albert** 1993: Entwicklung fängt zu Hause an, *Kommune*, H.4, S.38ff
- Rössel, Karl** 1994: Zwei Millionen Daumenabdrücke gegen den Imperialismus? Zum Stand der Internationalismusarbeit, *blätter des iz3w*, H.200, S.22-26
- Roth, Karl-Heinz** 1993: Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken, in: Frombeloff (Hg.), ... und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth, Hamburg, S.271-294
- Sachs, Wolfgang** 1994: Globale Umweltpolitik im Schatten des Entwicklungsdenkens, in: ders.(Hg.), Der Planet als Patient, Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik, Berlin/Basel/Boston, S.15-42
- Stolz, Heinz-Jürgen** 1993: Weltwirtschaft und Politisierung der Subsistenz, *Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen*, H.173
- terre des hommes** 1992: "Mit Phantasie ins Jahr 2000", *terre des hommes intern*, H.12/92, S.18f
- Thürmer-Rohr, Christine** 1994: Das Ich ist nicht Natur, in: dies., Verlorene Narrenfreiheit. Essays, Berlin
- Topitas (Hg.)** 1994: Ya Basta! Der Aufstand der Zapatistas, Hamburg
- Trenkle, Norbert** 1995: Der Irrealismus der Realpolitik. Das warenproduzierende System schreit nach Aufhebung, *blätter des iz3w*, H.203, S.46f
- Werlhof, Claudia von/Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria** 1988: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek bei Hamburg
- Werlhof, Claudia von** 1991: Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Frauen und Ökonomie, München

Zu den AutorInnen

Otmar Meyer, Klaus Heß, Armin Stickler und Thomas Weyland sind Mitglieder des **Informationsbüro Nicaragua**, Otmar in Managua, Armin, Klaus und Thomas in Wuppertal. Arbeitsschwerpunkte des Informationsbüros sind: Frauenbewegung in Lateinamerika, Landfrage in Nicaragua, Rassismus und Migration.

Ulla Peters ist Sozioökonomin an der Universität Trier. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind regionale Entwicklung sowie Theorie und Praxis der Subsistenz.

Martin Wolpold arbeitete von August 1993 bis Juli 1994 als Beauftragter der Menschenrechtsorganisation FIAN mit der salvadorianischen Bauernbewegung ADC zusammen.

Das **Guatemala Komitee Hamburg** macht seit 10 Jahren länderspezifische Solidaritätsarbeit. Schwerpunkt war bisher die Begleitung von zurückkehrenden Flüchtlingen. Jetzt steht die Analyse der Perspektiven des Friedensprozesses, insbesondere die sozioökonomische Situation und die Landfrage im Vordergrund.

Gerrit Höllmann ist Ethnologe und hat sich besonders mit den Perspektiven für die ländliche und indianische Bevölkerung von Honduras, Mexiko und El Salvador beschäftigt. Seine bisherigen Schwerpunkte waren die Solidaritätsarbeit zu Honduras und die Mitarbeit im alternativen Kaffeehandel, jetzt Mitarbeit bei Zapapres und Solidaritätsarbeit zu Mexiko (Chiapas).

Komitee-Adressen

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Postfach 101320
42013 Wuppertal
Tel. 0202/300030
Fax 0202/314346

Infostelle El Salvador e.V.

Oscar Romero Haus
Heerstr.205
53111 Bonn
Tel. 0228/694562
Fax 0228/631226

Infostelle Guatemala e.V.

Oscar Romero Haus
Heerstr.205
53111 Bonn
Tel. 0228/634552

Honduras Komitee

c/o Gerrit Höllmann
Schanzenstr. 27
20357 Hamburg

Materialienliste

des Informationsbüro Nicaragua

Projektinformation **"Kaffee aus Nicaragua"**, April 1993,
Hrsg. MITKA, GEPA, Informationsbüro Nicaragua e.V.

Projektfaltblatt **"Neuland" - Villa 15 de Julio, Chinandega**,
Nov. 1993

Faltblatt **"Frauen"** - Informationen zur nicaraguanischen Frauen-
bewegung, 1992

Topitas (Hg.) **Ya Basta! Der Aufstand der Zapatistas**, 1994,
368 S., DM 28,--

Dokumentation **"Europa, die 'Dritte Welt' und Lateinamerika"**,
Nov.1991, 93 S., DM 10,--

Reader **"Nicaragua - Fünf Jahre nach dem Regierungswechsel"**,
(Arbeitstitel) erscheint im Sommer 1995

Broschüre **"Der APT: Soziales Eigentum für Nicaraguas Arbeiter-
Innen?"**, Nov.1993, 77 S., DM 10,--

Materialsammlung **"...die uns trennen - Frauen und Kolonialis-
mus"**, Nov.1991, 35 S., DM 4,--

Dokumentation **"Die Menschheit schuldet den Kindern das
Beste, was sie zu geben hat"** - Über Kinder, die auf der Straße
arbeiten und leben, März 1994, 62 S., DM 8,--

script 11 **"Leidenschaft und Macht - Frauendebatte in Latein-
amerika"**, Sept.1991, 100 S., DM 12,80

Rundschreiben '95, 48 S., 10 Stck. DM 3,--/ab 50 Stck. DM 10,--

BUKO-Arbeitsschwerpunkt *Rassismus und Flüchtlingspolitik*,
**Zwischen Flucht und Arbeit - Neue Migration und Legalisie-
rungsdebatte**, April 1995, 240 S., DM 24,--

"In der sandinistischen Zeit gab es keine Notwendigkeiten für selbstorganisierte Projekte, denn es war immer Arbeit in Überfluß da. Mit der neuen Regierung gab es eine brutale Arbeitslosigkeit in ganz Nicaragua, und wir haben mit dem Kampf um das Land begonnen, um zu überleben."

Flor de Maria, Villa 15 de Julio

n a h u a



Edition
Nahua